

Preussische Allgemeine



Nr. 9 · 3. März 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Scheitern mit Ansage

Obwohl die „Erneuerbaren“ Deutschlands Strom- und Wärmebedarf nicht decken können, setzt die Bundesregierung ihren energiepolitischen Sonderweg fort Seite 3



1848/49 Vor 175 Jahren erschütterte die Revolution die alte Welt Seite 10



Capri Wie ein Ostpreuße die Insel vor dem Ersten Weltkrieg erlebte Seite 21

AUFGEFALLEN

Die fragwürdige Haltung der Kriegsgegner

Seit ihrer Petition für Verhandlungen mit Russland im Ukrainekrieg und die Ablehnung von westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine erfahren die Feministin Alice Schwarzer und die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht viel Zuspruch – und noch mehr Kritik. Gleichwohl luden sie am vergangenen Sonnabend zu einer Demonstration unter dem Motto „Aufstand für den Frieden“ am Brandenburger Tor.

Dabei waren sie bemüht, nicht als allzu „Putin-freundlich“ zu gelten und kritisierten deshalb nicht nur die „westliche Kriegsrhetorik“ und die militärische Unterstützung für die Ukraine, sondern verurteilten auch den russischen Angriff gegen das Nachbarland. Und doch hinkt die Argumentation der beiden Aktivistinnen.

Dies zeigt der Vergleich mit dem Vietnamkrieg, der die deutsche Friedensbewegung ebenfalls bewegte. Damals lagen die Dinge ziemlich genau umgekehrt. Die USA waren eindeutig der Aggressor – und Russland (damals die Sowjetunion) ermöglichte mit seinen Militärhilfen das Überleben Vietnams, das ohne diese Hilfe schnell auf verlorenem Posten gestanden hätte. Auch die Sowjetunion achtete – wie heute der Westen – bei ihren Hilfen darauf, nicht direkt in den Krieg hineingezogen zu werden. Dennoch richteten sich die Demos der deutschen Friedensbewegung damals ausschließlich gegen die USA. Niemand wäre auf die Idee gekommen, diejenigen, die den Vietnamesen Hilfe leisteten, als Kriegstreiber zu bezeichnen. *neh*

POLITIK

Für die FDP schlägt nun die Stunde der Wahrheit

Wenn die Liberalen sich nicht endlich gegen den grünen Umbau der Gesellschaft stemmen, werden sie nicht mehr gebraucht

VON RENÉ NEHRING

Droht der FDP ein weiteres Mal die Beteiligung an einer Bundesregierung zum Verhängnis zu werden? Zumindest verlieren die Liberalen seit ihrem Einstieg in die Ampelkoalition in bundesweiten Umfragen kontinuierlich an Zustimmung. Bei den seitdem abgehaltenen Landtagswahlen führen sie stets Verluste ein, in Niedersachsen, im Saarland und zuletzt in Berlin flogen sie sogar aus den Landtagen.

Als Grund für den Niedergang der FDP gilt, dass die Partei und ihre führenden Köpfe im Alltag des politischen Geschehens kaum wahrgenommen werden. Gelingt es den grünen Ministern Habeck, Baerbock und Paus, mit ihren Plänen für die Energiewende, eine „feministische Außenpolitik“ oder eine Neuausrichtung der Familienpolitik regelmäßig die Agenda zu bestimmen, und sorgt allein die mediale Präsenz von Bundeskanzler Scholz dafür, dass auch die SPD genügend Aufmerksamkeit erfährt, so werden die Liberalen meist nur als Mitläufer der Projekte ihrer Koalitionspartner wahrgenommen.

So brauchte etwa Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit seinen Wünschen nach drastischen Coronamaßnahmen selbst dann keine Sorgen vor seinem Kabinettskollegen Justizminister Marco Buschmann (FDP) zu haben, als um Deutschland herum fast alle Be-

schränkungen längst aufgehoben waren. Und der Widerstand des liberalen Finanzministers Christian Lindner gegen die rasant wachsende Neuverschuldung hielt sich auch in Grenzen.

Dabei bieten die politischen Umstände fast täglich neue Steilvorlagen für die FDP. Allein der systematische Abbau der sozialen Marktwirtschaft durch Wirtschaftsminister Habeck und dessen Pläne zur Errichtung einer ökologischen Plan- und Kommandowirtschaft wären ein Mega-Thema für eine liberale Partei. Wo bleibt das Veto der FDP-Minister gegen die kontinuierliche Ausweitung der Kompetenzen des Staates? Wo bleibt der Einspruch der liberalen Kabinettsmitglieder gegen die mutwillige Gefährdung von Schlüsselbranchen wie der deutschen Automobilindustrie? Und wo bleibt ihr Einsatz für eine Erneuerung unserer Gesellschaft, bei der die erbrachten Leistungen wieder im Vordergrund stehen – und nicht die Haltung oder das Geschlecht, die Hautfarbe und die Religionszugehörigkeit?

Enttäuschte Bürger wenden sich ab Fassungslos muss die Mehrheit der Bundesbürger zusehen, wie die 14,8-Prozent-Partei Bündnis90/DieGrünen systematisch die seit den Tagen des Wirtschaftswunders allgemein anerkannten Fundamente des deutschen Wohlstands abträgt – und die Einzigen, die die Möglichkeit hätten, dies zu verhindern, eben die Libe-

ralen, allenfalls lauen Widerstand leisten, letztendlich jedoch alles geschehen lassen.

Den jüngsten Schlag der Grünen enthielt in dieser Woche die „Bild“-Zeitung. Laut deren Bericht sieht ein Referentenentwurf aus dem Hause von Wirtschafts- und Klimaminister Habeck das endgültige Aus für Öl- und Gasheizungen vor. Schon ab dem nächsten Jahr sollen demnach in Deutschland nur noch Heizungen neu eingebaut werden, die aus „mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energie“ Wärme produzieren. Bereits eingebaute Heizungen sollen maximal dreißig Jahre weiterlaufen dürfen.

Tatsächlich kritisierten diesmal zahlreiche FDP-Politiker den grünen Entwurf umgehend als „Überforderung der Bürger“, als „ökonomisch und ökologisch nicht sinnvoll“ sowie nicht zuletzt als praktisch undurchführbar, da das Gesetz rund zwei Drittel der deutschen Heizungsanlagen betreffe. Weshalb sie denn auch ankündigten, dass die FDP diesem Gesetz nicht zustimmen werde.

Angesichts des bisherigen Verhaltens der Liberalen in der Bundesregierung ist jedoch Skepsis erlaubt, ob und wie lange die FDP tatsächlich Widerstand leisten wird. Fakt ist: Eine bürgerliche Partei, die jegliche bürgerlichen Maßstäbe vermissen lässt und im Ernstfall nicht die Interessen der Bürger vertritt, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihr die Bürger den Rücken kehren.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Für immer mehr Bundesbürger wird die Pflege im Alter zum Armutsrisiko Seite 4

Kultur
Eine TV-Serie wagt sich an Frank Schätzing's Öko-Thriller „Der Schwarm“ Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Die Restaurierung der Kirche in Heinrichswalde wird fortgesetzt Seite 13

Die Pommersche Zeitung
Die Rügäner proben den Aufstand gegen Flüssiggas-Terminals vor ihrer Insel Seite 19



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Faktenprüfer Journalistische Recherchenetzwerke wie Correctiv haben Falschmeldungen den Kampf angesagt. Doch ganz so uneigennützig und unabhängig, wie sie behaupten, agieren sie dabei keineswegs

Immer schön bei der Wahrheit bleiben

Alles nur im Dienste der „guten Sache“? – Auch Faktenchecker recherchieren auf tendenziöse Weise

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile gibt es mehr als 30 sogenannte Faktenchecker-Organisationen in der Europäischen Union, welche ihre Aufgabe darin sehen, den Wahrheitsgehalt von politisch brisanten Aussagen zu überprüfen und gegebenenfalls Richtigstellungen zu verbreiten. In Deutschland sind auf diesem Gebiet insbesondere die „Faktenfinder“ der öffentlich-rechtlichen Medien, der Deutschen Presse-Agentur und des angeblich gemeinnützigen Recherche-Netzwerkes Correctiv aktiv.

Deren Finanzierung erfolgt entweder durch die Rundfunk-Zwangsabgabe, den Steuerzahler oder – wie im Falle von Correctiv – durch Spenden. Die Letzteren wiederum kommen unter anderem von Geldgebern wie der Bundeszentrale für politische Bildung, den Open Society Foundations des US-Multimilliardärs George Soros, den Technologiekonzernen Meta Platforms und Google sowie der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen.

Darüber hinaus kooperieren etliche Faktenchecker-Organisationen mit dem International Fact-Checking Network (IFCN) des in den USA ansässigen Poynter Institute, welches ebenfalls von Meta gesponsert wird. Außerdem unterhalten auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Europäische Union mit NewsGuard Technologies beziehungsweise dem European Digital Media Observatory (EDMO) eigene Prüfungsstellen für Fakten.

Manipulative Tricks

All diese Faktenchecker-Organisationen wollen „einseitige oder falsche Informationen“ bekämpfen, deren gezielte Verbreitung erfolge, „um unsere Gesellschaft zu spalten, Hass zu schüren oder Geschäfte zu machen“.

Hintergründig haben sie selbst dabei finanzielle Interessen und eine politisch-ideologische Agenda. Denn das Ziel der Faktenprüfer besteht darin, den gesellschaftlichen Diskurs auf einen bestimmten Meinungskorridor einzuengen und sicherzustellen, dass die in der Öffentlichkeit kursierenden Aussagen das Weltbild ihrer staatlichen, überstaatlichen

oder privaten Auftraggeber stützen. Oder anders ausgedrückt: Faktenprüfer sind keine unabhängigen Gutachter oder neutralen „Wahrheitswächter“, sondern bezahlte Erfüllungsgehilfen einflussreicher Kräfte in Staat und Wirtschaft, die strikt interessengeleitet vorgehen. Dazu gehört auch die Diskreditierung von kritischen Meinungen, welche den jeweiligen Regierungen missfallen – eine Aufgabe, zu der in totalitären Regimen die Geheimdienste erhalten müssen.

Die Faktenchecker bedienen sich dabei einer ganzen Reihe von typischen Methoden oder Tricks. So greifen sie vielfach auf das sogenannte Framing zurück, also die einleitende Stimmungsmache durch das negative „Einrahmen“ von Aussagen nach dem Schema „Putin-Sympathisanten und die AfD verbreiten jetzt folgende Behauptung ...“

Darüber hinaus hagelt es persönliche Angriffe gegen Personen, deren Äußerungen im Dienste der „guten Sache“ zu widerlegen sind. In diesem Zusammenhang wird dann immer gern das Wort „umstrit-

ten“ verwendet oder eine Kontaktschuld konstruiert: Wer mit dem oder dem in Verbindung stehe, der disqualifiziere sich damit selbst.

Die anonymen Experten

Ansonsten gehen Faktenprüfer gerne so vor, dass sie die wegzudiskutierenden Informationen absichtlich unkorrekt wiedergeben oder maßlos überinterpretieren, um so Angriffspunkte für ihre Kritik zu finden. Oder sie tarnen den Umstand der kompletten Unwiderlegbarkeit der Kernaussage, welcher sie zu Leibe rücken wollten, durch einen gewaltigen Wortschwall über Nebensächlichkeiten, der fast jeden Leser einschläfert.

Eine weitere übliche Vorgehensweise der Faktenchecker ist die selektive Auswahl von Experten. Einerseits ignorieren die angeblichen Verfechter der Wahrheit sämtliche Verteidiger der von ihnen angegriffenen Positionen – ganz gleich, wie qualifiziert diese sind. Andererseits kommt aber nahezu jeder zu Wort, der etwas gesagt hat, was zur eigenen Argumen-

tation passt, selbst wenn er eine absolute Minderheitenmeinung vertritt.

Diese Rosinenpickerei geht so weit, dass man auf Fachleute verweist, „die nicht namentlich zitiert werden wollen“, was die Frage nahelegt, ob es diese Experten überhaupt gibt. So geschehen beispielsweise beim „Fact-Checking“ des ZDF zur Frage der Verantwortlichkeit für die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines: Ein Fachmann „für maritime Strategie und Sicherheit“ aus Kiel, der lieber anonym bleiben wollte, habe gesagt, dass die USA nicht hinter den Sprengungen stecken könnten, also kämen diese auch keinesfalls als Täter in Frage.

Mit ähnlich dubioser und tendenziöser Rabulistik stellten die Faktenchecker in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche obrigkeitlich unerwünschte Aussagen als Lüge hin – sei es zur Corona-Politik und den Corona-Impfungen zum Ukrainekrieg und den Fehlleistungen der Mitglieder der Bundesregierung, oder sei es andererseits zu dem angeblich menschgemachten Klimawandel.



Fakt oder Fake? Investigative Journalisten überprüfen Nachrichtentexte auf ihren Wahrheitsgehalt. Nur: Was ist die Wahrheit?

CORONA-TATSACHEN

Aus Prinzip auf der Seite der Mächtigen

Die Pandemie brachte es an den Tag: Wie die Faktenprüfer aus ideologischen Gründen nicht selten danebenlagen

Während der Corona-Pandemie verbreiteten deutsche Politiker, Wissenschaftler und die großen Medien zahlreiche Falschmeldungen. Zweifel an diesen wurden als „Verschwörungstheorien“ abgetan, wobei die staatlich besoldeten Faktenprüfer eine federführende Rolle spielten.

Das Ganze begann bereits Anfang 2020, als es zunächst offiziell hieß, das in China grassierende Virus sei keine Gefahr für Deutschland. Dann gingen die Faktenprüfer gegen jeden vor, der den Verdacht zu äußern wagte, der Erreger SARS-CoV-2 könne von chinesischen Forschern gezüchtet worden sein – wofür es aber schon zu Beginn der Pandemie ernst zu nehmende Belege gab.

Dem folgte die „Mutter aller regierungsamtlichen Lügen“, als das von Jens Spahn geleitete Bundesgesundheitsministerium am 14. März 2020 verkündete: „Achtung Fake News! Es wird behauptet und rasch verbreitet, das Bundesministerium für Gesundheit/die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen. Das stimmt NICHT! Bitte helfen Sie mit, ihre Verbreitung zu stoppen.“ Auch hier warfen sich die Faktenprüfer sogleich für den Staat in die Bresche, wonach dann aber zwei Tage später genau diese Einschränkungen verkündet wurden.

Und so ging es 2020, 2021 und 2022 weiter: Alles, was dem gerade geltenden

Regierungsnarrativ widersprach, wurde von den vermeintlichen Hütern der Wahrheit gnadenlos niedergemacht, egal ob es um die Wirksamkeit von Lockdowns und Impfungen oder Abrechnungsskandale und Impfschäden ging.

Dabei standen die Faktenprüfer am Ende oft selbst als Verbreiter von Falschmeldungen da. So bestätigte der Bundesrechnungshof die als „nicht richtig“ erklärte Aussage der angeblichen „Corona-Schwurpler“, dass die Krankenhäuser vielfach zu Unrecht staatliche Gelder für ihre Intensivbetten kassiert hätten.

Ein anderes Beispiel ist die lang anhaltende zähe Leugnung von Impfnebenwirkungen oder -schäden beziehungsweise

Alles, was dem gerade geltenden Regierungsnarrativ widersprach, wurde von den vermeintlichen Hütern der Wahrheit gnadenlos niedergemacht

deren haarsträubende Relativierung durch die Faktenchecker, welche einseitig den Standpunkt der Pharmaindustrie sowie der Impfpflicht-Befürworter vertrauten und seriöse wissenschaftliche Studien ignorierten.

Dabei drängen manche Faktenprüfer ihre ideologischen Gegner in Rückzugsgefechte, obwohl mittlerweile feststeht, dass die meisten „Verschwörungstheorien“ einen sehr wahren Kern hatten. Zu nennen wären hier unter anderem die aktuellen Faktenverdrehungen bei der Diskussion der Cochrane-Studie zum kaum vorhandenen Nutzen von Masken bei der Verhinderung der Übertragung des Corona-Virus von Mensch zu Mensch. W.K.

KLIMASTREIT

Faktenreiche Verdrehungen der Tatsachen

Die Faktenprüfer des öffentlich-rechtlichen TV- und Hörfunksenders ARD, welche als „Faktenfinder“ auftreten, haben unlängst eine graphische Darstellung des dänischen Statistik-Professors Björn Lomborg kritisiert. Diese zeigt die drastische Abnahme der Zahl der Todesopfer infolge von Extremwetterlagen um 98 Prozent, obwohl sich die Weltbevölkerung im untersuchten Zeitraum zwischen 1920 und 2020 vervierfachte.

Das rief die ARD-Mitarbeiterin Carla Reveland und Pascal Siggelkow auf den Plan, welche am 20. Januar verkündeten: „Im Netz kursiert eine Grafik, die einen Rückgang der klimabedingten Todesfälle in den vergangenen hundert Jahren zeigt, um die Folgen des Klimawandels zu verharmlosen. Dabei ist die Grafik aus vielerlei Hinsicht irreführend.“ So seien „die Daten vor allem mit Blick auf die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts“ lückenhaft. Und darüber hinaus gebe es auch keine Angaben über „hitzebedingte Todesfälle“.

Allerdings unterstützen diese Umstände Lomborgs Argumentation eher noch. Wenn anfangs tatsächlich eine Untererfassung der Toten stattfand, dann wäre der Rückgang bei den Klimaopfern ja sogar noch größer. Gleichfalls ist es unsinnig, die Nichtberücksichtigung von Hitzetoten zu rügen, ohne parallel auch das Fehlen von Daten über an Kälte Gestorbene zu bemängeln. Denn die Zahl der Letzteren dürfte im Untersuchungszeitraum ebenfalls recht hoch gewesen sein.

Einen weiteren logischen Fehler begingen Reveland und Siggelkow, als sie anführten, dass die finanziellen Schäden aufgrund von Klimaereignissen in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hätten, was definitiv von mehr Extremwetterlagen zeuge. Tatsächlich sind die höheren Schadenssummen nach übereinstimmenden Angaben der Versicherungsunternehmen einzig und allein die Folge der gestiegenen Wirtschaftsleistung und eines rechnerischen Wertzuwachses von Immobilien und Sachgütern nicht zuletzt durch die Inflation. W.K.

Die große Energiekrise kommt erst noch

Dass Deutschland diesen Winter glimpflich übersteht, ändert nichts daran, dass die Energiewende scheitern wird. Doch steht zu befürchten, dass die Politik erst dann umlenkt, wenn die eigene Wirtschaft irreversibel geschädigt ist

VON FRITZ VAHRENHOLT

Die Strom- und Gaspreise sind im Februar deutlich gesunken. Allerdings liegen sie noch doppelt so hoch wie 2021 und viermal so hoch wie im internationalen Wettbewerb. Ursachen für den leichten Rückgang sind der milde Winter, die bis April weiterlaufenden Kernkraftwerke sowie die wieder hinzugeschalteten Kohlekraftwerke. Aber nach wie vor haben wir die höchsten Strompreise der Welt nach Burkina Faso.

Die große Energiekrise steht uns aber erst noch bevor. Wenn die Kernkraftwerke im April vom Netz gehen und im nächsten Frühjahr die Ersatzkraftwerke auf Kohlebasis vom Netz gehen werden, wird es ein böses Erwachen geben. Der vom Bundeskanzler angekündigte Bau von täglich fünf Windkraftwerken wird das Problem nicht lösen.

Die Alternativen liegen vor unserer Haustür

Denn Windkraftwerke liefern nur ein Viertel des Jahres ihre volle Leistung. An 140 Tagen liefern sie nahezu keinen Strom. Die Bundesregierung glaubt, mit 40 neuen Gaskraftwerken diese Lücke ausgleichen zu können. Diese Kraftwerke sollen bis 2030 auf Wasserstoff umgebaut werden.

Ausreichenden Wasserstoff wird es aber nicht geben. Es fehlen Elektrolyseure für Wasserstoff, Leitungen für Wasserstoff, Speicher für Wasserstoff und selbst Wasserstoffkraftwerke müssen noch entwickelt werden. Am Ende ist Wasserstoffstrom viermal so teuer wie Erdgasstrom.

Was Kanzler Scholz nicht sagt: Wir steuern in eine langanhaltende Stromkrise. Sie wird Deutschland viele, viele Arbeitsplätze kosten. Aber auch klimapolitisch ist der Zubau von 40 neuen Gaskraftwerken kurzfristig. Schon im letzten Jahr kaufte Deutschland auf den Gasweltmärkten massiv ein und trieb die Preise hoch. Das führte zum Ergebnis, dass sich Staaten wie Pakistan oder Bangladesh Gasimporte nicht mehr leisten können. Pakistan hat daher beschlossen, keine Gaskraftwerke mehr zu bauen, sondern die Kohlekraftwerkskapazitäten zu vervierfachen. Wir legen Kohlekraftwerke still, treiben unseren eigenen Strompreis hoch und Pakistan baut Kohlekraftwerke hinzu. Das ist das Ergebnis einseitiger Energiepolitik.

Stattdessen wäre es nötig, sich auf unsere eigenen Kräfte zu besinnen und die Erdgasvorräte in Norddeutschland zu fördern. Statt Frackinggas aus den USA zu importieren, könnten wir Erdgas aus dem Tiefengestein viel umweltfreundlicher fördern als es die USA tun. Die CO₂-Bilanz wäre um 25 Prozent niedriger und auch die Kosten wären deutlich geringer. Selbstverständlich müssen wir auch unsere eigenen Braunkohlevorräte nutzen und das bei der Verbrennung entstehende CO₂ aus den Kraftwerken abscheiden und in tiefes Basaltgestein verpressen. Wir wissen, dass sich das CO₂ innerhalb von zwei Jahren mit dem Basalt zu einem dolomitähnlichen Gestein verbindet. Und selbstverständlich müssen wir unsere Kernkraftwerke weiter laufen lassen, wenn wir eine bedrohliche Stromkrise vermeiden wollen.

Aus der Eindimensionalität des Klimaschutzes befreien

Natürlich müssen wir die CO₂-Emissionen senken. Aber wir sollten dabei auch alle verfügbaren und verantwortbaren Energiequellen nutzen, um Wohlstand zu sichern und eine breit angelegte Entwicklung möglich zu machen, von den Erneuerbaren Energien über die Kernkraft bis hin zum blauen Wasserstoff aus Kohle, Öl und Gas. Wir müssen das Angebot an Energie erweitern und nicht verknappen, wenn wir unsere industriellen



Notwendige Korrektur: „Wir müssen das Angebot an Energie erweitern und nicht verknappen, wenn wir unsere industriellen Arbeitsplätze und bezahlbare Energiekosten behalten wollen“
Foto: Mauritius

Arbeitsplätze und bezahlbare Energiekosten behalten wollen. Wir müssen den ideologischen Feldzug gegen Kernenergie und fossile Energien einstellen und diese Quellen verantwortbar nutzen. Und wir sollten offen sein für neue Technologien wie etwa die Fusionstechnologie. Und wir müssen Energiepolitik aus der Eindimensionalität des Klimaschutzes befreien sowie der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit wieder den notwendigen Stellenwert geben.

Da sind, nicht zuletzt seit dem Ukraine-Krieg, erhebliche Zweifel entstanden, ob Deutschland den richtigen Weg eingeschlagen hat, sich hierzulande allein auf Wind- und Sonnenenergie zu verlassen. Denn die Verstromung von preiswertem Erdgas aus Russland in Gaskraftwerken war die Lösung, um die unstete Stromversorgung durch Wind und Sonne auszugleichen. Dieser Weg ist vorerst versperrt, denn Russland lenkt seinen Export aus den Jamal-Feldern um nach China. Die Pipeline „Power of Siberia 2“ nach China wird gebaut und wird etwa soviel Gas nach China liefern wie Nord Stream 1 geliefert hat.

Die alternative Belieferung mit Fracking-Gas aus den USA ist langfristig nicht belastbar, da der US-amerikanische Präsident Joe Biden die Erschließung neuer Fracking-Felder auf öffentlichem Grund untersagt hat und daher im Verlauf der nächsten Jahre die Förderung aus bestehenden Feldern zurückgehen wird. Was mit den Exporten nach Europa aus den USA passieren wird, wenn Erdgas in den USA knapp und (wegen des Exports) teurer wird, kann man leicht vorhersehen. Als Mitte letzten Jahres die Ölpreise in die Höhe schnellten, erwägte der Präsident ein Ausfuhrverbot für Öl. Bei Gas kann uns das schnell wieder passieren.

Die großen Tabus – die eigene Erdgasförderung, die CO₂-Abscheidung bei Nutzung heimischer Braunkohle und die Weiterentwicklung der Kernenergie – stehen auf dem

Prüfstand. Und je länger an diesen Tabus festgehalten wird, desto offensichtlicher wird, dass der bisherige Weg der Energiewende gescheitert ist.

Symptome des Scheiterns

In ihrem in der letzten Woche verabschiedeten Bericht zur „Versorgungssicherheit Strom“ kommt die Bundesnetzagentur schon jetzt nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass die Stromversorgung in den nächsten Jahren nur gesichert ist, wenn steigende Importe aus Frankreich, Tschechien und Polen stattfinden und wenn „Lastmanagementpotentiale zur Lastreduktion in Knappheitssituationen“ erfolgen. Die vernebelnde Sprache bedeutet auf Deutsch, dass die Versorgungssicherheit nur gewährleistet werden kann, wenn industrielle und private Verbraucher jederzeit abgeschaltet werden können. Das ist eine beeindruckende neue Definition von Versorgungssicherheit.

Das liegt auf der Linie der von der Bundesnetzagentur vorgeschlagenen Drosselung von E-Auto-Ladestationen und Wärmepumpenanschlüssen. Wie berichtet wurde, sollte in Mangelsituationen lediglich eine Reichweite von 50 Kilometern durch die Ladestation ermöglicht werden. Die Energiewende zeigt die Symptome des Scheiterns bereits bei 900.000 E-Autos und einer Million Wärmepumpen, also bei zwei Prozent Zielerfüllung.

Wenn wir nicht auf einen Industriestrompreis von 4 Cent je Kilowattstunde kommen, wie ihn Kanzler Scholz im Wahlkampf versprochen hat, wird die stromintensive Industrie in Deutschland keine Zukunft haben.

Die Einsicht wird viel zu spät kommen

Mit diesen düsteren Aussichten befasste ich mich ausführlich in meinem neuen Buch „Die große Energiekrise“, das gerade erschienen ist. Darin heißt es: „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch noch im Jahre 2045 den

größten Teil unserer Energieversorgung durch Erdgas und Erdölprodukte abdecken werden. Das gilt allemal, wenn im Stromsektor, der für die Arbeitsplätze und Wertschöpfung entscheidend ist, weiter die Weichen falsch gestellt werden. Ein Land, das ökonomisch hart zurückfällt, wird sich viele Blütenträume, wie etwa von teurer Wasserstoffwirtschaft, nicht mehr leisten können.

Ein Land auf dem Niveau eines Schwellenlandes – und auf das steuern wir zu – wird keinen Beitrag zur Weiterentwicklung der Energietechnologie erbringen können. Am Ende wird es sich auch Energieimporte immer weniger leisten können. Dann, viel zu spät, wird es notgedrungen die heimischen Quellen wie eigenes Schiefergas und heimische Braunkohle anzapfen müssen.“

Lernen durch Scheitern

Ich beschreibe in diesem Buch auch, wie sich durch die harte Krisenerfahrung das gesellschaftliche Bewusstsein wieder verändern wird: „Eine Gesellschaft, die nie Energieknappheiten kannte und die mit infantilen politischen Aussagen wie des Speicherns vom Strom im Netz oder der Speicherung von Strom durch Tiefkühlhähnchen oder der Kosten der Energiewende in Form von Eiskugeln für dumm verkauft wurde, muss erst die bittere Erfahrung machen, dass die Energiewende gescheitert ist. Erst dann ist sie bereit, neue Risiken und Chancen zu ergreifen.“

Mit der Energiewende platzen andere politisch korrekte Mantras. Das E-Auto hat in einer Welt von 300 Euro pro Kilowatt keine Zukunft. Es geht schnell, Technologien, Unternehmen und Arbeitsplätze zu zerstören. Es wird lange dauern, bis in Deutschland wieder Verbrennungsmotoren entwickelt werden, um die uns die Welt beneidet. Es werden Jahre vergehen, bis für diese Entwicklung CO₂-armer synthetischer Kraftstoff politische Mehrheiten findet.“

Von Fallstricken befreien

Aber es gibt Alternativen und eine Zukunftsperspektive: „Es wird zehn bis zwanzig Jahre dauern, bis wir uns aus den Trümmern dieser Politik hervorgearbeitet haben. Aber weltweit neue Wege in Forschung und Entwicklung würden zumindest der nächsten Generation helfen, eine Zehn-Milliarden-Menschheit mit zuverlässigen und preiswerten Energien zu versorgen und nicht wie die jetzige Generation in die selbstgestellte Falle einer langen Energiekrise zu stolpern.“

Aber um sich von all den Fallstricken zu befreien, braucht es eine Zeitenwende der Energiepolitik, eine Abkehr vom grünen Monster des *Green Deal*, der uns in diese missliche Lage gebracht hat. Der Krieg gegen den Kohlenstoff muss beendet werden. So wie es sogar der Weltklimarat gefordert hat: Ja zur Kernenergie, Ja zu fossilen Quellen mit CO₂-Abscheidung und Ja zu Erneuerbaren Energien.“

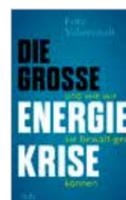
Erst wenn uns irgendwann wieder eine Energie zur Verfügung steht, die preiswert und umweltfreundlich ist und die Versorgungssicherheit verspricht – erst dann werden wir die selbstverschuldete Große Energiekrise endlich überwinden können.

Eine gekürzte Fassung dieses Beitrags ist auch erschienen auf www.dersandwirt.de.

● Prof. Dr. Fritz Vahrenholt war von 1991 bis 1997 Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg und anschließend Mitglied im Vorstand der Deutschen Shell sowie Vorstandsvorsitzender der REpower Systems und der RWE Innogy. Seit 1998 ist er Honorarprofessor an der Universität Hamburg. Zu seinen Schriften gehört „Unerwünschte Wahrheiten. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“ (Langen Müller 2020).
www.vahrenholt.net

Was Kanzler Scholz nicht sagt: Wir steuern in eine langanhaltende Stromkrise. Sie wird Deutschland viele, viele Arbeitsplätze kosten

Debatte



Fritz Vahrenholt
Die große Energiekrise ... und wie wir sie bewältigen können
Langen Müller Verlag 2023, Breitklappenbroschur, 208 Seiten, ISBN: 978-3-7844-3658-6 22 Euro

● MELDUNGEN

Kaum Hilfe aus dem Ausland

Nürnberg – Wie die Bundesagentur für Arbeit zugibt, konnte sie 2022 lediglich 656 Pflegekräfte aus dem Ausland nach Deutschland vermitteln, obwohl sie in den Vorjahren Vermittlungsabsprachen und Kooperationsvereinbarungen mit den Regierungen von Bosnien und Herzegowina, Tunesien, El Salvador, Serbien, Vietnam, Indien, Indonesien, Mexiko, Jordanien, Brasilien, Kolumbien und den Philippinen getroffen hat. Die meisten der im Vorjahr neu angeworbenen 250 Pflegekräfte stammen dabei aus dem zuletzt genannten Inselstaat. Die Bundesrepublik benötigt perspektivisch allerdings bis zu 180.000 Pflegekräfte mehr. Deshalb bemängelte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Tino Sorge: „Die Bundesregierung tut zu wenig, um Pflegekräfte aus dem Ausland ... zu holen.“ Außerdem kritisierte er die langwierigen Visa-Verfahren. **W.K.**

An der Ahr wird gewartet

Bonn – Auf den Konten der Aktion Deutschland Hilft sowie des Aktionsbündnisses Katastrophenhilfe liegen immer noch 187,53 Millionen Euro Spendengelder für die Opfer der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen vom Juli 2021. Dies erklären die beteiligten Hilfsorganisationen von der Caritas über die Diakonie bis hin zum Deutschen Roten Kreuz und den Maltesern vor allem damit, dass der Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen und Häuser stocke, weil es an Gutachtern, Handwerkern und Baumaterialien fehle. Außerdem seien manche Betroffene immer noch zu traumatisiert, um Anträge auf Unterstützung zu stellen. Dahingegen sieht der Deutsche Fundraising Verband andere Ursachen. Dazu zählen der mangelhafte Informationsaustausch zwischen den Hilfsorganisationen, Versicherungen und Behörden sowie eine übermäßige Bürokratie in Kombination mit einem veralteten Gemeinnützigkeitsrecht. **W.K.**

Ukrainer knapp hinter Türken

Wiesbaden – Den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden Personen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft seit dem Beginn der russischen Invasion mehr als verdreifacht. Damit bilden die Ukrainer nach türkischen Staatsangehörigen die zweitgrößte ausländische Bevölkerungsgruppe. 2022 wurden rund 1,1 Millionen Zuzüge aus der Ukraine registriert, denen 139.000 Fortzüge gegenüberstanden. Wie die Behörde weiterhin mitteilt, waren 63 Prozent der eingereisten Ukrainer weiblich und ein Drittel jünger als 18 Jahre. Dahingegen lag der Anteil der über 60-jährigen nur bei 13 Prozent. Die meisten der Kriegsflüchtlinge kamen in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen unter. Drei Viertel der Ukrainer bezogen dabei direkt nach ihrer Ankunft private Wohnungen von Deutschen. **W.K.**



Immer öfter von Altersarmut bedroht: Bewohner von Pflegeheimen

Foto: imago/Imagebroker

PFLEGEVERSICHERUNG

Armutsrisiko Altern

Heimbewohner sind zunehmend auf Sozialhilfe angewiesen

VON PETER ENTINGER

In Würde altern ist ein viel geäußelter Wunsch. Fast alle Betreiber von Senioreneinrichtungen werben damit. Doch die Realität sieht anders aus. Rund ein Drittel aller Pflegebedürftigen in Heimen ist auf Sozialhilfe angewiesen. Das geht aus einem aktuellen Bericht der Krankenkasse DAK-Gesundheit hervor.

Trotz deutlich gestiegener Alterseinkünfte werde der Anteil der Pflegeheimbewohner, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, im Laufe dieses Jahres wieder auf ein Drittel anwachsen und bis 2026 voraussichtlich 36 Prozent betragen. Andreas Storm, Vorstandsvorsitzender der DAK-Gesundheit, fordert als neue pflegepolitische Zielsetzung von der Bundesre-

gierung, die Sozialhilfequote in Einrichtungen auf unter 30 Prozent zu begrenzen. Trotz der bisherigen Reformen werden ab Mitte dieses Jahres im Durchschnitt Eigenanteilstwerte erreicht, die höher sind als jemals zuvor, so die Berechnungen von Heinz Rothgang, Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Bremen, der die Analyse im Auftrag der DAK durchführte.

Nur eine Teilkaskoversicherung

Die Bundesregierung hatte im vergangenen Jahr ein System von Entlastungszuschlägen eingeführt, die mit der Pflegedauer steigen. Dennoch stieg der durchschnittliche Eigenanteil der Bewohner zum Jahreswechsel auf 2468 Euro pro Monat. Die Zahl der Bewohner in den Pflegeeinrichtungen ist in den vergangenen zehn

Jahren massiv in die Höhe geschneit: von 620.249 im Jahr 2010 über 676.584 im Jahr 2015 auf rund 731.000 Ende 2020. Inzwischen hat sich die Zahl Schätzungen zufolge der 800.000er-Marke genähert.

Bei den 80- bis 85-Jährigen ist nach Einschätzung des Gesundheitsministeriums bereits jeder Vierte pflegebedürftig. Da die Zahl alter Menschen in der Bevölkerung zunimmt, sei dementsprechend auch mit einem Anstieg der Zahl pflege- und betreuungsbedürftiger Personen zu rechnen. Bei den über 90-Jährigen sind mehr als acht Zehntel pflegebedürftig, was nicht zwingend bedeutet, in eine Einrichtung umziehen zu müssen. Im Dezember 2021 waren in Deutschland knapp fünf Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes.

DENUNZIANENTUM

Eine neue Stasi-Meldestelle?

Der linken Amadeu-Antonio-Stiftung bläst derzeit viel kalter Wind ins Gesicht

Mit ihrem Projekt einer „Meldestelle Antifeminismus“ hat die linksgerichtete Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung eine Welle der Kritik erzeugt. Über das Online-Portal können Bürger anonym allerlei „antifeministische“ Vorfälle und Äußerungen melden. Einige Kritiker vergleichen das Portal mit einer Stasi-Denunziationsstelle, andere mit einem Online-Pranger für unliebsame Ansichten. Besonders erregt viele, dass für das Projekt auch noch üppig Steuergelder fließen. Mit 133.000 Euro förderte das von der Grünen-Politikerin Lisa Paus geleitete Familienministerium im vergangenen Jahr die Meldestelle, die zusammen mit der grünen Heinrich-Böll-Stiftung betrieben wird.

Die Union fordert, die staatliche Förderung zu beenden. Die Vize-Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dorothee Bär empörte sich in einer Pressemitteilung über das „Paus'sche Petz-Portal“.

Sie lehnt es ab, „mit Steuergeldern eine Stiftung zu stärken, die eine Meldestelle zum Denunzieren und Diffamieren betreibt, und die zudem über 20 Jahre von einer ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiterin der Stasi geführt wurde“. Damit spielt Bär auf die Tatsache an, dass die Gründerin und langjährige Chefin der Amadeu-Antonio-Stiftung, Annetta Kahane, zu DDR-Zeiten für das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) Bekannte und Oppositionelle bespitzelte.

Mit ähnlichen Worten fordert auch die AfD, das Meldeportal der Stiftung nicht mehr staatlich zu fördern. Sie etabliere eine Kultur der Denunziation und des Misstrauens, kritisierte die AfD-Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel, die Obfrau im Familienausschuss ist. Außerdem werde der Begriff des „Antifeminismus“ zu weit ausgedehnt. Prompt kritisierten linke Journalisten wie die „Spiegel“-Redakteurin Ann-Christin Müller,

dass Union und AfD hier gemeinsame Sache machten und dass die CSU-Politikerin Bär sogar den Stasi-Vorwurf nochmals erwähne.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung geriet durch mehrere kritische Medienberichte so weit in die Defensive, dass sie sich zu einer Klarstellung gezwungen sah. „Die Meldestelle ist kein Pranger, sondern Anlaufstelle für Betroffene“, schreibt sie. Gleichzeitig macht sie klar, dass sie den Begriff „Antifeminismus“ sehr weit fasst. Darunter verstehe sie alle „Diskriminierungsformen ...“, die sich gegen Emanzipationsbestrebungen, gegen Geschlechtergerechtigkeit und gegen körperliche sowie geschlechtliche Selbstbestimmung richten“. Wie der Berliner „Tagesspiegel“ meldet, sollen neben misogynen Angriffen und Gewaltvorfällen auch „antifeministische Sprüche“, Kampagnen gegen geschlechtergerechte Sprache oder Sticker mit Worten wie „Gender-Ideologie“

Rund drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Das geschieht durch ihre Angehörigen oder durch Mitarbeiter ambulanter Pflegedienste, wobei das eine das andere nicht ausschließt. Auch das ist ein teures Unterfangen. „Damit Menschen gar nicht erst ins Pflegeheim kommen, müssen wir die Pflege in den eigenen vier Wänden viel stärker fördern. Das Pflegegeld sollte noch in diesem Jahr um mindestens zehn Prozent erhöht werden. Es sollte jährlich eine Anpassung der Leistungen an die allgemeine Kostenentwicklung erfolgen, und wir brauchen das im Koalitionsvertrag beschlossene Entlastungsbudget, also die Zusammenfassung der Kurzzeit- und Verhinderungspflege“, fordert der DAK-Vorstandsvorsitzende von der Politik, welcher der Christdemokrat früher selbst einmal unter anderem als saarländischer Gesundheitsminister angehört hat.

Steigende Eigenanteile

Dadurch, dass die Ansprüche und Auflagen an die Heimbetreiber immer höher werden, würden die Kosten ins Uferlose steigen. „Heimpflege wird zu einer Sozialhilfepflege“, heißt es in der Analyse der DAK. Die Reformen der Vergangenheit haben zwar dafür gesorgt, dass die Bewohner ab dem dritten Aufenthaltsjahr in einer Einrichtung entlastet werden, aber dies geht an der Lebensrealität vorbei. Mehr als vier Zehntel der männlichen Bewohner sterben innerhalb der ersten drei Monate. Bei Frauen, deren Lebenserwartung generell höher ist, liegt die Quote zwischen 25 und 30 Prozent. Innerhalb der ersten drei Monate nach dem Umzug stürzen Senioren häufiger als zuvor. Und im ersten Jahr im Heim ist die Sterberate höher als in anderen Jahren. Um die Pflege in Deutschland bezahlbar zu machen, wurde 1995 die Pflegeversicherung eingeführt. Sie ist allerdings nur eine Teilkaskoversicherung. Für Heimbewohner kommen noch Kosten für Unterkunft, Verpflegung und auch für Investitionen in den Einrichtungen hinzu.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband forderte daher einen Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung. Diese solle für alle pflegebedingten Kosten aufkommen. Der Sozialverband VdK ist der Ansicht, die Pflege von Angehörigen zu Hause zu stärken. Dies sei menschlicher und im Endeffekt deutlich billiger. „Wir brauchen dringend Hilfe für die Pflege in den eigenen vier Wänden in Form von Hauswirtschaft und Betreuung“, sagt die Vorsitzende Verena Bentele. Denn durch die steigenden Lebenshaltungskosten und die Inflation fehle es mehr und mehr an Geld für eine professionelle Betreuung.

angeprangert werden können. Im Klartext: Wer sich gegen die Gender-Sprache stellt, begeht demnach eine „antifeministische“ Attacke, die – auch wenn sie unterhalb der Strafbarkeit liegt – von der Stiftung in der Kategorie „Hate-Speech“ dokumentiert wird.

Dass der Amadeu-Antonio-Stiftung demnächst der Steuergeldhahn abgedreht wird, ist nicht zu erwarten. Die 1998 gegründete Stiftung hat sich zu einer der wichtigsten rot-grün-roten Vorfeldorganisationen entwickelt. „Wir sind eine rasant wachsende Stiftung mit einem großen Aufgabenfeld. In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl der Vollzeitstellen auf rund 100 verdoppelt, das Jahresbudget beträgt inzwischen sieben Millionen Euro“, freute sich Geschäftsführer Timo Rheinfank in einem Interview. Das Ziel der Stiftung beschreibt er ganz breit. „Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit jeder Art.“ **Robert Mühlbauer**

POTSDAM

Dunkle Wolken über der Koalition

Der Rücktritt von Brandenburgs Grünen-Co-Chefin Julia Schmidt hinterlässt eine brisante Lücke

VON HERMANN MÜLLER

Obwohl CDU und Grüne oft sehr unterschiedliche Positionen vertreten, funktionierte die in Brandenburg regierende rot-schwarz-grüne Keniakoalition bislang erstaunlich reibungslos. Nach dem überraschenden Rücktritt der Co-Vorsitzende der Grünen in Brandenburg, Julia Schmidt, sehen Beobachter nun allerdings schwierige Zeiten auf die märkischen Grünen und auch auf die Regierungskoalition zukommen. Schmidts Rücktritt war ohne Vorwarnung gekommen: Überraschend hatte die Co-Chefin am Sonnabend, den 18. Februar, über Twitter ihren Rücktritt vom Parteivorsitz erklärt und zudem angekündigt, nicht als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl zur Verfügung zu stehen: „Ich möchte vielmehr zunächst mein Studium abschließen, was zuletzt neben der politischen Tätigkeit immer schwieriger gelungen ist“, so die 29-Jährige.

Feuer aus der eigenen Partei

Nur kurz darauf verbreitete der Landesvorstand der Grünen seine Sicht der Dinge. In einer Pressemitteilung teilte das Gremium mit, Schmidt sei einstimmig das Vertrauen entzogen worden. „Vorangegangen waren wiederholte Fälle untragbaren Fehlverhaltens“, so Alexandra Pichl, bislang Mitvorsitzende des Grünen-Landesverbandes neben Schmidt. Gegenüber der Berliner Boulevardzeitung „B.Z.“ sagte Pichl: „Julia Schmidt hat wiederholt Falschaussagen getroffen, um sich als Spitzenkandidatin zu etablieren.“ Weiter warf Pichl ihrer bisherigen Co-Landesvorsitzenden vor, „in den vergangenen Wochen vor allem in eigener Sache unterwegs“ gewesen zu sein und mehrfach die Parteigremien umgangen zu haben.

Dass die Grünen keine weiteren Informationen liefern, ließ alsbald Spekulationen über die tatsächlichen Rücktrittsgründe aufkommen. Wie die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ berichteten, soll ein Mix verschiedener Gründe dazu geführt haben, dass der Grünen-Landesvorstand am Abend des 17. Februar Schmidt ultimativ aufgefordert habe, ihren Rücktritt zu unterschreiben. Vorgeworfen wurden ihr laut dem Bericht Illoyalität, eigen-



Galt als Klammer zum Koalitionspartner CDU: Julia Schmidt (Grüne)

Foto: imago/Markus Pichlmaier

mächtiges Handeln und auch eine zu große Nähe zur CDU.

Tatsächlich kam eine der ersten öffentlichen Reaktionen auf den Rücktritt der Grünen-Politikerin erstaunlicherweise aus den Reihen der märkischen Union. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Jan Redmann schrieb auf Twitter, er bedauere den Rückzug von Schmidt. „Die Brandenburger Grünen verlieren einen ihrer profiliertesten Köpfe“, so Redmann. Der Fraktionschef weiter: „Ich habe sie in Verhandlungen durchaus kreativ und kompromissfähig erlebt. Das wird fehlen.“

Mit Blick auf die Keniakoalition könnte Redmann damit durchaus richtigliegen. Schmidt hatte zwar öffentlich immer wieder Kritik an den Koalitionspartnern SPD und CDU geübt. Sie galt aber auch als Ansprechpartner, wenn die Koalitionspartner etwas mit den Grünen klären wollten. Nachgesagt wird der Zurückgetretenen, sie habe gleichermaßen zu Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) als auch zum

CDU-Fraktionschef Redmann einen guten Draht gehabt.

Gerade zwischen märkischer Union und den dortigen Grünen sind reichlich Konfliktthemen vorhanden, die eigentlich kaum überbrückbar scheinen. Erst vor Kurzem etwa forderte Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) eine Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland, einen „Migrationsstopp“. Kabinettskollegin Ursula Nonnemacher von den Grünen, als Ministerin zuständig für Soziales und Integration, hielt mit Forderungen dagegen, die Aufnahmekapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen müssten vergrößert werden, und Asylbewerber sollten schneller Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

Zusammenhalt wird schwierig

Dauerzankpunkte zwischen Grünen und CDU sind ein neues Jagdgesetz und ein Agrarstrukturgesetz. Beide Projekte sind Agrarminister Axel Vogel (Grüne) ein be-

sonderes Anliegen. Die Union kann sich mit den Vorhaben jedoch nicht anfreunden. Die CDU will dagegen Brandenburgs Polizeigesetz erneuern. Hierbei sind es wiederum die Grünen, die blockieren. Die grüne Parteibasis trägt zudem nur mit Grollen den Bau eines Abschiebezentrums am Flughafen BER mit. Ohne die gut vernetzte Schmidt könnte es bis zu den Landtagswahlen im Herbst 2024 sehr viel schwieriger werden, die Konflikte in der Dreierkoalition weiter unter der Decke zu halten.

Gut anderthalb Jahre vor den Landtagswahlen kann der Rücktritt von Julia Schmidt überdies die Wahlchancen der Grünen in der Mark beeinträchtigen. Die beiden Grünen-Minister Nonnemacher und Vogel haben bereits erklärt, als Spitzenkandidaten nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Schmidt war bis zu ihrem Rücktritt dagegen immer wieder als mögliche Spitzenkandidatin genannt worden.

BEHÖRDEN

Scharfe Kritik am „Polizeibeauftragten“

„Versorgungsposten“: SPD-Politikerin bekommt neue Position, an deren Schaffung sie selbst mitwirkte

Schon im vergangenen Dezember hat Brandenburgs Landtag beschlossen, den Posten eines Polizeibeauftragten einzurichten. Inzwischen steht auch fest, wer den Posten übernehmen soll. Die Fraktionspitzen der drei Koalitionsparteien SPD, CDU und Grüne haben sich auf die SPD-Politikerin Inka Gossmann-Reetz geeinigt. Die Innenpolitikerin ist am 22. Februar im Landtag ins Amt gewählt worden.

Die Entscheidung, eine aktive Politikerin auf diese Position zu setzen, stieß zumindest einen Abgeordneten des Regierungslagers ab. In geheimer Abstimmung erhielt die bisherige Landtagsabgeordnete 49 der abgegebenen gültigen Stimmen. Die drei Koalitionspartner kommen im Landtag allerdings auf 50 Sitze. Nicht gut angekommen ist bei einem Teil der Abgeordneten – auch bei jenen, die letztlich für sie stimmten –, dass die

gewählte SPD-Innenpolitikerin im Parlament selbst bei der Schaffung des Postens mitgewirkt hatte. Auf einer Plenarsitzung im vergangenen Dezember war sie es sogar gewesen, die für die SPD-Fraktion begründet hatte, warum Brandenburg die neue Beauftragtenstelle benötige.

Misstrauensbeweis gegen Polizei?

Teils scharfe Reaktionen löste die Besetzung bei der Opposition aus: Man habe sich nicht vorstellen können, dass eine Person, die „aktiv an der Ausarbeitung dieser Stellung, an der Ausarbeitung des Gesetzes“ mitgearbeitet habe, zwei Monate später dann diesen Posten bekommen solle. „Das hat nicht nur ein Geschmäckle, das ist einfach für die politische Hygiene, für die Außendarstellung – dass der Landtag sich nicht selber Positionen schafft – sehr schwierig“, so die Frak-

tion der Freien Wähler. Aus deren Sicht wäre es gerade bei der Erstbesetzung notwendig gewesen, jemanden mit dieser neuen Aufgabe zu betrauen, der selbst im Bereich der Polizei tätig war.

Sebastian Walter von der Linkspartei brachte keine Kritik an Gossmann-Reetz vor, bemängelte jedoch das Auswahlverfahren der Regierungskoalition: „Vielleicht hätte es ja eine deutlich bessere Person gegeben. Ich weiß nicht, was Gewerkschaften und Verbände zur Person Gossmann-Reetz sagen“, so der Fraktionschef der Linkspartei.

Der AfD-Abgeordnete Wilko Möller, früher selbst Kommissar bei der Bundespolizei, kritisierte ganz offen, mit dem Polizeibeauftragten sei ein kostspieliger Versorgungsposten für Politiker geschaffen worden. Auch die Gewerkschaft der Polizei hatte im Vorfeld bei einer Land-

tagsanhörung davon gesprochen, dass die Beauftragtenstelle einen „Misstrauensbeweis“ der Politik gegenüber der Polizei darstelle. Die Polizeigewerkschafter hatten dabei auf bereits bestehende Beschwerdemöglichkeiten für Polizisten hingewiesen. Zuständig sein soll die Beauftragte aber nur zum Teil für Polizisten, die auf Missstände in der Arbeit ihrer Behörde hinweisen wollen. Zudem soll die Polizeibeauftragte aber auch Ansprechpartner für Bürger sein, die Beschwerden über die Polizei vorbringen wollen.

Bei ihrer Arbeit als Polizeibeauftragte wird Inka Gossmann-Reetz künftig auf vier Mitarbeiter zurückgreifen können. Im Haushalt des Landes werden die Gesamtkosten für den neu geschaffenen Posten des Polizeibeauftragten jedes Jahr mit mehreren Hunderttausend Euro zu Buche schlagen. H.M.

KOLUMNE

Friedensdemo

VON VERA LENGSELD

Tagelang waren Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer in aller Munde. Das mediale Echo auf ihren Aufruf, das von ihnen verfasste Friedensmanifest, das über 700.000 Leute unterschreiben haben, glich einem Tsunami. Das verbale Trommelfeuer sollte wohl möglichst viele Menschen abschrecken, an der Demonstration vor dem Brandenburger Tor teilzunehmen.

Die Hetze glich der, mit welcher die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung bedacht wurden. Die Terminologie, mit der Impfskeptiker und Verteidiger unserer Grundrechte bedacht wurden – Querdenker, Gefährder, Nazis, Schwurbler – wurde übernommen und weiterentwickelt. Friedensschwurbler nennt der ältere, weiße Mann mit rotem Hahnenkamm, der für den „Spiegel“ schreibt, alle Menschen, die nach wie vor der Meinung sind, dass jeder Tag Krieg zu viel ist und deshalb alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um ihn zu beenden. Verhandlungen müssen dabei eine Option sein. Wer die Grünen daran erinnert, dass sie vor anderthalb Jahren mit dem Slogan „Keine Waffen in Krisengebiete“ Wahlwerbung für sich gemacht haben, ist jetzt ein Friedensschwurbler.

Trotz des Schneeregens und der eisigen Kälte waren Tausende Bürger auf der Straße. Die Teilnehmerzahl lag dichter an der von den Veranstaltern genannten 50.000 als an den von der Polizei angegebenen 13.000. Wenn so viele Menschen mit der Ukraine-Politik nicht einverstanden sind und eine Rutschbahn in den Dritten Weltkrieg befürchten, sollte das Anlass für eine ernste gesellschaftliche Diskussion sein. Stattdessen gibt es wieder eine Diffamierungs-Kampagne. Man muss nicht die Meinung von Wagenknecht und Schwarzer teilen, um besorgt über das Verschwinden der offenen Debatte zu sein, ohne die keine Demokratie existieren kann. Übrigens haben die Corona-„Schwurbler“ Recht behalten.

MELDUNG

Streit um Flüchtigen

Potsdam/Berlin – Brandenburgs Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) ist nach der Flucht eines 64-jährigen Sexualstraftäters unter Druck geraten. Der von der Boulevardpresse als „Sadist von Nauen“ bezeichnete Täter war wegen Totschlags und mehrerer Sexualdelikte zu 14 Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt worden. Nach der Verbüßung seiner Haft war der Mann 2017 in Brandenburg an der Havel in Sicherungsverwahrung gekommen. Am 15. Februar war ihm während eines begleiteten Ausgangs im Berliner Europacenter die Flucht gelungen. Die Fahndung der Polizei verlief bislang ohne Ergebnis. Im Brandenburger Landtag kritisierte Péter Vida, der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, dass die Suche mit öffentlichem Fahndungsfoto erst am 17. Februar, also zwei Tagen nach der Flucht, begonnen habe. Vida stellte auch in Frage, ob eine Ausführung des Sicherungsverwahrten von Brandenburg an der Havel nach Berlin erforderlich gewesen ist. H.M.

● MELDUNGEN

Berlin erlässt Schulden

Berlin – Seit dem Jahr 2000 hat die Bundesrepublik Deutschland laut Angaben der Bundesregierung 51 ausländischen Staaten Schulden in Höhe von knapp 15,8 Milliarden Euro erlassen. Die meisten Schulden mit 4,7 Milliarden wurden dem Irak erlassen, gefolgt von Nigeria mit 2,4 Milliarden, Kamerun mit 1,4 Milliarden, und beim Kongo wurde auf eine Milliarde Euro verzichtet. Zum Jahresende 2021 hatte Ägypten mit 1,65 Milliarden Euro die höchsten Schulden bei der Bundesrepublik, gefolgt von Indien mit 1,35 Milliarde und Pakistan mit einer Milliarde. Selbst China steht mit 991 Millionen Euro bei Deutschland in der Kreide, gefolgt von Simbabwe mit 833 Millionen. Mit 106 Millionen Euro hat die Ukraine die geringste Verbindlichkeit gegenüber der Bundesrepublik. Gründe für den Schuldenerlass nannte die Regierung nicht. **MRK**

Millionen für das Kosovo

Berlin – Der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung für die deutsche bilaterale sowie nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Kosovo hat im Januar dieses Jahres 256 Millionen Euro umfasst. Bei Regierungsverhandlungen im Dezember 2022 seien Mittel in Höhe von 37 Millionen Euro zugesagt worden. Diese werden eingesetzt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Region, für die Schaffung einer modernen Infrastruktur, die Nutzung Erneuerbarer Energien sowie zur Unterstützung einer „guten Regierungsführung“, wozu die Bekämpfung der Korruption und der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit zählen. Die bisherige Entwicklungszusammenarbeit mit dem Kosovo bewertet die Bundesregierung positiv. Erste Erfolge seien bei der Arbeitsweise der Justiz und der Bekämpfung von organisierter Kriminalität zu verzeichnen. **MRK**

Polen bezog russisches Öl

Warschau – Laut Angaben des polnischen Ölkonzerns Orlen hat Russland die Öllieferungen über die Druschba-Pipeline gestoppt, nachdem die EU ein neues Sanktionspaket verabschiedet hat. Bis dahin hatte Polen weiterhin Rohöl aus Russland importiert. Damit verstieß das Land gegen seine Selbstverpflichtung vom Mai 2022, „Öl-Einfuhren aus russischer Produktion bis Jahresende 2022 zu stoppen“. Wie der börsennotierte Mineralölveredler und Tankstellenbetreiber Orlen mitteilte, bezog er noch rund zehn Prozent seines Rohöls über den Nordstrang der Druschba-Pipeline aus Russland. Das macht 3,5 Millionen Tonnen pro Jahr aus. Die Nichteinhaltung ihrer Verpflichtung erklärte die Regierung in Warschau unter anderem damit, dass Polen der größte Kraftstofflieferant der Ukraine sei: Seit Kriegsbeginn habe man fast die Hälfte der eigenen Einfuhren dafür verwendet. Außerdem müsse Polen Vertragsstrafen an Russland zahlen, wenn es die langfristigen Lieferverträge vorzeitig kündigt. Neben Polen beziehen auch Ungarn, Tschechien und die Slowakei weiter russisches Rohöl über die Druschba-Leitung. **W.K.**

MEDIZIN

Wie gefährlich ist das Marburgvirus?

In Äquatorialguinea ist das Marburgfieber ausgebrochen – Die Sterberate liegt bei bis zu 88 Prozent

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 13. Februar meldete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den ersten Ausbruch des Marburgfiebers in Äquatorialguinea. Ein Gesundheitsbeamter in der östlichen Provinz Kié-Ntem des winzigen Staates in Subsahara-Afrika habe Alarm geschlagen und Proben mit Körperflüssigkeiten von neun Verstorbenen und 16 Symptomträgern an das Institut Pasteur im Senegal geschickt. Dort sei dann das Marburgvirus (MARV) aus der Familie der Filoviren gefunden worden. Hieraufhin hat die WHO Experten für Gesundheitsnotfälle entsandt, welche die Verbreitung des Virus stoppen sollen.

Das war auch geboten, denn der Verwandte des Ebolavirus löst wie dieses schwere hämorrhagische Erkrankungen aus. Wer sich mit dem MARV infiziert,

entwickelt zunächst sehr hohes Fieber mit Erbrechen und Durchfall, bevor es in der zweiten Krankheitswoche zu inneren Blutungen beziehungsweise Blutungen aus allen Körperöffnungen kommt. Daran sterben je nach Virus-Stamm und dem Niveau der medizinischen Versorgung 24 bis 88 Prozent der Betroffenen.

Erkrankte zu heilen ist schwierig

Das sind die Erfahrungswerte aus den 13 bislang bekannt gewordenen Fällen des Auftretens des Marburg-Fiebers in Deutschland, Südafrika, Kenia, der Sowjetunion, der Demokratischen Republik Kongo, Angola, Uganda, Guinea und Ghana mit insgesamt 472 Toten, von denen jenes in Angola zwischen Oktober 2004 und Mai 2005 mit 324 Opfern das mit Abstand schwerste war.

Die ersten Sterbefälle gab es im Sommer 1967 in der hessischen Universitäts-

stadt Marburg, von der auch der Name abgeleitet ist. Dort hatten sich einige Tierpfleger und Labormitarbeiter an infizierten Äthiopischen Grünmeerkatzen angesteckt. Diese Affen waren von dem Pharmakonzern Behringwerke aus Uganda importiert worden und sollten für die Gewinnung von Substanzen für Masern- und Poliomyelitis-Impfstoffe genutzt werden.

Aufgrund der hohen Letalität des Marburgvirus gilt dieses als potentieller Biokampfstoff. Dieses gilt umso mehr, als sich die Sowjetunion bereits beim ersten Ausbruch von 1967 Virusproben gesichert hat, mit denen später experimentiert wurde. Für den Menschen zugelassene Impfungen oder Medikamente existieren bislang keine. Das resultiert daraus, dass das Marburgfieber bisher eher selten auftrat und die Opferzahlen relativ gering ausfielen. Somit hatte die

Pharmaindustrie in der Vergangenheit kein nennenswertes Interesse an der Entwicklung von Mitteln gegen das Virus. So beschränken sich die Behandlungsmöglichkeiten derzeit auf die Linderung der Symptome. Dabei rangiert die Rehydrierung durch orale oder intravenöse Flüssigkeitsgaben an allererster Stelle.

All das nährt die Angst vor einer katastrophalen, möglicherweise Millionen Menschenleben gefährdenden Pandemie. Doch ist dieses Szenario ausgesprochen unwahrscheinlich, wenn nicht gar auszuschließen. So kann das Marburgvirus, dessen Hauptwirt Nilflughunde sind, nur sehr schwer von Mensch zu Mensch übertragen werden. Hier muss es in jedem Fall zum direkten Kontakt mit Blut, Speichel oder anderen Körperflüssigkeiten infizierter oder bereits verstorbener Personen kommen. So wird vermutet, dass der aktuelle Ausbruch in Äquatorialguinea auf die dortigen hygienisch bedenklichen Begräbnisbräuche zurückzuführen ist, zu denen nicht nur das wechselseitige Umarmen der Trauernder, sondern auch der Toten gehört.

Ansteckungen zu verhindern, ist wesentlich leichter

Bereits kurz nach der Ansteckung entwickeln die Erkrankten heftige Beschwerden. Das erleichtert die Identifizierung der Infizierten ebenso wie das weitgehende Fehlen asymptomatischer Krankheitsverläufe. Das ermöglicht eine schnelle Isolierung der Virus-Träger und die schränkt die Mobilität der Erkrankten schnell und heftig ein, was der Verbreitung des Virus entgegenwirkt.

Wie aus den Verlautbarungen der WHO hervorgeht, haben die Behörden in Äquatorialguinea so umsichtig wie schnell reagiert und 4000 mögliche Kontaktpersonen unter Quarantäne gestellt. Dass die zwei betroffenen Provinzen nur dünn besiedelt sind, bremst die Ausbreitung des Erregers zusätzlich.

Weniger erfreulich ist, dass nach der Genesung der Erkrankten das Virus im Körper verbleiben kann, und zwar besonders an der Innenseite der Augen und in den Hoden. Das birgt die Gefahr, dass vollständig gesund erscheinende Männer den Erreger noch rund sieben Wochen nach ihrer Heilung unwissentlich durch Sperma übertragen können.



Kommt nach Corona wirklich das Marburgvirus, und wenn ja, wie heftig? Coronademo in Düsseldorf

Foto: pa

RUSSLAND

„Kein gutes Zeichen für uns alle“

Putins Rede zeigt, dass er auf Konfrontation mit dem Westen setzt – Verhaltene Kritik spürbar

Putins lange erwartete Rede zur Lage der Nation hat kaum Neues gebracht. Da sind sich die Beobachter im Westen wie im Osten einig. Während hierzulande vor allem Putins Ankündigung, das New-Start-Abkommen mit den USA aussetzen zu wollen, hervorgehoben wurde, lag in Russland das Augenmerk auf den Aussagen des Präsidenten zur Wirtschaft und den Zukunftsaussichten des Landes.

Laut einer staatlichen Umfrage, die während der TV-Ausstrahlung durchgeführt wurde, reagierten 84 Prozent der Teilnehmer positiv auf Putins Rede und nur 16 Prozent bewerteten sie negativ. Allerdings dürfte diese Umfrage wenig repräsentativ sein, da nur 129 Teilnehmer aus zehn der größten Städte Russlands befragt wurden. Etwas mehr Aufschluss gibt die Betrachtung von Aussagen ver-

schiedener Politiker und Fachleute, die unmittelbar nach Ausstrahlung der Rede veröffentlicht wurden.

Für Jahrzehnte eine Festung

So interpretiert beispielsweise Konstantin Kalatschew, der Leiter der Sachverständigenengruppe Politik, Putins Aussagen so, dass er für eine lang anhaltende Konfrontation bereit sei und nicht zurückweichen werde. Der Ukraine spreche er praktisch ihr Existenzrecht ab, wenn er sagt, sie sei historisches russisches Territorium. „Das Unangenehmste dieser Rede scheint mir, dass wir uns auf eine bleibende Konfrontation einstellen müssen, das heißt, das Land wird für Jahrzehnte eine belagerte Festung. Von irgendwelchen Kompromissen sprach Putin nicht. Er will ein vollwertiger Ge-

winner sein, und das ist kein gutes Zeichen für uns alle.“

Ähnlich kritisch äußerte sich die Politologin Jekaterina Schulzman, indem sie sagte, in Putins Äußerungen zur Zukunft des Landes gehe es um Bestechung und Loyalitätskauf. „Die Bürger erhalten Geld und Vorteile, die Manager Karriere und Geld.“

Putin lobte die russische Wirtschaft, die trotz der Sanktionen wachse. Er rief die Bürger zur Einheit und zum Einsatz für die Heimat auf. In diesem Zusammenhang griff er erstmals öffentlich die Oligarchen scharf an, die ihr Kapital in den Westen geschafft und nun verloren haben. Er forderte solche Unternehmer auf, ihr Geld nach Russland zurückzuholen und zum Wohle des eigenen Volkes einzusetzen.

Laut dem staatlichen Meinungsforschungsinstitut WZIOM unterstützt die

Mehrheit Putin nach wie vor. Regelmäßig durchgeführte Umfragen der Expertenengruppe Russian Field zeigen ein etwas differenzierteres Bild. Für die Bewertung von Putins Krieg spiele die Zahl der Gefallenen eine Rolle. Bei der Frage, ob der Angriff verschärft werden soll, sagten 52 Prozent, dass sie am jetzigen Vorgehen nichts verändern würden, 42 Prozent wünschten sich härtere Kriegshandlungen. Die Experten hatten 2000 Teilnehmer befragt. Das Ergebnis zeige, dass die meisten Russen sich keine Eskalation des Krieges wünschen. Wobei die Mehrheit diejenigen stellten, deren Meinung über die Fortsetzung des Ukrainekriegs oder die Bevorzugung von Friedensverhandlungen je nach der Tagesordnung der offiziellen Information variere.

Manuela Rosenthal-Kappi

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Als Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im vergangenen Dezember nach Namibia und Südafrika reiste, um sogenannte Energiepartnerschaften mit den beiden Staaten zu festigen, standen die Eckpunkte des deutsch-namibischen Wasserstoffprojekts „Hyphen“ bereits fest. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass Klimapartnerschaften mit bestimmten Entwicklungs- und Schwellenländern abgeschlossen werden, „um deren Entwicklungs- und Klimaziele zu unterstützen“.

Gleichzeitig und vorrangig verfolgt die Ampelkoalition das Ziel, Deutschlands zukünftigen Bedarf an „grünem“ Wasserstoff großenteils durch Importe aus dem globalen Süden zu decken. Als wichtiges Erzeuger- und Exportland wurde Namibia ausersehen. Irrelevant scheint zu sein, dass hochrangige Politiker des Landes in einen Fischerei-Skandal verwickelt sind und Korruption zur Rodung der ökologisch wichtigen Wälder im Norden des Landes geführt hat.

Das Bundeswissenschaftsministerium lobt Namibias „enormes Potenzial“ für eine „grüne“ Wasserstoffwirtschaft. Die Windgeschwindigkeit und 3500 Sonnenstunden pro Jahr würden eine höchst profitable Erzeugung von „grünem“ Strom und Wasserstoff ermöglichen. Deutschland habe ab 2030 einen Bedarf von 1,7 Millionen Tonnen Wasserstoff. Den Zuschlag für das auf 40 Jahre Dauer angelegte deutsch-namibische Projekt erhielt das in Windhoek ansässige Konsortium Hyphen Hydrogen Energy, ein Joint Venture der südafrikanischen Tochter des im brandenburgischen Schenkenberg sitzenden Energieunternehmens Enertrag und der britischen Nicholas Holdings.

In der kleinen Hafenstadt Lüderitz am Rand der Wüste Namib sowie südwestlich des Ortes im Tsau-Khaeb-Nationalpark will das in Windhoek ansässige Konsortium Wind- und Solarindustrieanlagen im Gigamaßstab für die Strom- und Wasserstoffproduktion errichten. In dem früheren Diamantensperrgebiet baute die Kolonialmacht Deutschland seit 1908 Diamanten ab.

Windpark mit 600 Windrädern

Zwar ist das Gebiet „mensenleer“, wie die „Tagesschau“ meldete, abgesehen von geführten Touren mit Urlaubern. Jedoch ist der Tsau-Khaeb-Nationalpark die artenreichste Region Namibias. Auf nur zwei Prozent der Landesfläche sind 20 Prozent aller Pflanzenarten Namibias beheimatet, vor allem Sukkulente. Seit 2013 sind große Teile der Namib mit dem Tsau-Khaeb-Nationalpark als Namib



Am 8. Dezember vergangenen Jahres im Süden des Schwarzen Kontinents: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck Foto: pa

NAMIBIA

Ausbeutung unter grünem Vorzeichen

Die Bundesregierung will, dass im Tsau-Khaeb-Nationalpark „grüner“ Strom und Wasserstoff für die deutsche Energiewende produziert wird

Sand Sea (Namib-Sandmeer) UNESCO-Welterbe.

Dessen ungeachtet planen die Deutschen und ihre Partner dort im Rahmen der 9,4 Milliarden US-Dollar schweren Investition einen Windpark mit 600 Windrädern und riesige Fotovoltaikanlagen sowie Übertragungskapazitäten mit einer Gesamtleistung von fünf Gigawatt (GW). Dazu kommen Elektrolyseure mit einer Leistung von drei GW, eine Meerwasserentsalzungsanlage für das benötigte Wasser und eine Fabrik zur Produktion von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff. Zum Vergleich: Namibias Bruttoinlandsprodukt belief sich 2020 auf 10,7 Milliarden Euro. Weitere 4,4 Milliarden Euro werden laut englischsprachigen Medien bis zur Erreichung der Zwei-GW-Phase benötigt. Für den Schiffsexport von jährlich 300.000 Tonnen „grünem“ Wasserstoff und Ammoniak ab 2027 muss der

Hafen von Lüderitz zum Tiefseehafen ausgebaut werden. Ob und wie viel Strom für die lokale Versorgung erübrigt wird, ist unklar. Hyphen verspricht die Schaffung von 15.000 Arbeitsplätzen und 3000 weitere Jobs während der Aufbauphase. Neun Zehntel der Jobs würden an die lokale Bevölkerung vergeben. Allerdings hat Lüderitz nur 15.000 Einwohner.

Riesige Photovoltaikanlagen

Ein Stadtverordneter aus Lüderitz äußerte hingegen Zweifel. Die Stadt sei vermutlich zu klein für den geplanten Struktur- und Wohnungsaufbau, angefangen bei der Bereitstellung von Wohnungen. Auch hätten sich frühere Großprojekte für die Einwohner kaum rentiert. Die Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor bei 50 Prozent. Ein Mitarbeiter der Universität Kapstadt erinnerte daran, dass für das Projekt noch weitere Mittel aus dem öffentlichen und privaten Sektor

aufgebracht werden müssen. Zudem fehle in ganz Afrika die Erfahrung für die Erzeugung von Wasserstoff. Zum größten Problem dürfte die Wartung von 600 Windrädern und ausgedehnter Fotovoltaikanlagen werden. Das dafür ausgebildete Personal ist mit den bestehenden vier Tsau-Khaeb-Windparks voll ausgelastet. Die Trümmer der havarierten Windräder könnten für alle Zeit in dem ruinierten Naturreservat verbleiben.

Chris Brown, Chef der Namibischen Umweltkammer, kritisiert, dass ein angeblich „grünes“ Projekt in einem Nationalpark mit einzigartiger Umgebung errichtet werden soll. Er findet es unangemessen, dass Deutschland wegen der Dekarbonisierung seiner Energiesysteme nun Namibia für die Zerstörung seiner global wichtigen Ökosysteme und der biologischen Vielfalt bezahlen will, statt die Probleme zu Hause anzugehen.

FRANKREICH

Marine Le Pen versucht, die lachende Dritte zu sein

Die RN-Chefin hält sich raus aus dem Streit um die Rentenreform zwischen Macron und der Linken

Als am 19. Januar die erste große Streik- und Protestwelle über Frankreich hineinbrach, da bestieg die Oppositionsführerin ein Flugzeug und entschwand. Marine Le Pen, Fraktionsvorsitzende der Rechtspartei Rassemblement National (RN, Nationale Versammlung) flog in den Senegal, wo sie von vom dortigen Staatspräsidenten, Macky Sall, empfangen wurde.

In den vergangenen vier Wochen ist in Frankreich viel passiert. Die linken Oppositionsparteien versuchen im Schulterschluss mit den Gewerkschaften das Land lahmzulegen. Hintergrund sind die von vielen als sozial ungerecht kritisierten Pläne von Staatspräsident Emmanuel Macron, das Renteneintrittsalter von 62 auf 64 Jahre anzuheben. Derzeit befindet sich nur ein Drittel aller 60- bis 64-Jährigen in einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis.

Laut jüngsten Umfragen hat Macron zwischen 68 und 72 Prozent der Franzosen gegen sich. Macron hatte dem in letzter Zeit entgegengehalten, er habe seine Reformpläne bereits vor seinem Wahlsieg angekündigt und deren Umsetzung sei deshalb vom Souverän legitimiert. Doch das wird von 71 Prozent der Befragten entschieden verneint. Er sei vor allem gewählt worden, um Marine Le Pen an der Spitze des Staates zu verhindern.

Während in den ersten Februarwochen rund von 2,5 Millionen Menschen auf die Straße gingen und sich im Parlament Vertreter der linken Parteien um die als linkspopulistisch und EU-skeptisch geltende Partei La France insoumise (FI, Unbeugsames Frankreich) mit der Regierung teilweise vulgäre Schlagabtausche liefern, macht Le Pen nichts. Weder demonstriert sie mit, was auch daran liegen

kann, dass die Gewerkschaften recht lautstark verkündet haben, sie nicht dabei haben zu wollen, noch ruft sie ihre Anhänger zu einer Teilnahme an den Protesten und Streikaktionen auf. Sie rät aber auch nicht davon ab.

„Le Pen arbeitet weiter an ihrer Strategie der Entdämonisierung ihrer Partei und dem Versuch, durch möglichst respektables und staatstragendes Verhalten Vorbehalte abzubauen“, kommentierte der deutsche Historiker und Politikwissenschaftler Stefan Seidendorf vom Deutsch-Französischen Institut (dfi) in Ludwigsburg ihr Verhalten.

Le Pen weiß auch so, dass sie als Anwältin der kleinen Leute gesehen wird. Im zurückliegenden Präsidentschaftswahlkampf hatte sie sich für eine Rente nach 42 Jahren Beitragszahlung ausgesprochen. Pfleger und Dachdecker müssten

demnach bis 67 arbeiten, wenn sie erst mit 25 Jahren in den Beruf eingestiegen sind, erklärten französische Kommentatoren daraufhin süffisant. Und daher sagt Le Pen zu all dem Chaos lieber gar nichts. Sie wartet ab und sieht zu, wie Staatspräsident Macron samt seiner Regierung zunehmend ratlos wirkt und sich die Linksparteien immer weiter radikalisieren.

Doch ganz ohne Risiko ist ihre Zurückhaltung nicht. Denn dass in Frankreich ein erheblicher Reformbedarf besteht, ist herrschende Meinung. Der renommierte Journalist Renaud Dély nannte die Unsichtbarkeit Le Pens „das Eingeständnis von Unwohlsein und Ohnmacht“. Aber eines Tages werde auch sie Antworten präsentieren müssen. Für den 7. März ist übrigens ein Generalstreik angekündigt. Gewerkschaften kündigten an, „ganz Frankreich lahmzulegen“. Peter Entinger

MELDUNGEN

Einbruch bei Bioläden

Berlin – Die Umsätze der Bio-Lebensmittelmärkte sind vergangenes Jahr um mehr als zwölf Prozent oder 400 Millionen Euro zurückgegangen. Das liegt daran, dass die Branche fast jeden zehnten Kunden verlor und der Rest deutlich weniger kaufte. Zu den Verlierern zählen dabei weniger die kleinen Bioläden, sondern größere Ketten. Basic und Super-BioMarkt mussten sogar Insolvenz anmelden. Als Ursache nannte die Geschäftsführerin des Bundesverbandes Naturkost Naturwaren (BNN), Kathrin Jäckel, die „dramatisch gestiegene Inflation“ infolge des „russischen Angriffskrieges auf die Ukraine“. Von der Bundesregierung forderte die Verbandsfunktionärin in diesem Zusammenhang unter anderem eine Absenkung der Umsatzsteuer auf Bioprodukte auf null Prozent und die Einführung einer Pestizid-Abgabe auf herkömmliche Lebensmittel, um den Preisabstand zu verringern und Bioware konkurrenzfähiger zu machen. W.K.

Warnung vor Abhängigkeit

Berlin – 24 Unternehmen der Solarbranche, darunter der Energieriese E.ON, haben in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck davor gewarnt, bei der Energieversorgung zu stark auf China zu setzen: „Es gibt eine nicht wegdiskutierende Abhängigkeit im höchsten Maße von China. Und die ist deutlich größer als die Abhängigkeit beim Thema Gas von Russland.“ Wenn Habeck seine Pläne zum Ausbau der Erneuerbaren Energien umsetzen wolle, müsse Deutschland bis 2030 pro Jahr Solaranlagen mit 22 Gigawatt Leistung errichten. Die jährliche Produktionskapazität in ganz Europa reiche aber nur für ein Gigawatt. Dahingegen könnte China aufgrund des konsequente Ausbaus seiner Solarbranche Anlagen für 300 Gigawatt liefern. Darauf zurückzugreifen, sei aber riskant, vielmehr solle der deutsche Staat den Wiederaufbau einer nationalen Solarindustrie fördern, denn noch verfüge man hierzulande über die dafür nötigen Fähigkeiten. W.K.

Kritik von Boris Palmer

Tübingen – Tübingens grüner Oberbürgermeister Boris Palmer kritisiert in einem von ihm und anderen unterzeichneten „Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland“. „Viele Kommunen können dem hohen Aufkommen an Migranten nicht standhalten. Zudem gibt es kein klares Integrationskonzept.“ In dem Papier werden außerdem sogenannte Aufenthaltszonen an den EU-Außengrenzen sowie zügigere Abschiebungen vorgeschlagen, wenn Asylbewerber nicht am Aufnahmeverfahren mitwirken. Während der Parteivorsitzende Omid Nouripour das Schreiben „zur Kenntnis“ genommen hat, äußerte der grüne Oberbürgermeister von Hannover scharfe Kritik. Die Aussagen des Papiers träfen seiner Einschätzung nach nicht auf breite Unterstützung in der Partei. „Das ist eine Phantombildung, die nicht zielführend ist“, sagte Belit Onay. P.E.

ANALYSE

Das Mullahregime hat keine Zukunft mehr

BODO BOST

Die unter Folter erzwungenen Geständnisse und die anschließenden Todesurteile im Iran, zuletzt auch gegen einen Deutschen, könnten darauf hindeuten, dass die Mullahs im Iran dabei sind, ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Die Bundesregierung will das offenbar noch nicht wahrhaben.

Der deutsch-iranische Aktivist und Softwareunternehmer Jamshid Sharmahd, den der iranische Geheimdienst vor drei Jahren bei einer Zwischenlandung in Dubai entführt und verschleppt hatte, wurde nach jahrelanger Folter und Einzelhaft jetzt in erster Instanz im Iran zum Tode verurteilt, angeblich wegen eines geplanten Terroranschlags. Dabei hatte der 67-Jährige nach dem Sturz des Schahs 1979 den Iran verlassen und lebte seitdem in Deutschland und in den USA.

Gazelle Sharmahd, die in Deutschland lebende Tochter des Todeskandidaten, forderte die Bundesregierung auf zu reagieren: „Er könnte jeden Moment

zeichnet und eine „deutliche Reaktion“ angekündigt, die Ausweisung von zwei iranischen Botschaftsmitarbeitern sei laut Merz aber deutlich zu wenig.

Gazelle Sharmahd sieht eine Unterstützung durch die Bundesregierung als einzige Chance, ihren Vater noch zu retten. Das Todesurteil gegen ihn nach insgesamt acht Schauprozessen könnte größere politische Dimensionen haben. Es könnte ein Machtspiel sein, mit dem ein in Belgien inhaftierter iranischer Diplomat, der wirklich in einen Terroranschlag verwickelt war, freigesetzt werden soll. Es könnte vielleicht sogar darauf hindeuten, dass Iraner auch in Deutschland Terroranschläge planen, bei denen die Terroristen anschließend freigesetzt werden sollen.

Verhaltener Protest der Deutschen

Jamshid Sharmahd wurde schon lange vor Beginn der derzeitigen Protestwelle im Iran, die im September 2022 mit einem Aufstand der Frauen gegen den Kopftuchzwang begann, aus Dubai entführt. Nach Beginn des Aufstandes brauchte Bundeskanzler Olaf Scholz ganze sechs Wochen, um den Protest im Bundestag anzusprechen. Dabei sitzen im Bundestag in den Reihen der Regierungsparteien sieben Abgeordnete mit iranischen Wurzeln.

Keiner dieser Parlamentarier hat die Ausweisung des Botschafters gefordert, obwohl sie wahrscheinlich alle damit rechnen können, dass das Mullahregime dem eigenen Untergang geweiht sein könnte, denn – wie der iranischstämmige Philosoph Navid Kermani im „Morgenmagazin“ gesagt hat – seit den nicht anhaltenden Massen-Protesten sei klar, dass das Regime in Teheran wie einst das Apartheidssystem in Südafrika keine Zukunft mehr hat.

Der Zerfallsprozess im Iran könnte jedoch längere Zeit anhalten und sogar zu einem Wettlauf um die Atombombe führen. Die SPD scheint zu dieser Erkenntnis jedoch noch nicht gelangt zu sein, denn in Hamburg hat man die Blaue Moschee, die „Europavertretung“ der iranischen Mullahs, immer noch nicht geschlossen. Vielleicht weil die beiden Brüder der SPD-Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özuguz in dieser Moschee eine wichtige Rolle spielen?

Der Zerfallsprozess im Iran könnte zu einem Wettlauf um die Atombombe führen

hingerichtet werden.“ Während der Inhaftierung und des Prozesses ihres Vaters, der ohne Rechtsanwalt nach islamischem Recht stattfand, hatte sie sich mehrmals in den Medien zu Wort gemeldet und gesagt, es müsse mehr Druck auf den Iran ausgeübt werden.

Obwohl sogar CDU-Oppositionsführer Friedrich Merz angesichts der Entführung und des Todesurteils die Ausweisung des iranischen Botschafters aus Deutschland gefordert hatte, reagierte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock nur mit der Ausweisung von zwei Botschaftsmitarbeitern aus Deutschland. Sie hatte zwar das Todesurteil als „absolut inakzeptabel“ be-



Will weitere 50 Milliarden Euro für „Sondervermögen“: SPD-Co-Chefin Saskia Esken

Foto: imago images/chromorange

LEITARTIKEL

Am Ende zahlt der Bürger

HANS HECKEL

Skeptiker hatten es von Anfang an befürchtet: Mit dem Euphemismus „Sondervermögen“ werde uferlosem Schuldenmachen das Tor geöffnet. Denn hinter dem Begriff lauere schließlich nichts anderes als der durchschaubare Versuch, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse trickreich zu umgehen.

So sollte es kommen: Zuletzt trat die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken aus der Kulisse und forderte ein 50 Milliarden Euro schweres „Sondervermögen“ für Bildung. Sie verband ihre Forderung listig mit Kritik an einer dauerhaften Erhöhung des Wehretats, wie sie ihr Parteifreund, der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius, angemahnt hatte.

Ähnliche Zusatzforderungen, wie sie Esken jetzt aufbrachte, waren schon hinsichtlich Klimapolitik oder Entwicklungshilfe zu hören. Die Gefahr besteht nun darin, dass ein Pokerspiel losbricht, an dessen Ende jeder den Forderungen der anderen nachgibt, um seine eigenen Ausgabenwünsche im Gegenzug durchbrin-

gen zu können. Doch damit wäre der Abschied von jeder auch nur noch ansatzweise solide zu nennenden Haushaltspolitik erreicht.

Politik zu machen bedeute, Prioritäten zu setzen – so hieß es einmal. Dahinter steckt die simple Erkenntnis, dass man

Die Forderungen nach weiteren „Sondervermögen“ müssen alarmieren

Geld nur einmal ausgeben kann, weshalb jede finanzielle Anstrengung für ein Projekt unvermeidlich zulasten anderer gehe. Und der Beruf des Politikers sei es, in dieser meist schwierigen Güterabwägung eine Entscheidung zu treffen.

Das setzt jedoch ein gewisses Maß an Gesamtverantwortung voraus. Wo dagegen Einzelinteressen oder ideologisch ge-

triebene Steckenpferd-Reiterei das Handeln bestimmen, fordert jeder drauflos, bis am Ende jede Haushaltsdisziplin verloren geht.

Wo sich derlei abzeichnet, wäre es die Aufgabe des Kanzlers, mithilfe seiner Richtlinienkompetenz dem Treiben Einhalt zu gebieten. Wer Scholz in seinen knapp anderthalb Jahren Amtszeit erlebt hat, wird hier wenig Hoffnung hegen. An zweiter Stelle käme der Finanzminister ins Spiel, der das eingetriebene Steuergeld vor Begehrlichkeiten zu schützen hat. Vermutlich war es das Ziel der Liberalen, genau jene Schlüsselstellung zu besetzen, um diesen Einfluss im Ernstfall geltend machen zu können.

Doch von FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner ist kaum mehr als ein laues Murren zu vernehmen. Zu klein ist der Einfluss seiner Partei, zu gering vielleicht auch Lindners inhaltlich-politischer Ehrgeiz.

So werden es am Ende die Bürger bezahlen müssen. Denn uferloses Geldausgeben mündet letztlich immer in einer Entwertung des Geldes selbst. Man nennt es Inflation.

PORTRÄT

Spagat zwischen Bürgern und Polizei

Nach dem Vorbild des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages soll es noch in diesem Jahr einen Polizeibeauftragten geben, der direkt dem höchsten deutschen Parlament unterstellt ist. Worin dessen Aufgaben genau bestehen, ist noch nicht genau definiert, aber wer sie wahrnehmen soll, ist bereits so gut wie beschlossen: Uli Grötsch.

Der 47-jährige Bundestagsabgeordnete bringt für den Posten gute Voraussetzungen mit. Er ist Bayer – sein Bundesland sieht sich in der Ampelregierung bei der Ämtervergabe bislang unterrepräsentiert –, SPD-Mitglied – die Sozialdemokraten hatten das Vorschlagsrecht – und Polizeibeamter. In dem von Juristen und Verwaltungsbeamten überrannten Bundestag ist er damit eine rühmliche Ausnahme. Statt eines Doktorhuts setzte er sich nach der Mittleren Reife in seinem oberpfälzischen Heimatort Weiden den Polizeihut

auf und war im Streifendienst bei der Schleierfahndung im Einsatz.

Der Beitritt 1994 zu den Jusos brachte Grötsch in die Politik. Seit 2014 sitzt er im Bundestag, war Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss, Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung und bis Dezember 2021 im SPD-Parteivorstand. Ursprünglich sollte er den Grünen-Politiker Konstantin von Notz als

Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Überwachung der Geheimdienste ablösen. Dass er nun Polizeibeauftragter des Bundes werden soll – auf Länderebene gibt es zum Teil eigene Beauftragte (siehe Seite 5) –, hat er wiederum den Grünen zu verdanken. Diese hatten die Forderung nach dem Amt in den Koalitionsvertrag schreiben lassen. Anlass war der Tod von George Floyd durch Polizeigewalt in den USA. In Deutschland sollen sich nun Bürger an den Polizeibeauftragten wenden können, um über polizeilichen Missbrauch klagen zu können.

Ein Polizeibeauftragter, der nicht für die Polizei da sein soll? Vor allem die FDP kritisierte dieses Rollenverständnis. Grötsch wird nun einen Spagat zwischen den Sorgen der Bürger und der Polizisten, die sich selbst immer häufiger Gewalt ausgesetzt sehen, hinlegen müssen, um allen Interessen gerecht zu werden. H. Tews



Wird Polizeibeauftragter: Grötsch

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

KUNSTRÜCKGABEN

Bilder wechseln den Besitzer

In den Häusern der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) lichten sich die Bestände munter weiter. Die zu dem Berliner Museumsverband gehörende Neue Nationalgalerie hat sich jetzt von drei Gemälden getrennt und an die Erben des Breslauer Rechtsanwaltes Ismar Littmann restituiert. Der Kunstsammler war 1934 an den Folgen einer Verletzung gestorben, die er sich bei einem Selbstmordversuch aufgrund seiner Verfolgung durch die Nationalsozialisten zugezogen hatte.

Bei den Werken handelt es sich um „Die Ruhende“ (1911) von Max Pechstein, „Selbstbildnis“ (1925) von Wilhelm Schmid und „Doppelbildnis (Rabbi S. und Tochter)“ (1925) von Carlo Mense. Letzteres verbleibt dank einer Schenkung der Erben in der Neuen Nationalgalerie.

Die Werke gehörten zu einem Konvolut von über 4000 Kunstwerken, die der Staat Preußen 1935 von der Dresdner Bank ankauft und kurz darauf an die Staatlichen Museen zu Berlin übergab. Aufgrund fehlender Einkünfte hatten sich zuvor Littmanns Angehörige nach dessen Tod gezwungen gesehen, die Gemälde auf einer Auktion zu verkaufen. Da die SPK von einem „verfolgungsbedingten Vermögensverlust der Familie“ ausgeht, hat man die Werke jetzt restituiert.

Diese Rückgaben fügen sich in eine Reihe zahlreicher Kunstgegenstände ein, die in den vergangenen Monaten an frühere Besitzer restituiert wurden. Im Januar gab man eine Maria-Lactans-Statuette (stille Muttergotte) aus dem 16. Jahrhundert zurück, und im Dezember begann das Ethnologische Museum der Staatlichen Museen zu Berlin mit der Rückführung von 514 Benin-Bronzen nach Nigeria (die PAZ berichtete). H. Tews

MELDUNGEN

Ihren Männern weit voraus

Berlin – Mit der Ausstellung „Muse oder Macherin“ beleuchtet das Kupferstichkabinett am Berliner Kulturforum vom 8. März bis 4. Juni Frauen in der italienischen Kunstwelt. Präsentiert werden rund 90 Werke aus der Zeit von 1400 bis 1800 von Künstlerinnen wie Artemisia Gentileschi oder Sammlerinnen wie der in Rom gestorbenen Christina von Schweden. tws

New York in den 40er Jahren

Berlin – Das Bröhan-Museum widmet sich vom 3. März bis 28. Mai dem 1999 gestorbenen ältesten Sohn des berühmten deutsch-amerikanischen Malers Lyonel Feininger. Die Ausstellung „Andreas Feininger. New York in the Forties“ stellt ihn als einen der einflussreichsten Fotografen des 20. Jahrhunderts vor, dessen Ansichten von New York zu den Klassikern der Fotografiegeschichte zählen. Internet: www.broehan-museum.de. tws



Angriff aus der Tiefe: Im aufwendigsten deutschen TV-Ereignis des Jahres greift eine im Meer lebende Schwarm-Intelligenz sogar robuste Schiffe an

Mein lieber Schwarm

Humbug trifft auf Prophetie – Ambitionierte TV-Serie nach Frank Schätzing's auflagenstarkem Öko-Thriller

VON ANNE MARTIN

Die ersten Filmszenen zeigen aufgeregte Urlauber in einem Hafen an der Küste Kanadas: Endlich sind Wale in Sicht, endlich kann die Bootstour zum beliebten „Whalewatching“ vor Vancouver Island starten. Aber was als unbeschwerter Ausflug beginnt, führt auf hoher See zu einer Katastrophe. Der riesige Wal, der zum Entzücken der Passagiere steil aus dem Wasser steigt, fällt nicht etwa ins Meer zurück, sondern wirft sich mit seinem massigen Leib quer auf das Boot und zerschmettert den Rumpf. Eine Attacke, die es noch nie gab, ein Mordanschlag, und es wird nicht der einzige bleiben.

Zeitgleich sticht vor der Küste Perus ein Fischer mit seinem Boot in See. Als er unter Wasser versucht, ein verhaktes Treibnetz zu entwirren, zieht sich über ihm ein Schwarm von Fischen zusammen, der Rückweg ist abgeschnitten. Weltweit scheinen sich die Wesen aus der Tiefsee gegen den Menschen zu erheben: Die Verfilmung des Bestsellers „Der Schwarm“ (6., 7., 8., 9. März, jeweils um 20.15 Uhr in Doppelfolgen im ZDF) zeigt die Angriffe aus dem Meer in spektakulären Bildern und einmaligen Unterwasseraufnahmen.

Aufwendigster deutscher TV-Film

Da ist der Sternekoch an der französischen Atlantikküste, der einen Hummer aufbricht und plötzlich mit giftigem Schleim bespritzt wird. Wenige Minuten später sackt er sterbend zusammen. Weitere Opfer werden folgen, denn längst ist das Trinkwasser durch die Entsorgung mit Hummerabfällen vergiftet.

Bald darauf entdecken Wissenschaftler riesige Eiszwürmer einer unbekanntenen Art, die Kontinentalhänge am Meeresboden unterhöhlen und damit Erdbeben und gewaltige Tsunamis auslösen. Vor Long Island flüchten die Menschen vor einer Krabbeninvasion. Venedig leidet unter einer Quallenplage. Unbekannte Muschelarten blockieren die Steuerruder von Schiffen. Das Unheimliche: Gerieten die giftgetränkten Hummer noch durch

Zufall in Kontakt mit Menschen, so kamen die Krabben wie von unsichtbarer Hand gesteuert selbstständig an Land. Ein internationales Forscherteam wagt das schier Unmögliche zu denken: Steckt hinter den Attacken die Strategie eines unsichtbaren Gegners? Was sie vermuten, kollidiert mit allem, worauf sich die konventionelle Wissenschaft bisher berief. Und die Angriffe aus der Tiefsee gehen weiter.

Was Frank Schätzing in seinem bereits 2004 erschienenen Bestseller „Der Schwarm“ auf rund 1000 Seiten beschreibt, wirkt heute angesichts der weltweiten Wetterphänomene geradezu prophetisch. Lange galt eine Verfilmung seiner Dystopie vom Aufstand der Meereswesen gegen die menschliche Zerstörungswut als unmöglich. Über ein Jahrzehnt dauerte es bis zur Umsetzung der mit 40 Millionen Euro aufwendigsten deutschen TV-Produktion aller Zeiten, für die kurz vor seinem Tod 2010 anfangs auch Italiens Produzentenlegende Dino de Laurentiis im Gespräch war.

Fünf Co-Produzenten waren letztlich an dem Öko-Thriller beteiligt, Schauspieler aus mehr als zehn Ländern spielen mit, neun Tage wurde in Wassertanks gedreht, am Set herrschte ein babylonisches Sprachengewirr von sechs Sprachen. Die Forderung nach mehr Diversität am Set, in manchen Fernsehfilmen allzu bemüht umgesetzt, wirkt hier glaubwürdig, denn die Schauplätze wechseln in schneller Folge zwischen Peru, Kanada, Japan, Deutschland, Italien, Schottland, Norwegen bis hinauf zur Arktis.

Kampf in James-Bond-Manier

Die wenigen deutschen Schauspieler wirken an entscheidender Stelle mit: Fassbinder-Star Barbara Sukowa, seit Langem in New York zu Hause, spielt die deutsche Wissenschaftlerin Katharina Lehmann, welche die Vorstellung einer fremden Intelligenz in der Tiefsee brüsk abstreitet. Leonie Benesch ist die junge Doktorandin Charlie Wagner, die in einer kargen Hütte auf den Shetland-Inseln vor Schottland stationiert ist. Oliver Masucci steuert als

Kapitän ein Forschungsschiff, das gegen Ende zu einer gefährlichen Mission aufbrechen wird. Mit an Bord: TV-Moderator Klaas Heufer-Umlauf als Experte für Tauch-Roboter. Franziska Weisz spielt eine Ärztin, welche die Angst vor einer drohenden Apokalypse beschwört.

Noch regnet es keine Frösche vom Himmel wie in den biblischen Plagen des Alten Testaments, dafür stürmen Krabben ohne Augen, aber mit riesigen Scheren an Land. „Plagen bringen uns zum Nachdenken darüber, ob wir sie hervorgerufen haben“, so Weisz als Sophia Graneli. Ihre Kollegin ergänzt, man wisse über das Weltall mehr als über die Tiefsee.

Anders als im Original stehen sich im spannenden Finale keine Vertreter der kanadischen Urbevölkerung und eine besessene Wissenschaftlerin gegenüber, die in James-Bond-Manier kämpft. Als Mäzen der Tiefsee-Expedition wird stattdessen ein japanischer Millionär eingeführt.

Im Fokus steht die Rivalität zwischen Wissenschaft und jener kleinen Forschergruppe, die visionär zu denken wagt: Soll man die unbekannte Intelligenz bekämpfen oder eher versuchen, Kontakt aufzunehmen? Der Leiter der Gruppe setzt auf Verständigung: „Ich werde sie bitten, aufzuhören und werde ihr entgegenkom-



Charakterdarstellerin im Umwelt-Epos: Barbara Sukowa forscht als Dr. Lehmann

men“, so Meeresbiologe Sigurd Johnson (Alexander Karim). Die letzte Entscheidung wird bei Charlie liegen, die dem Tsunami nur knapp entkommen ist, die ein geheimnisvolles Licht vor dem Fenster des sinkenden Forschungsschiffes „Juno“ aufsteigen sah und die nun auf der „Thorvaldson“ mitfährt, um in der Arktis den Kontakt zu jener Macht zu suchen, welche die Forscher „Yrr“ nennen und die von Schätzing als gallertartiges Lichtphänomen beschrieben wird.

„Es pilchert mehr, als es schwärmt“

Der Autor, der sein Werk anfangs als ausführender Produzent vorantreiben wollte, aber wegen Differenzen mit einem hauptverantwortlichen US-Drehbuchautoren vor Drehbeginn ausstieg, zeigte sich vom Ergebnis enttäuscht. Wie Schätzing kurz vor der Ausstrahlung in der „Zeit“ äußerte, erlebt er die Fernsehversion seines Buches als „rühr- und redseliges Beziehungskisten-TV. Es pilchert mehr, als es schwärmt.“ Die globale Bedrohung würde nicht deutlich, es fehle an aktuellen Bezügen. Er hätte gerne eine Milliardärin eingeführt, die ihr Geld mit Künstlicher Intelligenz gemacht hat.

„Der Schwarm“, an vier Abenden gesendet, wird von zahlreichen redaktionellen „Beibooten“ flankiert, etwa zwei Dokumentationen zum Film (6. und 8. März, jeweils um 21.45 Uhr). Teil eins untersucht, wie wirklichkeitsnah die im Film dargestellten Phänomene sind, ob etwa Wale wirklich so gefährlich sind. Teil zwei beschreibt rätselhafte Vorkommnisse wie einen jährlichen Quallen-Alarm in israelischen Kraftwerken. Die Reihe „Terra X“ beschäftigt sich in zwei Folgen mit der Schwarmintelligenz von Bienen, Staren und Ameisen (5. März um 19.30 Uhr).

Außerdem präsentiert eine Folge von „planet e“ neue Nahrung aus dem Meer, etwa Quallenchips und Algenpesto (5. März um 15.45 Uhr). Über die Gefährdung der Ozeane und mögliche Hilfe berichtet die Sendung „SOS Ozean“ (7. März um 21.45 Uhr). Auch Autor Frank Schätzing wird porträtiert („Mein Schwarm“, 9. März um 0.40 Uhr und Mediathek).

VON RENÉ NEHRING

Unter den Wendepunkten der deutschen Geschichte gilt die bürgerliche Revolution von 1848/49 nicht unbedingt als Sternstunde. Ganz im Gegenteil wird sie von den Historikern – je nach dem eigenen politischen Standpunkt mal mehr, mal weniger – gemeinhin als gescheitert angesehen. In der Tat scheinen die wesentlichen Fakten kaum eine andere Deutung zuzulassen, gelang es den Revolutionären doch weder, die Macht der Fürsten des Deutschen Bundes zu brechen und ein demokratisches Staatswesen zu errichten, noch die ersehnte Einheit aller Deutschen „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“, wie es Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1841 in seinem Lied der Deutschen beschrieben hatte, herbeizuführen.

Doch nicht nur aus einer engeren deutschen Perspektive sind die Ereignisse der Revolution von 1848/49 noch immer von großem Interesse. So erfuhren manche europäische Nation in jenen Tagen, Wochen und Monaten wichtige Impulse auf ihrem Weg zu einem eigenen unabhängigen Staat. Und da etliche führende Revolutionäre im Nachgang ihrer Niederlage aus Deutschland flohen sowie nach Nordamerika und Australien auswanderten und dort zum Teil hohe Positionen in Staat und Gesellschaft bekleideten, hatte die Revolution sogar Auswirkungen bis nach Übersee.

Doch der Reihe nach. Ihren Anfang nahmen die Ereignisse in Frankreich. Am 24. Februar 1848 fegte ein Volksaufstand in Paris die Herrschaft des „Bürgerkönigs“ Louis-Philippe von Orléans hinweg, der seit 1830 regiert und unter dessen anfänglicher liberaler Politik Frankreich zunächst einen großen Industrialisierungsschub erlebt hatte, der sich jedoch mit fortschreitender Regierungszeit immer weiter von seinem Volk entfernte und insbesondere die wachsenden sozialen Probleme im Lande ignoriert hatte.

Die Revolution erreicht Deutschland

Dass nicht nur in Frankreich die Bürger unzufrieden mit den politischen Verhältnissen waren, zeigte sich schon wenige Tage später. Bereits am 27. Februar 1848, also unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachrichten aus Paris, formulierte die selbsternannte Mannheimer Volksversammlung in einer als „Märzforderungen“ in die Geschichte eingegangenen Petition freie Wahlen, die Bewaffnung des Volkes, die Pressefreiheit, die Einrichtung von Schwurgerichten nach dem Vorbild Englands – sowie die Bildung eines gesamtdeutschen Parlaments.

Bemerkenswerterweise erkannten die Repräsentanten der etablierten Fürstentümer im Deutschen Bund umgehend die Gefahren, die von den Ereignissen in Frankreich und Baden für ihre Herrschaft ausgingen. Bereits am 29. Februar setzte der Bundestag in Frankfurt am Main einen Ausschuss ein, der Vorschläge erarbeiten sollte, mit denen sich die Stimmung im Volk besänftigen ließe. Dies führte unter anderem zur Gewährung der Pressefreiheit und zur Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse von 1819, zur Bestimmung der vormals verbotenen Farben Schwarz-Rot-Gold zu offiziellen Bundesfarben sowie zur Einberufung einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Versammlung.

Der Geist der Revolution ließ sich damit jedoch nicht mehr einfangen. Nach und nach erhoben sich die Bürger in fast allen deutschen Ländern, um politische Reformen und die staatliche Vereinigung aller Deutschen zu fordern. Das Zentrum der Entwicklung lag dabei weiterhin im Südwesten und Süden. Am 1. März besetzten Aufständische das Ständehaus des badischen Landtags, am 5. März trafen sich demokratisch gesinnte Intellektuelle in Heidelberg und gaben mit der Einsetzung des Siebenausschusses und der Verabschiedung einer programmatischen Erklärung wichtige Impulse zur späteren



Aufstand in Preußen: Jubelnde Barrikadenkämpfer am 18. März 1848 in der Breiten Straße in Berlin

1848/49

Die Erschütterung der alten Welt

Vor 175 Jahren erfasste eine Welle von Revolutionen den Deutschen Bund und Europa – und läutete das Ende des Zeitalters der absoluten Monarchien ein

Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Im benachbarten Schwaben entließ König Wilhelm I. von Württemberg am 9. März seinen leitenden Minister Joseph von Linden und berief den Liberalen Friedrich Römer zum neuen Chef der Regierung, die als Märzministerium in die Geschichte einging. Am 4. März erreichte die revolutionäre Welle dann Bayern. Nach anfänglich kleineren Unruhen in München schwappten die Proteste auch auf andere Städte im Königreich über und zwangen König Ludwig I. am 20. März zur Abdankung zugunsten seines Sohnes Maximilian II.

Unruhen in Berlin und Posen

Auch Preußen wurde in diesen Tagen von den revolutionären Ereignissen erfasst. Schon ab dem 6. März kam es zu kleineren Unruhen in Berlin. Als am 18. März vor dem Berliner Schloss ein Patent von König Friedrich Wilhelm IV. verlesen wurde, in dem dieser Reformen für Preußen versprach, lösten sich nach dem Erschallen revolutionärer Parolen unter nie geklärten Umständen zwei Schüsse. Die Stimmung der Demonstranten kippte um in offene Wut gegen die Monarchie, der Einsatz von Militär führte zur Errichtung von Barrikaden und zu blutigen Straßenkämpfen, die über 300 Menschen das Leben kosteten. Einen Tag später wurden die „Märzgefallenen“ vor dem Schloss aufgebahrt und der König gezwungen, vor ihnen den Hut zu ziehen und sich vor ihnen zu verbeugen. Zwei weitere Tage später ritt Friedrich Wilhelm mit einer schwarz-rot-goldenen Schärpe durch Berlin und bekannte sich öffentlich zur Einheit und Freiheit aller Deutschen.

Das Ziel, neben der Schaffung einer Herrschaft des Volkes auch die Einheit der eigenen Nation herstellen zu können, hatten nicht nur die Deutschen, sondern auch

ihre Nachbarn. Vorne an die Polen, die seit ihrer dritten Teilung durch die Großmächte Russland, Preußen und Österreich im Jahre 1795 über keine eigenständige Staatlichkeit mehr verfügten. In der preußischen Provinz Posen bildete sich am 20. März ein polnisches Nationalkomitee mit dem Ziel, einen eigenständigen Staat aller Polen zu errichten. Einen Tag später begann die Aufstellung lokaler Ableger des Komitees. Am 24. März empfing König Friedrich Wilhelm eine polnische Gesandtschaft und sagte dieser eine Reorganisation der Provinz Posen als polnisches Großherzogtum zu, einschließlich einer eigenen Armee und der stärkeren Berücksichtigung von Polen bei der Besetzung führender Beamtenposten in Posen.

Da polnische Nationalisten jedoch auch gegen Deutsche und Juden vorgingen, kippte die Stimmung schnell zu ihren Ungunsten. Bereits ab dem 25. März gingen preußische Truppen gegen die polnische Erhebung vor und trafen dabei nur auf geringen Widerstand. Am 30. April löste sich das Nationalkomitee auf, in den folgenden Wochen ergaben sich nach und nach alle polnischen Aufständischen.

Österreich und die Habsburger Kronlande

In Österreich, der führenden Macht des Deutschen Bundes, begann die Revolution am 13. März mit dem Sturm auf das Ständehaus. Die größte Zäsur für die Monarchie der Habsburger war jedoch der Rücktritt des Staatskanzlers Klemens von Metternich, der zuvor rund vierzig Jahre die Geschichte des Landes geprägt hatte, am gleichen Tag. Dass dieses Ende einer Ära nicht zur erhofften Ruhe führte, lag auch an Kaiser Ferdinand I., der als Führungsschwach und wenig befähigt galt, den Vielvölkerstaat an der Donau zu regieren, jedoch weiter im Amt blieb. Erst

im Dezember machte er Platz für seinen Neffen Franz Joseph und übergab diesem die Regierungsgeschäfte, dankte jedoch formal nicht ab.

Dass die Habsburger gleich mehrere Völker in ihrem Reich vereinten, machte ihre Lage weitaus komplizierter als die ihrer Bundesgenossen. Bereits am 15. März demonstrierten über 20.000 Ungarn in Pest für eine größere Unabhängigkeit von Österreich. Die Anerkennung der von einem Kreis von Intellektuellen um den Schriftsteller Sándor Petöfi erhobenen „Zwölf Punkte“, die unter anderem ein eigenständiges ungarisches Parlament und eine selbstständige Regierung, die Schaffung einer eigenen Nationalbank sowie den Abzug des österreichischen Heeres und die Aufstellung einer ungarischen Armee vorsahen, bedeutete zunächst eine faktische Unabhängigkeit von Österreich.

Als kurz darauf die Ungarn selbst Schwierigkeiten mit den Minderheiten in ihrem Reich – den Kroaten, Serben, Rumänen und Ruthenen – bekamen, stellte sich Habsburg auf die Seite der Minderheiten. Am 3. Oktober kam es zum offenen Krieg zwischen Österreich und Ungarn, den Wien letztendlich 1849 – auch durch das Eingreifen der Russen auf Seiten Habsburgs – gewann. Der seit September 1848 regierende Ministerpräsident Lajos Kossuth, der die ungarische Unabhängigkeitsbewegung angeführt hatte und im Dezember 1848 dem neuen Regenten von Österreich, Franz Joseph, die ungarische Krone verweigerte, musste fliehen. Ungarn war wieder ein Kronland der Habsburger Monarchie.

Auch die revolutionären Bestrebungen in den anderen Kronländern der Monarchie waren nicht von Erfolg gekrönt. Am 17. März erklärte die Lombardei, die seit 1815 zum Königreich Lombardo-Venetien gehört hatte, in Mailand ihre Un-

abhängigkeit von Österreich und ihren Anschluss an das Königreich Sardinien-Piemont. Am 23. März erhob sich auch Venedig gegen die österreichische Fremdherrschaft und rief die Repubblica di San Marco aus. Österreich reagierte hier weitaus entschiedener als zunächst in Ungarn und schlug mit Truppen unter Feldmarschall Josef Radetzky (wesentlich dabei die Schlacht von Custoza am 25. Juli) den Ersten Italienischen Unabhängigkeitskrieg schon bald nieder.

Vom 2. bis 12. Juni tagte dann in Prag der Slawenkongress und forderte die Umwandlung Österreichs in einen „Bund von gleichberechtigten Völkern“. Interessanterweise forderten die Panslawisten nicht die Unabhängigkeit von Wien, sondern lediglich eine Aufwertung der Böhmen und Mährer innerhalb der Monarchie. Gleichwohl zettelten tschechische Nationalisten im direkten Anschluss an den Slawenkongress einen Aufstand mit dem Ziel der Loslösung von Österreich an. Dieser wurde jedoch bereits nach fünf Tagen von österreichischen Truppen unter Führung von Feldmarschall Alfred Fürst von Windisch-Graetz niedergeschlagen.

Das Ende der Revolution

Auch in den anderen Gebieten des Bundes fanden die revolutionären Erhebungen schon bald ihr Ende. Als im April in Baden Radikaldemokraten um die Revolutionsführer Friedrich Hecker und Gustav Struve von Konstanz Richtung Karlsruhe zogen, um die dortige Regierung zu stürzen, schickten ihnen die deutschen Fürsten ein Bundesheer entgegen, das ihren Zug im entscheidenden Gefecht auf der Scheideck stoppte. Hecker floh in die USA und nahm dort mit anderen „Forty-Eighters“, wie die emigrierten Revolutionäre aus der alten Welt bald genannt wurden, führende politische und militärische Positionen ein. Struve versuchte im September des gleichen Jahres einen weiteren Putsch, der jedoch ebenfalls scheiterte und mit der Verhaftung des Anführers endete.

Zwar kam es insbesondere in Baden noch zu weiteren Erhebungen, doch war der große Schwung der Revolution in Deutschland gebrochen. Der ab Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche tagenden Nationalversammlung fehlten letztlich die Machtmittel, um ihre Beschlüsse auch durchsetzen zu können. Als Friedrich Wilhelm IV. im April 1849 die ihm von der Nationalversammlung angetragene deutsche Kaiserwürde ablehnte, war der Revolution endgültig der Boden entzogen. Zwar führte dieser Schritt zu neuen Unruhen, wie etwa im Mai 1849 in Dresden, doch wurden diese nun allesamt militärisch niedergeschlagen. Als im Juli 1849 die letzten badischen Revolutionäre auf der Bundesfestung Rastatt kapitulierten, herrschte endgültig Ruhe in deutschen Ländern.

Mit ihrem harten Vorgehen hatten die deutschen Fürsten gezeigt, dass sie keineswegs gewillt waren, ihre überlieferte Macht abzugeben. Auf den kurzen Frühling der deutschen Demokratie folgte schon bald die Reaktionsära. Die Nationalversammlung wurde aufgelöst und der Deutsche Bund mit dem Bundestag der Fürsten wieder eingesetzt. Der „Bundesreaktionsbeschluss“ von 1851 gab dann dem Bund gar das Recht, in der Verfassung der deutschen Einzelstaaten hineinzugreifen und die Rücknahme der in den Tagen der Revolution erlassenen bürgerlichen Freiheiten zu ermöglichen.

Gleichwohl waren die Erhebungen von 1848 keineswegs vergebens. Auch wenn es den Fürsten in der Reaktionsära gelang, das Rad der Geschichte anzuhalten, so gelang es ihnen doch nicht, dieses Rad zurückzudrehen. Nirgendwo kehrten die politischen Verhältnisse vollständig hinter die Zeit vor dem Ausbruch der Revolution zurück. Auf mittlerer und lange Sicht kamen die Fürsten nicht umhin, die neuen ökonomischen und sozialen Verhältnisse des Industriezeitalters zur Kenntnis zu nehmen – und anzuerkennen, dass die Revolution die alte Welt nachhaltig erschüttert hatte.

JOSEF STALIN

Das Ende eines Diktators

Vor 70 Jahren starb der Nachfolger Lenins an der Spitze der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wie viele andere Sowjetpolitiker auch, war der sowjetische Regierungs- und Parteichef Josef Stalin alias Iosseb Bessarionis Dschughaschwili ein starker Trinker. Deshalb litt der am 18. Dezember 1878 in der georgischen Kleinstadt Gori geborene Diktator spätestens seit Anfang der 1950er Jahre an Leberverfettung mit wachsender Tendenz zur Zirrhose. Dazu kamen Arthritis, Arteriosklerose, Bluthochdruck, Herzmuskelschwäche, Schwindelanfälle und zunehmende Zeichen von Gedächtnisverlust. Dennoch wagte es niemand, das Thema der Nachfolge des „Führers“ (Woschd) zur Sprache zu bringen. Zu groß war die Furcht, in einem solchen Fall zum Opfer des Zornes eines rachsüchtigen Mannes im permanenten Verfolgungswahn zu werden, der bereits Millionen Menschenleben auf dem Gewissen hatte und trotz aller gesundheitlichen Beschwerden zu ständig neuen Schlägen gegen tatsächliche oder imaginäre Feinde ausholte. So entmachtete Stalin auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Oktober 1952 weitere frühere Weggefährten und verfiel dann kurz darauf in einen wütenden Antisemitismus, weil er glaubte, dass einige prominente jüdische Ärzte das Ziel verfolgten, ihn und andere Kreml-Größen zu ermorden.

Letzte Tage auf der Datscha

Während die Ermittlungen zu dieser angeblichen „Ärzteverschwörung“ noch liefen, traf der Diktator am Abend des 28. Februar 1953 mit den Politbüromitgliedern Georgij Malenkow, Nikolaj Bulganin, Lawrenti Berija und Nikita Chruschtschow zusammen. Bei dem Umtrunk mit reichlich georgischem Wein und Kognak in der Blichsnaja Datscha im westlichen Moskauer Stadtteil Kunzewo ging es dann auch um den Stand der Untersuchungen gegen die Mediziner, wobei sich Stalin heftig darüber erregte, dass man aus den Verdächtigen noch keine umfassenden Geständnisse herausgeprügelt hatte. Und dies war dann möglicherweise der Grund für den Schlaganfall, den



Lagen statt auf ewig nur ein paar Jahre im Mausoleum auf dem Roten Platz nebeneinander: Die einbalsamierten Leichname Lenins und Stalins (von links)

Foto: akg images

der 74-Jährige irgendwann am frühen Morgen des 1. März 1953 erlitt.

Weil Stalin deswegen mittags nicht wie gewohnt aufstand, wurden die Wachen vor seinen Gemächern unruhig, unterließen es aber aus Angst vor dem Jähzorn des „Führers“, ohne Aufforderung einzutreten. Erst der Leibwächter Oberstleutnant Losgatschew, der um 22 Uhr in das Esszimmer des Hausherrn ging, um wie üblich die aktuelle Post aus dem Zentralkomitee zu übergeben, entdeckte, dass Stalin nur mit kurzer Pyjamahose und Unterhemd bekleidet zitternd auf dem Boden lag und unfähig war, zu sprechen. Dem folgte aber keine umgehende Notfallbehandlung, sondern ein endloses Hin und Her, bei dem sich die potentiellen Nachfolger des Diktators in

Kunzewo die Klinke in die Hand gaben und das weitere Vorgehen diskutierten, während Losgatschew und dessen Vorgesetzter Oberst Starostin die Politbüromitglieder unablässig ersuchten, ärztliche Hilfe anzufordern. Das war jedoch gar nicht so einfach, da mehrere der besten Mediziner der Sowjetunion, die Stalins Gesundheitszustand genau kannten, als angebliche Attentäter in Haft saßen.

Erst am 2. März gegen 7 Uhr morgens standen endlich einige zusammengetrommelte Ärzte unter Professor Lukowski am Krankenbett des Kreml-Chefs und gelangten zu der Erkenntnis, dass dieser eine Gehirnblutung erlitten habe, an der er wahrscheinlich sterben werde. Und so kam es auch. Wie Stalins Tochter Swetlana später

mitteilte, richtete der Tyrann am 5. März kurz vor 22 Uhr noch einmal „halb wahn-sinnig, halb zornig“ den Blick auf die Anwesenden und erstickte dann qualvoll. Dem Obduktionsprotokoll zufolge war die Arterienverkalkung in Stalins Herz und Hirn überaus weit fortgeschritten. Die Pathologen fanden aber auch Hinweise auf eine akute Magenblutung, woraus das Gerücht erwuchs, dass der todkranke Stalin letztlich von seinem Geheimdienstchef Berija vergiftet worden sei.

Jedenfalls gelang es weder Berija noch der damaligen Nummer 2 im Sowjetstaat, Malenkow, zum alleinigen Nachfolger des „Führers“ aufzusteigen. Vielmehr wurde die UdSSR zunächst von einem kollektiven Leitungsgremium re-

giert, bis Chruschtschow nach und nach die Macht an sich riss und schließlich die formelle Entstalinisierung einleitete.

Entstalinisierung nach dem Tod

Vorerst gab es aber keinerlei Abstriche an dem ab 1956 heftig kritisierten Personenkult um Stalin. Die öffentliche Trauerfeier für den Diktator am 9. März 1953 zog derart viele Menschen an, dass eine Massenpanik ausbrach, die möglicherweise bis zu 500 Tote forderte. Anschließend kam der Leichnam in das Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau, in dem bereits der 1924 verstorbene Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Uljanow alias Lenin aufgebahrt war. Stalin sollte hier nun wie sein Vorgänger auf ewig in einem Glassarg ruhen. Allerdings sorgte Chruschtschow im Oktober 1961 für die Entfernung Stalins und dessen endgültige Beisetzung in einem Erdgrab der Nekropole an der Kremllmauer.

Einher ging damit das Verschwinden von Stalins Namen aus der Öffentlichkeit. Nachdem Chruschtschow in einer Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU erstmals über die „schweren Irrtümer“ und zahlreichen Verbrechen von „Väterchen Stalin“ gesprochen und damit zunächst lähmendes Entsetzen, bald darauf aber ein politisches Tauwetter ausgelöst hatte, ging es auf dem XXII. Parteitag 1961 zusätzlich noch darum, die Erinnerung an den Diktator zu tilgen. So wurden zahlreiche Denkmäler niedergedrückt und die Stadt Zarizyn, die seit 1925 „Stalin-grad“ hieß, ungeachtet ihrer immensen Bedeutung für das kollektive Gedächtnis der Sowjetbürger in Wolgograd umgetauft. So heißt sie bis heute, obwohl Stalin mittlerweile wieder deutlich mehr Ansehen in Russland genießt als in der unmittelbaren Nach-Stalin-Ära.

Immerhin 50.000 Personen haben eine Petition an Präsident Wladimir Putin unterschrieben, Wolgograd seinen Namen zwischen 1925 und 1961 zurückzugeben. Die neue Popularität Stalins resultiert maßgeblich aus der Geschichtsvergessenheit unter jungen Russen, von denen aktuell schon fast jeder Zweite keine Kenntnis mehr von den politischen Repressionen zwischen Lenins und Stalins Tod hat.

STIFTUNG POTSDAMER GARNISONKIRCHE

„Haus der Demokratie“ statt Kirchenschiff

Das Stiftungskuratorium scheint sich beim Wiederaufbau des Gotteshauses mit dem Turm begnügen zu wollen

Dass die kriegsbeschädigte und 1968 gesprengte Potsdamer Garnisonkirche wieder vollständig nach historischem Vorbild aufgebaut wird, ist zunehmend unwahrscheinlicher. Am 17. und 18. Februar hat das Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche Potsdam auf einer Sondersitzung überraschend einen Beschluss gefasst, der einen grundlegenden Kurswechsel bei dem Wiederaufbauprojekt bedeutet.

Das vor allem mit Vertretern der Evangelischen Kirche besetzte Kuratorium scheint laut dem Beschluss nun einen Teilerhalt des früheren Rechenzentrums akzeptieren zu wollen. Dieser mittlerweile als Künstlerzentrum genutzte DDR-Bau steht unmittelbar neben dem bereits weitgehend fertiggestellten Kirchturm der Garnisonkirche und teilweise auf dem Kirchengrundstück.

Als einen Verzicht auf den Wiederaufbau des Kirchenschiffs der Garnisonkirche deuteten viele Beobachter insbesondere, dass das Kuratorium auch einer „er-

gebnisoffenen Machbarkeitsstudie“ zum „Forum an der Plantage“ zugestimmt hat. Danach soll neben dem Kirchturm der Garnisonkirche nicht das Kirchenschiff nach historischem Vorbild rekonstruiert werden, sondern ein Gebäude mit einem Plenarsaal für das Potsdamer Stadtparlament entstehen.

Wie das Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche nach seiner Sondersitzung mitteilte, soll „die inhaltliche Arbeit im Turm als Lernort der deutschen Geschichte, der von historischer Aufklärung und demokratischem Diskurs geprägt wird“, der „wesentliche Maßstab auch für die Bebauung des Grundstücks des ehemaligen Kirchenschiffs“ bleiben. Erfüllt sieht das Kuratorium diesen Anspruch nun offenbar insbesondere dadurch, dass auf dem Gelände des ehemaligen Kirchenschiffs ein Gebäude entsteht, in dem ein Plenarsaal für die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung integriert wird.



Bleibt es beim Turm? Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche Foto: Müller

Für die Stadtverordnetenversammlung wird bereits seit Jahren eine dauerhafte Lösung gesucht. Der Plenarsaal im Rathaus gilt als zu klein und ist offenbar auch nicht erweiterbar. Potsdams Ober-

bürgermeister Mike Schubert (SPD) wirbt schon länger für die Idee eines „Forums an der Plantage“. Entsprechend positiv wertete er das Ergebnis der Kuratoriums-tagung: „Das ist das bisher klarste Signal,

das die Stiftung Garnisonkirche für den Plenarsaal, die Mitwirkung an der Machbarkeitsstudie und die Möglichkeit für einen teilweisen Erhalt des RZ abgegeben hat, und es ist ein klares Bekenntnis für das Forum an der Plantage.“

Weniger positiv sieht diesen Beschluss vermutlich die Fördergesellschaft Wiederaufbau Garnisonkirche. Die strebt nämlich nicht nur die Wiederherstellung des Kirchturms an, sondern auch des Kirchenschiffs. Und die oppositionelle Potsdamer CDU hält allein schon aus städtebaulichen Gründen den Bau eines „Hauses der Demokratie“ samt Plenarsaal auf dem Grundstück für nicht vertretbar.

Als „keinen großen Wechsel“ versuchte Wieland Eschenburg vom Vorstand der Garnisonkirche-Stiftung dem Beschluss des Kuratoriums herunterzuspielen. Eschenburg sagte: „Wir konnten in der Klausursitzung mit Klarheit unsere Priorität herausarbeiten: die Fertigstellung des Turms mit der Haube.“ Hermann Müller

VON HERMANN MÜLLER

Als „ewiger Außenminister“ hat Hans-Dietrich Genscher von 1974 bis 1992 viel dafür getan, das Ansehen der Bundesrepublik in aller Welt zu steigern. Die jetzige Chefin im Auswärtigen Amt sorgt dagegen immer wieder für Momente zum Schmunzeln oder zum Fremdschämen. Zuletzt hatte Annalena Baerbock mit einer missglückten Formulierung auf der Münchener Sicherheitskonferenz weltweit für ungläubiges Staunen.

Bei einem Podiumsgespräch, an dem auch US-Außenminister Antony Blinken und ihr ukrainischer Amtskollege Dmytro Kuleba teilnahmen, wurde Baerbock von der Moderatorin gefragt, ob die Ukraine sicher sei, solange Wladimir Putin in Russland an der Spitze stehe. Darauf antwortete die Grünen-Politikerin auf Englisch: „Wenn sich Putin nicht um 360 Grad ändert, nicht.“ Videoaufnahmen von Baerbocks Antwort verbreiteten sich zügig über die sozialen Medien im Internet und sorgten auch in Amerika und Asien für Spott. Aufmerksame Beobachter stellten obendrein fest, dass Baerbock auf der Münchener Veranstaltung noch ein zweites Mal von einer 360-Grad-Wende sprach, die Putin vollziehen müsse.

Noch harmlos waren Kommentare wie: „Ich bin kein Mathematiker, aber wenn man sich um 360 Grad dreht, landet man wieder dort, wo man angefangen hat.“ Andere Kommentatoren stellten fest: „Großartige Mathe-Fähigkeiten ... Leute, die den Westen regieren!!!“ Ein anderer Internetnutzer konstatierte, Europa werde derzeit fest „von einer wissenschaftlich ungebildeten militanten Mittelmaßigkeit geführt“.

Von Kobolden und Deutsch-Nigeria

Tatsächlich hat Deutschlands derzeit amtierende Außenministerin bereits mehrfach Anlass zu Zweifeln an ihrer Allgemeinbildung geliefert: Im Jahr 2019 wechselte sie im „Sommerinterview“ mit der ARD das Schwermetall Kobalt, das für die Herstellung von Lithium-Batterien benötigt wird, mit „Kobold“. „So Fragen wie Rohstoffe, Kobold, wo kommt das eigentlich her?“, sinnierte Baerbock vor laufender Kamera. Auf Nachfrage setzte sie nach: „Da gibt es jetzt die ersten Batterien, die auf Kobold verzichten können.“

Der skurrile Sprachflop unterlief der Grünen-Politikerin ausgerechnet bei einem Lieblingsthema ihrer Partei, der Elektromobilität. Gegenüber dem ZDF-Moderator Markus Lanz sprach Baerbock mit Blick auf den Ukraine-Konflikt, dieser sei „nicht ein Krieg, der wie im 19. Jahrhundert geführt wird, mit Panzern alleine“, als wenn Panzer nicht erst im 20. Jahrhundert erfunden worden wären. Im vergangenen Dezember textete Baerbock auf Twitter wiederum von einer



„Ungebildete militante Mittelmaßigkeit“: Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne)

Foto: imago/photothek

AUSWÄRTIGES AMT

Der Niveauverfall wird zum System

Annalena Baerbocks intellektuelle Fehlleistungen belustigen die Welt. Doch hier tritt ein bedenklicher Niedergang der deutschen Außenpolitik zutage, der nun sogar bewusst verstetigt werden soll

„dunklen Kolonialgeschichte zwischen Nigeria und Deutschland“, obwohl Nigeria nie eine deutsche Kolonie war.

Auf der UN-Klimakonferenz in Scharm el-Scheich zeigte Deutschlands Chefdiplomatin zudem, dass offenbar auch Geographie nicht zu ihren großen Stärken zählt. Gegenüber Journalisten sagte Baerbock: „Heute ist der Moment, wo wir uns ehrlich fragen müssen: Was sind die Folgen für mein Land? Aber auch: Was sind die Folgen für mein Nachbarland oder ein Land, das Hunderttausende von Kilometern entfernt liegt?“

Mit ihrer Aussage hinterließ die Ministerin ein Rätsel. Selbst Neuseeland ist von Deutschland weniger als 19.000 Kilometer entfernt. Um auf Entfernungen von Hunderttausenden von Kilometern bei der Reise zu einem anderen Land zu kommen, müsste der Globus mehrfach umrundet werden. Einen regelrechten Eklat produzierte Baerbock im vergangenen

Januar vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg. Auf die Frage „Was können wir tun?“ erklärte sie mit Blick auf den Ukrainekrieg auf Englisch: „Ja, wir müssen mehr tun, denn wir kämpfen einen Krieg gegen Russland.“ Tags darauf stellte Bundeskanzler Scholz im Fernsehen klar: „Deutschland wird auch durch die Panzerlieferungen nicht zur Kriegspartei.“ Auch das Auswärtige Amt stellte auf Anfrage des ZDF klar, Deutschland sei keine Konfliktpartei.

Anforderungen werden gesenkt

Mit ihrem missglückten Auftritt in Straßburg hatte Baerbock weltweit so stark für Irritationen gesorgt, dass auch die hiesigen Leitmedien dies in ihrer Berichterstattung aufgreifen mussten. Viele Fehltritte der Grünen-Außenministerin tauchen allerdings in der Berichterstattung der etablierten Medien gar nicht auf. In

den sozialen Medien haben sich dagegen Zusammenschnitte von Baerbocks Sprachflops zu gern gesehenen Videos entwickelt.

Aufmerksamen Internetnutzern ist aufgefallen, dass unter der Außenministerin Baerbock im vergangenen Jahr die Zugangshürden für den höheren diplomatischen Dienst stark abgesenkt wurden. Das Auswahlverfahren für den auswärtigen Dienst galt in der Vergangenheit als besonders anspruchsvoll. Bewerber mussten unter Zeitdruck beweisen, dass sie über ein breites Allgemeinwissen sowie auch Kenntnisse im Völker-, Europa- und Staatsrecht verfügen. Abgefragt wurden zudem Kenntnisse in Wirtschaft, Geschichte und Politik. Eine weitere Hürde im Auswahlverfahren für künftige Diplomaten stellte der psychologische Test dar. Wie die „Bild“-Zeitung im vergangenen Jahr berichtete, ist im Auswärtigen Amt der Test für Allgemeinwissen und auch

der Psychotest im Anforderungsprofil für Bewerber des höheren Dienstes gestrichen worden. Gegenüber der Zeitung warnte ein ehemaliger Diplomat: „Wir müssen ganz genau aufpassen, dass hier nicht die Axt angelegt wird an die hohe Qualität der Diplomaten-Auswahl. Begabung, Fakten- und Fachkenntnisse müssen die harten Kriterien bleiben.“

Auch bei der Opposition stieß die Senkung der Zugangshürden für den diplomatischen Dienst auf sehr scharfe Kritik: Der CSU-Außenexperte Florian Hahn äußerte die Vermutung, dass Baerbock über die abgesenkten Anforderungen an das Personal einen „ideologischen Umbau“ des Auswärtigen Amtes vorantreiben will. Der CDU-Politiker Thorsten Frei sprach im Zusammenhang mit dem geänderten Anforderungsprofil von „grüner Vetterwirtschaft“. Die Ministerin müsse aufpassen, „ihre vermeintlich feministische Außenpolitik nicht ins Lächerliche zu ziehen“.

PRIVATER ZIVILSCHUTZ

Wo sich Superreiche in Sicherheit wöhnen

Boom bei den Bunkerbauern: Immer mehr Vermögende kaufen sich einen exklusiven Schutzraum für den Katastrophenfall

Immer mehr Menschen fürchten „DAS Ereignis“. Wobei dieses in vielerlei Gestalt daher kommen kann: als Atomkrieg, verheerende Natur- beziehungsweise Umweltkatastrophe, Asteroideneinschlag, Ausbruch gewaltiger sozialer Unruhen, tödliche Pandemie oder flächendeckender Kollaps lebenswichtiger Infrastrukturen.

Auf jeden Fall würde es dann ums nackte Überleben gehen. Deshalb versucht so mancher, Vorkehrungen zu treffen, um die Apokalypse möglichst unbeschadet zu überstehen. Hieraus resultiert nicht zuletzt ein Ansturm auf Schutzbunker, wobei natürlich diejenigen die besten Chancen haben, welche über das nötige

Kleingeld verfügen. Das geht unter anderem aus dem Buch „Survival of the richest: Escape fantasies of the tech billionaires“ (Überleben der Reichsten: Fluchtphantasien der Tech-Milliardäre) hervor, welches der US-Autor Douglas Rushkoff kürzlich vorlegte.

Mit Bar, Kino, Weinkeller

Darin schildert er seine Unterredungen mit einigen der vermögendsten Männer der Welt, die sich um konkrete Vorkehrungen für den Weltuntergang drehen, um dann anzufügen: Offensichtlich seien einige Milliardäre inzwischen vorrangig darauf aus, „genug Geld zu verdienen, um sich vor dem Schaden zu schützen, den

sie durch das Verdienen von Geld auf ihre Weise verursachen“.

Laut Rushkoff bieten vor allem zwei Firmen Luxusbunker für Superreiche an, nämlich The Vivos Group aus Kalifornien und die texanische Rising S Company. Hier kann der ausreichend begüterte Kunde fast alles erhalten, was das Herz begehrt – bis hin zu unterirdischen Schutzräumen mit Kapelle, Schwimmbekken, Bar, Kino, Weinkeller, Pferdestall, Basketballplatz, Operationsaal, Schießstand und Räumlichkeiten voller Technik zum Schürfen von Krypto-Währungen. Hinzu kommen Unterkünfte für das Wachpersonal, auf welches keiner der Milliardäre verzichten will, weil offenbar

jeder Angst vor wütenden Angreifern und Plünderern hat.

Dabei baut Vivos seine Bunker bevorzugt in bereits bestehende alte Anlagen aus dem Kalten Krieg ein, während Rising S eher die Häuser der Auftraggeber entsprechend umrüstet oder erweitert. Angeblich kosten die großen Luxus-Bunker, die bis zu zwölf Monate Schutz bieten sollen, zweistellige Millionenbeträge.

Schub durch den Ukrainekrieg

Deutlich günstiger sind dahingegen die Angebote des französischen Unternehmens Artemis Protection, die sich auch an die obere Mittelschicht richten. Spartanisch ausgestattete Schutzräume für vier

Personen gibt es hier bereits ab 145.000 Euro, während für die „Premium-Variante“ mit dem „Komfort“ einer Berghütte bis zu 500.000 Euro fällig werden. Laut dem Artemis-Gründer Mathieu Séranne ist die Nachfrage nach den Produkten seiner Firma seit Beginn des Krieges in der Ukraine förmlich explodiert.

Ob das Ganze dabei auch etwas nützt, sei dahingestellt. Das betrifft selbst die Milliardäre, welche im Notfall über die größten und am besten ausgestatteten Bunker verfügen möchten. Zu diesen Personen meint Rushkoff: „Es scheint so, als wollten sie ein Auto bauen, das schnell genug ist, um seinen eigenen Abgasen zu entkommen.“ W.K.



ALLENSTEIN

Traum von einer neuen Verkehrsader

Fünf Kilometer Umgehungsstraße – Die Bürger warten seit Jahren auf eine solche Entlastung

VON DAWID KAZANSKI

Eine riesige Geldsumme – umgerechnet rund 360 Millionen Euro – soll von Brüssel nach Südostpreußen fließen. Ende 2022 gelang es dem Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Gustaw Marek Brzezina, die Verteilung der Mittel für einzelne Investitionen auszuhandeln.

So gab es grünes Licht für den Bau der Nowobałtycka-Straße in Allenstein und die umfassende Renovierung des Planetariums. Die Stadtverwaltung wird für die Durchführung dieser beiden Investitionen insgesamt rund 45 Millionen Euro erhalten.

Die Nowobałtycka-Straße ist seit vielen Jahren der Traum von Bewohnern der drei städtischen Wohnsiedlungen Göttkendorf, Lykusen und Redigkainen, die sich nach einer neuen Verkehrsader sehnen. Die Liebstädterstraße [ulica Bałtycka] hat in ihrer jetzigen Form nicht die Kapazität, den ständig zunehmenden Autoverkehr zu bewältigen. Der Bau der Nowobałtycka-Straße wird die Verkehrsanbindung des westlichen Stadtteils an das Stadtzentrum erheblich verbessern und Teil der Umgehungsstraße von Allenstein werden.

Der Bau der Verkehrsader dürfte beschlossene Sache sein, denn im Rathaus wird derzeit an der Erstellung der Unterlagen gearbeitet. Marta Bartoszewicz, die Sprecherin des Magistrats, sagte, dass die Beamten des Rathauses derzeit die Baupläne aktualisieren und im zweiten Quartal des Jahres eine Genehmigung für die Realisierung des Straßenbaus beantragen wollen, woraufhin die detaillierte Planung und der Kostenvoranschlag erstellt werden.

Wenn alles nach Plan verläuft, wird die Stadt Ende 2023/Anfang 2024 eine Ausschreibung zur Auswahl eines Auftragnehmers durchführen. Die ersten Baggerchaufeln würden dann Anfang nächsten Jahres in den Boden gestoßen. Doch die Zeiten sind ungewiss, und selbst die größten Befürworter des Bauvor-



Von Allensteiner Bürgern heiß ersehnt: Neue Straßen zur Umgehung der Stadt

Foto: D.K.

haben bleiben skeptisch. Wie man sich denken kann, dreht sich alles um finanzielle Fragen.

Unsicherheitsfaktor Kosten

Nach Berechnungen von vor einem Jahr beliefen sich die geschätzten Kosten für den Bau der Nowobałtycka-Straße auf rund 51 Millionen Euro. Die zähen Verhandlungen von Marschall Brzezina in Brüssel führten zu einem Zuschuss von rund 34 Millionen Euro. Der fehlende Betrag stellt die Gemeinde Allenstein vor eine erhebliche haushaltspolitische Herausforderung, da sie die ausstehende Summe aus eigenen Mitteln aufbringen müsste.

Bei Kostenschätzungen zum jetzigen Zeitpunkt tappen die Verantwortlichen jedoch im Dunkeln, denn das Baugeschäft ist äußerst instabil. Noch vor einem Jahr hatte die Stadt Schwierigkeiten, selbst für kleinere Investitionen Auftragnehmer zu finden. Heute wird von verschiedenen Seiten der Zusammenbruch des Bauge-

werbes als Folge der Wirtschaftskrise und der Tatsache vorausgesagt, dass viele Menschen bei den Banken die Voraussetzungen für Hypotheken nicht erfüllen. Aus diesem Grund befindet sich der Wohnungsbaumarkt in einer Flaute.

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, könnte es gut möglich sein, Bauunternehmen für den Bau der neuen Hauptverkehrsader der Stadt zu finden, vielleicht sogar zu niedrigeren Preisen, aber das kann noch nicht sicher vorhergesagt werden.

Baugewerbe steht unter Druck

Die Nowobałtycka-Straße soll parallel zur jetzigen Liebstädterstraße verlaufen und am Straßenviadukt an der Einfahrt zur Lykusen-Siedlung beginnen, dann weiter bis zur Ausfahrt aus Allenstein weitergeführt werden. Die Kreuzung mit der heutigen Liebstädterstraße wird erst außerhalb des Wohngebiets Göttkendorf in Richtung Jonkendorf erfolgen.

Da die Stadt Allenstein über aktuelle Baupläne und Entwürfe verfügt, ist ein Großteil des Papierkrams bereits erledigt. Jetzt müssen die Pläne nur noch an die aktuellen Gegebenheiten, insbesondere die finanziellen, angepasst werden. Die Nowobałtycka-Straße ist laut dem Projekt eine breite, vierspurige Straße mit einer Länge von knapp fünf Kilometern. Neben dem Asphalt selbst müssen auch moderne Entwässerungs- und Rückhaltesysteme eingebaut werden. Alle Umweltaspekte sind von großer Bedeutung, da die Straße in unmittelbarer Nähe des Dirschausees verlaufen soll.

Die Zuweisung eines angemessenen Betrags aus dem städtischen Haushalt für die Nowobałtycka-Straße erfordert darüber hinaus eine Änderung der mehrjährigen Finanzplanung, die vom Allensteiner Stadtrat erst genehmigt werden muss. Es scheint also noch ein langer Weg bis zur Realisierung des Baus der Straße.

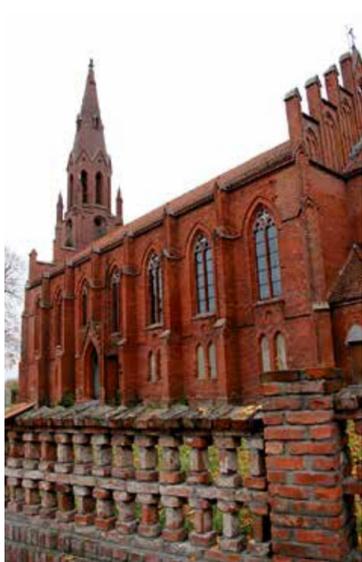
HEINRICHSWALDE

Die Restaurierung der Kirche wird fortgesetzt

Schützenswertes Objekt des Kulturerbes – Wiederaufbau wird teurer als geplant

Die Restaurierung der Kirche in Heinrichswalde [Slawsk], die wegen Nachbesserungen an der Planung ausgesetzt worden war, soll bis zum Sommer wieder aufgenommen werden. Inzwischen wurde die Projektplanung verändert, und sie hielt in dieser Form der Überprüfung stand, wie Jewgenij Maslow, der Leiter des Dienstes zum Schutz des Kulturerbes, der Presse mitteilte. „Es gibt jetzt eine Neuberechnung der Kosten im Zusammenhang mit Änderungen in der Projektplanung. Danach werden wir zur Ausschreibung übergehen, um anschließend die Arbeiten abzuschließen“, sagte er.

Die Restaurierung der Kirche aus dem 19. Jahrhundert in Heinrichswalde hatte 2019 begonnen. Im Rahmen ihres Auftrags sollte die Arbeitsgemeinschaft zur Gestaltung und Produktion von wissenschaftlichen Spezialrestaurierungen „Arbeits“ im Januar 2022 Arbeiten im Wert von umge-



Kirche Heinrichswalde

Foto: MRK

rechnet 1,7 Millionen Euro abschließen. Es war geplant, in den Räumlichkeiten des historischen Gebäudes einen Konzertsaal für 250 Zuschauer und Ausstellungen des Heimatmuseums zu eröffnen.

Bis zum Sommer 2020 hatten die Arbeiter die Turmspitze restauriert, ein Kreuzblütler – eine einzigartige Figur, die von der Seite wie ein Kreuz aussieht, das eine Kirche krönt, und von oben wie eine Blume – sowie eine Uhr auf dem Turm installiert. Die Restauratoren haben den größten Teil der Außenarbeiten abgeschlossen. Sie haben das Mauerwerk fast vollständig in Ordnung gebracht und begonnen, das einfache Glas gegen farbige Buntglasfenster auszutauschen.

Während der Arbeiten stellte sich jedoch heraus, dass der Entwurf korrigiert werden musste und der Wiederaufbau erheblich teurer werden würde. Im Dezember 2020 unterzeichneten die Behörden

einen Vertrag mit der „Wissenschaftlichen Restaurations- und Produktionsarbeitsgemeinschaft GmbH“ zur Änderung der Dokumentation. Die Kosten für die Anpassung wurden auf rund 47.000 Euro geschätzt.

Die neugotische Kirche Heinrichswalde wurde 1869 erbaut. Das Gebäude hat den Status eines Objekts des kulturellen Erbes von regionaler Bedeutung. Ursprünglich befanden sich im Turm drei Glocken und in der Empore am Kircheneingang eine Orgel. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Kirche nicht beschädigt, dennoch ging die gesamte Innenausstattung verloren, als sie als Lager genutzt wurde. 1993 wurde das Objekt der evangelischen Gemeinde übergeben, doch seit 2010 ist es im Besitz der Russisch-Orthodoxen Kirche, seit 2013 wird es vom Touristeninformationszentrum des Bezirks Heinrichswalde gemietet. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Suche nach Ressourcen

Tiefensee – Die Polnische Erdöl- und Erdgasgesellschaft (PGNiG) hat im Februar mit der Durchführung einer Erkundungsbohrung in Tiefensee [Głębock] im Kreis Braunsberg begonnen. Ziel ist es, das Potential für die Förderung von Erdöl zu prüfen. Die Arbeiten sollen vor allem dazu dienen, das Potential der geologischen Lagerstätte zu untersuchen. Geplant sind eine 2770 Meter tiefe Bohrung sowie ein Förderversuch. Das Vorhandensein aussichtsreicher geologischer Strukturen in dem Gebiet, das heißt solcher, in denen Kohlenwasserstoffe vorhanden sein könnten, wurde durch seismische Untersuchungen und frühere Bohrungen bestätigt. „Die in der neuen Bohrung geplanten Untersuchungen und Tests werden die Grundlage für die Bestimmung der potentiellen Rentabilität der Gewinnung von Ressourcen bilden“, heißt es in einer Mitteilung der polnischen Erdöl- und Erdgasgesellschaft. „Die erforderlichen Arbeiten und Tests werden voraussichtlich mindestens drei Monate dauern.“ *D.K.*

Streit um Stromkosten

Lahna/Allesstein – Die Gewässer im südlichen Ostpreußen sind ein wesentlicher Teil seines natürlichen Kapitals, besonders die Alle. An ihrem Quellgebiet bei Lahna gibt es einen Konflikt zwischen der Ermländisch-Masurischen Universität (UWM) als Eigentümerin von Grund und Immobilien in Lahnamühle und der Gesellschaft zur Entwicklung Lahnas „Alna“, die das Gelände ehrenamtlich nutzt. Diese hält es in Ordnung, mäht Gras, sammelt Müll ein und kümmert sich um die Touristen im Reservat des Quellgebiets der Alle. Es existiert ein schriftlicher Vertrag, auf den sich die UWM beruft, laut der Gesellschaft „Alna“ aber auch eine mündliche Vereinbarung, dass sie keinen Strom bezahlen muss. Die UWM besteht jetzt darauf, dass die Gesellschaft die Kosten für Strom und Müllentsorgung trägt, was wiederum das Ende von deren Aktivitäten dort bedeuten würde. *U.H.*

Ausgezeichnete Schulen

Allesstein – Seit 25 Jahren bewerten das Portal und die Zeitschrift „Perspektyw“ die besten Lyzeen und Technischen Schulen der Republik Polen. Die Bewertung soll Schüler und Eltern bei der Suche nach einer passenden weiterführenden Schule unterstützen. Unter den 1360 Lyzeen und 1185 Technischen Schulen lagen Schulen aus Warschau vorne. Die beste Schule auf der Liste aus der Woiwodschaft Ermland-Masuren ist das XII. Maria-und-Georg-Dietrich-Lyzeum in Allenstein auf Rang 49. Insgesamt vier Schulen der Region errangen den Titel „Goldene Schule“. Bei den Technischen Schulen erreichte das Technikum Nr. 8 beim Verband der Chemischen und Allgemeinbildenden Schulen in Allenstein als einzige der Region diesen Titel mit einem 51. Platz. *U.H.*

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März

ZUM 101. GEBURTSTAG

Meyer-Brandstädter, Edith, geb. Brandstädter, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. Onischke, aus Wehlau, am 6. März
Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März
Walter, Irmgard, geb. Marquardt, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lasota, Liesbeth, geb. Kolberg, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. März
Moissl, Hildegard, geb. Leidreiter, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 4. März
Norloch, Wanda, geb. Dietrich, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 6. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Becker, Waltraud, geb. Schmidt, aus Wehlau, am 5. März
Karpowski, Friedrich, aus Plöwen, Kreis Treuburg, am 8. März
Röhrich, Ida, geb. Biell, aus Plenkitten, Kreis Mohrunen, am 7. März
Semler, Anneliese, geb. Swiedelsky, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März
Wenzel, Anneliese, geb. Czerwanka, aus Lyck, am 4. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. Waschkewitz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März
Dürselen, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 7. März
Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 6. März
Groth, Hildegard, geb. Zwiesler, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 8. März
Steltz, Irmgard, geb. Helmcke, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Aukthun, Walter, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. März
Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März
Krüger, Emma, geb. Marzinowski, aus Milussen, Kreis Lyck, am 3. März
Lutz, Elsa, geb. Reißmann, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März
Welz, Irmgard, geb. Zittlau, aus Montzen, Kreis Lyck, am 3. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kowalski, Hildegard, geb. Katzmarski, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 4. März
Lyhs, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. März
Michelsen, Edith, geb. Dickert, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. März
Robben, Hilde, geb. Jack, aus Rodobach, Kreis Ebenrode, am 7. März
Schliwinski, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März
Schwedberg, Irmtraut, geb. Schwarz, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 4. März
Tubies, Hildegard, geb. Klassen, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bellendorf, Elsa, geb. Liebenau, aus Mantau, Kreis Fischhausen, am 5. März
Dittkuhn, Gerhard, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 5. März
Edlefs, Ursel, geb. Sulimma, aus Lyck, Bahnbeamtenhaus 3, am 6. März
Fuhrmann, Maria, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März
Göbeler, Helene, geb. Lucja, aus Haasenbergl, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Hempel, Christa, geb. Becker, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 7. März
Kämpfer, Helga, geb. Goetzle, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 7. März

Lammers, Liesbeth, geb. Gronwald, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 5. März
Niepelt, Ruth, geb. Wippich, aus Lyck, Fliggges Garten, am 9. März
Roeder, Margarete, aus Milucken, Kreis Lyck, am 9. März
Rosteck, Gerhard, aus Treuburg, am 5. März
Schwarz, Erika, geb. Borchmann, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. März
Wietzorek, Magdalene, geb. Pentz, aus Lyck, am 5. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Axen, Edith, geb. Meyer, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. März
Eichholz, Hildegard, aus Augliten, Kreis Lyck, am 9. März
Loges, Hannelore, geb. Soyka, aus Halldorf, Kreis Treuburg und aus Lyck, Freystraße 8, am 6. März
Ortschwager, Heinz, aus Königsberg/Pronat, Schreberstraße 12, am 4. März
Richter, Margarete, geb. Saffran, aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 8. März
Runge, Liesbeth, geb. Bastek, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Sowa, Theodor, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 9. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behmer, Luzi, geb. Turner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 3. März
Guddat, Christel, geb. Czarnetta, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 3. März
Kischel, Margarete, geb. Assmann, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 3. März
Labusch, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. März
Raudschus, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. März
Stepputt, Hans-Werner, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 5. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartel, Günter, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 8. März
Brefle, Ursula, aus Ebenrode, am 9. März
Kays, Ruth, geb. Dinkel, aus Walldorf, Kreis Neidenburg, am 4. März

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Kossak, Heinz, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 6. März
Kossek, Rita, geb. Andrees, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. März
Loest, Grete, geb. Borreck, aus Treuburg, am 4. März
Paul, Ingrid, geb. Gollub, aus Lyck, Soldauer Weg 9, am 4. März
Wieczorek, Katharina, geb. Badorrek, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 5. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albin, Günter, aus Lyck, Bismarckstraße 55, am 5. März
Bärschneider, Ellen, geb. Schwedland, aus Mohrunen, am 3. März
Bartsch, Ruth, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 3. März
Baufeld, Ida, geb. Recketat, aus Puspern, Kreis Gumbinnen, am 4. März
Brandes, Gertrud, geb. Orzechowski, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 6. März
Brandt, Anneliese, geb. Dangleit, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 3. März
Burkhardt, Inge, geb. Reypa, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 8. März
Dorra, Hans, aus Treuburg, am 4. März
Ehmke, Hans, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 5. März
Erdmann, Manfred, aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Falk, Manfred, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 7. März
Fehlau, Friedemann, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. März
Kailuweit, Karl-Heinz, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 7. März
Knorr, Alfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. März
Kriings, Erika, geb. Jekubassa, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 4. März
Lubitzki, Heinz, aus Lissau, Kreis Lyck, am 4. März
Putze, Antonie, geb. Pechbrenner, aus Jaugehnen, Kreis Fischhausen, am 5. März
Wagner, Hildegard, geb. Riemann, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 3. März
Wiberny, Erich, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 5. März
Willutzki, Ursula, geb. Stadie, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 6. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Ingrid, geb. Dominick, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 5. März

ANZEIGE

Wir gratulieren unserer lieben Mutter, Oma, Uroma

Ida Baufeld geb. Recketat
aus Puspern, Kreis Gumbinnen

zu Ihrem  90. Geburtstag am 4. März 2023.

Wir haben Dich alle sehr lieb und wünschen uns noch viele schöne gemeinsame Jahre mit Dir.

Stellvertretend für die gesamte Familie:
Deine Tochter Ingrid



Behr, Renate, geb. Kröhnert, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 8. März
Bernsdorf, Hermann, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 7. März
Block, Edelgard, geb. Janz, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 5. März
Goy, Traute, geb. Weiss, aus Mohrunen, am 7. März
Gunia, Ingrid, geb. Gayk, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 4. März
Habecker, Irene, geb. Kniza, aus Omulefoden, Kreis Neidenburg, am 6. März
Jerwin, Hans-Jürgen, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg und aus Ortelsburg, am 9. März
Kedziński, Harald, Ortsgruppe Chemnitz, am 2. März
Klusemann, Irmtraut, geb. Meinhardt, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 7. März
Kubernus, Heinz, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 5. März
Leibenath, Walter, aus Ebenrode, am 4. März
Lorenzen, Siegrid, geb. Bandilla, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 8. März
Lumma, Reinhold, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. März
Mackenstedt, Hildegard, geb. Paulini, aus Soffen, Kreis Lyck, am 3. März
Meyer, Heinz, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 3. März
Mielenz, Marie-Luise, geb. Reiß, aus Ebenrode, am 9. März
Minkler, Lore, geb. Fischer, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 8. März
Münstermann, Ingrid, geb. Rauffmann, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 8. März
Piorunek, Lydia, geb. Kroll, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. März

Pöttinger, Erika, geb. Raffalzik, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 5. März
Völlmann, Bruno, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 5. März
Weber, Edith, geb. Kleta, aus Gorkau, Kreis Lyck, am 6. März
Weiss, Heinz, aus Mohrunen, am 7. März
Zabel, Inge, geb. Trinogga, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 9. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Breitler, Helga, geb. Link, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 5. März
Brokop, Magdalena, geb. Kirschnick, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 3. März
Dombrowski, Ewald, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 7. März
Kapteina, Brunhilde, geb. Kuczewski, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 4. März
Klimmek, Ursula, geb. Krzenzck, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Laskowski, Hannelore, geb. Sych, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 7. März
Okunek, Manfred, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. März
Saß, Ingeborg, geb. Padlat, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. März
Schäfer, Volker, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 5. März
Struzyna, Ingrid, geb. Gritzan, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 3. März
Thüne, Dr. Wolfgang, aus Wargienen, Kreis Wehlau und aus Rastenburg, am 4. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Wendtlandt, Karlheinz, aus Hülländerei, Kreis Wehlau, am 3. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

18. und 19. März: **Arbeitstagsung der Kreisvertreter** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt
15. und 16. April: **Arbeitstagsung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg
21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
26. bis 28. Mai: **Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagsung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmer-

kreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

det das Angebot ab, und bietet Möglichkeit zur Unterhaltung.

Weitere Informationen erteilt: DJO-Deutsche Jugend in Europa e.V. Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart. Ansprechpartner ist Hartmut Liebscher, Telefon: (0711) 625138, E-Mail: hartmut@djobw.de

Uta Lüttich



Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

sammlung aus technischen Gründen schon eine Woche früher stattfinden, also am 7. März. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. *Ehrenfried Mathiak*



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Heimatchmittag

Dresden – Mittwoch, 15. März, 14 bis 17 Uhr, Begegnungsstätte, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Treffen.



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Lichtbildvortrag

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 14. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: monatliches Treffen der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig mit Kapitän Tilman Hebekus aus Burg. Hebekus hält einen Lichtbildvortrag über seine „Abenteuer unter grünen Segeln“ mit der Dreimastbark „Alexander von Humboldt“. Gäste sind herzlich willkommen!

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e. V.

Flensburg – Terminänderung! Mittwoch, 8. März, 15 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Kaffeetafel mit Vortrag. Herr Jessen von der jüdischen Gemeinde setzt seinen Vortrag vom Vorjahr über „Jüdisches Leben in Flensburg“ fort.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Frauengruppe

Bremen – Infolge der Corona-Pandemie hat das traditionsreiche Hotel zur Post leider das beliebte Café Hauptmeier schließen müssen. Es wurde danach nicht wiedereröffnet. Somit ist dort auch kein Treffen unserer Frauengruppe mehr möglich.

Die Leiterinnen unserer Frauengruppe, Frau Richter und Frau Schramm, haben sich in Absprache mit den Damen der Gruppe dafür entschieden, weiterhin monatliche Treffen anzubieten. Diese finden nun an jedem zweiten Mittwoch eines Monats als gemeinsames Mittagessen im Hotel Robben Grollander Krug statt. Interessentinnen, die daran neu teilnehmen möchten, melden sich bitte telefonisch bei Frau Richter unter Telefon (0421) 405515. *H. Lohmann*

Dia-Vortrag

Wetzlar – Dienstag, 21. März, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Wanderung entlang der Kurischen Nehrung“, Dia-Vortrag von Wolfgang Post, Herborn. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558. *Kuno Kutz*



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Jahreshauptversammlung eine Woche früher

Bonn – Dienstag, 7. März, 18.15 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn e.V. mit gemeinsamem traditionellen Klops-Essen und lockeren Gesprächen zu aktuellen Themen. Tagesordnung: Berichte des Vorstandes mit Aussprache und Beschlussfassung zu künftigen Aktivitäten und zum Veranstaltungsprogramm. Entgegen der Ankündigung im letzten Ostpreußenruf muss die Jahreshauptver-

Ostpreußisches Landesmuseum

Bis zum 31. März verkürzte Öffnungszeiten: täglich außer Montag 10 bis 17 Uhr, das Brauereimuseum Lüneburg ist bis zum 28. Februar geschlossen.

Veranstaltungen

Dienstag, 7. März, 14.30 Uhr, **Verschwundene Orte**, Führung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Dr. Eike Eckert. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

Nach 1945 sowie der Flucht und Vertreibung der deutschen Einwohner, gibt es gerade im nördlichen Ostpreußen viele Orte, die nicht mehr auszumachen und „verschwunden“ sind. Woran liegt das? Was geschah und welche Pläne gibt es, sich dieser „Verschwundenen Orte“ und ihrer Bedeutung für die Kulturgeschichte Ostpreußens heute wieder bewusst zu werden? Diesen und anderen Fragen widmet sich Dr. Eike Eckert bei seiner Führung durch die Sonderausstellung.

Mittwoch, 8. März, 15 bis 17 Uhr: **Museumsführung für Menschen mit und ohne Demenz** mit Dr. Jörn Barfod und Silke Straatman. Maximal sechs Paare / zwölf Personen können teilnehmen. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Alzheimer Gesellschaft Lüneburg e.V. statt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Barfod und Straatman bieten eine Führung für an Demenz erkrankte Menschen und ihre Begleitpersonen durch die Naturkunde- und Kunstabteilung des

Ostpreußischen Landesmuseums an. Museen sind ein erfreulicher Ausflugsort für Menschen mit Demenz. Die besondere Atmosphäre kann Lebensfreude schenken, Erinnerungen wecken und vor allem aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Kunst- und Kultur wird unter Einbezug aller Sinne und biographischer Anekdoten erlebbar gemacht. Die interaktive Museumsführung findet ihren Abschluss in gemütlicher Runde bei Kaffee, Tee und Gebäck, wo über das Erlebte gesprochen werden kann.

Studienreise ins Ermland vom 19. bis 26. Juni

Ermland ist nicht nur historisch – 1466 wird aus dem selbstständigen Bistum ein Teil vom Preußen königlichen Anteils unter polnischer Oberhoheit, bleibt 1525, nachdem Masuren protestantisch wurde, katholisch, fiel 1772 an Preußen und 1945 an Polen – und landschaftlich reizvoll, sondern bietet auch eine Reihe von kulturgeschichtlich interessanten Orten mit mittelalterlichen Burgen und prächtigen Kirchen, wie Frauenburg, Heilsberg, Allenstein, Guttstadt. Die Geistlichkeit präsentiert auch die berühmtesten Namen, die mit der Region verbunden sind: Nikolaus Kopernikus, Maximilian Kaller und Stefan Wyszyński. Eingerahmt wird die Ermland-Fahrt von Besuchern in Marienburg und Danzig.

Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75 99 515, E-Mail: a.kern@ol-ig.de, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Zusendungen für die Ausgabe 11/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 11/2023 (Erstverkaufstag 17. März) **bis spätestens Dienstag, den 7. März**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C

ANZEIGE



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: C. Bierwirth, Landkreis Rotenburg (Wümme)...

65. Heimatpolitische Tagung

Rotenburg (Wümme) - Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) hatten am 11. und 12. Februar zur 65. Heimatpolitischen Tagung...

Der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerburg, Wolfgang Schiemann, konnte viele Vertreter aus Politik und Verwaltung des Patenkreises...

Zum Trakehner Pferd

Es folgten Grußworte von Landrat Marco Prietz und Bürgermeister Torsten Oestmann, bevor Erhard Schulte die Zuhörer im voll besetzten Saal mit seinem Vortrag „Im Wandel der Zeit: Das Trakehner Pferd in seinem Heimatzuchtgebiet Ostpreußen“...



Begrüßt die zahlreichen Gäste: Kreisvertreter Wolfgang Schiemann

Foto: Heinz-Wolfgang Malessa

kehrer, von der Gründung 1732 durch König Friedrich Wilhelm I. bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945...

heim gebildet. Zum Ende des Zweiten Weltkrieges gab es etwa 25.000 Trakehner Pferde in ganz Ostpreußen...

Auftrag“ die Entwicklung ab 1945 dar. Der Neubeginn gestaltete sich schwierig, da nicht viele Trakehner Pferde dem Zweiten Weltkrieg überlebt hatten...

Pferd“ auch der Trakehner Förderverein e.V. und die Trakehner-Turniersport-Gemeinschaft e.V. gegründet, um die Züchter finanziell zu unterstützen...

Trakehnen sowie die Sicherung von Kulturgütern und Kunstwerken. So konnten unlängst historische Gemälde von prägenden Trakehner Zuchtpferden angekauft werden...

Schiemann dankte allen Helfern für ihren Einsatz und das Engagement und den Teilnehmern für ihr Interesse. Die Gäste konnten sich durch die Vorträge einen guten Überblick über das weite Thema der Trakehner Pferde machen...

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de

Fehlerteufel

Da vergisst man einen Haken, und auf einmal sind alle ein Jahr jünger. So ist es der Mitgliederverwaltung der Kreisgemeinschaft Neidenburg passiert.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with various clues in German, including 'Konstruktionsteil', 'Staat in Mittelamerika', 'in Stücke teilen', etc.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern.

Schüttelrätsel grid with letters like AESTX, ABEH, ABBEK, DLMOU, DEMO, EEGR, ADNR, etc.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Windröschen.

Mittelworträtsel grid with words like LID, GRILL, HOLZ, GOLD, AUTO, EIN, SPORT, SEITE, FILET, BAUER, HAMMER, OEL, MAL, TURNEN.

So ist's richtig:

Small crossword puzzle grid with the text 'So ist's richtig:' and various clues.

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

Magisch grid diagram with numbers 1, 2, 3 indicating starting positions for words.

- 1 getestet, bewährt
2 italienische Stadt in Umbrien
3 Schnaps aus Früchten

Heimatkreisgemeinschaften

zu jung benannt worden. Ich kann Sie nur um Entschuldigung bitten. Ihre Gisela Merchel“.



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Mitgliederversammlung

Lüneburg – Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 3080: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit mit folgender Tagesordnung:

TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter, TOP 2: Wahl des Protokollführers, TOP 3: Totenehrung, TOP 4: Wahl des Versammlungsleiters, TOP 5: Vorstellung der Tagesordnung durch den Versammlungsleiter, TOP 6: Bericht des Kreisvertreters, TOP 7: Bericht des Schatzmeisters, TOP 8: Bericht des Dateiverwalters, TOP 9: Bericht des Geschäftsführers und Verantwortlichen für die Internetseite, TOP 10: Abstimmung über drei Satzungsänderun-

gen: 1. Paragraph 9,9 (alt): „Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn mindestens 13 Mitglieder anwesend sind.“ (neu): „Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.“ 2. Paragraph 9,13 Spiegelstrich (alt): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Kreis Ausschusses.“ (neu): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Vorstands.“ 3. Paragraph 10,8 (alt): „Der Kreis Ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Kirchspielvertreter kommissarisch einzusetzen.“ (neu): „Der Kreis Ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Vereinsmitgliedern kommissarisch mit Ämtern zu betrauen.“, TOP 11: Vorstellung des Wahlablaufs durch den Versammlungsleiter, TOP 12: Wahl des neuen Kreistages für die Wahlperiode 2023 bis 2027, TOP 13: Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Der Kreistag besteht aus 21 Mitgliedern, aus den Kirchspielvertretern und den sogenannten weiteren Vertretern. Zur Wahl stehen Vertreter für die meisten der folgenden Kirchspiele: Altenkirch, Argenbrück, Breitenstein, Groß Lenkenau, Hohensalzburg, Königskirch, Rautenberg, Sandkirchen, Schillen, Trappen, Ragnit-Land/Tilsit-Land, Neuhof-Ragnit/ Stadt Ragnit.

Als sogenannte weitere Vertreter sollen gewählt werden: der

Kreisvertreter, der Geschäftsführer, der Schatzmeister, der Protokollführer, der Beauftragte für die Chronik und das Archiv, der Dateiverwalter, zwei Revisoren, ein stellvertretender Revisor, der Beauftragte für Sonderaufgaben, der Betreuer der Heimatstube, der Zuständige für Rückläufer von Heimatbriefen, der Beauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit. Kreistagsmitglieder können mehrere Ämter innehaben.

Wahlvorschläge einreichen

Wahlvorschläge zum neuen Kreistag sind bis zum 15. März dem Kreisvertreter einzureichen. Dem Wahlvorschlag muss eine vom vorgeschlagenen Kandidaten unterschriebene Einwilligungserklärung beiliegen.

Der Wahl schließt sich die konstituierende Sitzung des neu gewählten Kreistags an. Nach dem gemeinsamen Abendessen ist ein gemütliches Beisammensein geplant.

Es empfiehlt sich sehr, die folgende Nacht in Lüneburg zu verbringen, um am Nachbarschaftstreffen teilnehmen zu können, das am 20. Mai ebenfalls in Lüneburg, in unmittelbarer Nähe zu unserem Tagungshotel, stattfindet.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligen-

geiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen.

Das letzte Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit fand 2018 in Eitorf statt. Corona verhinderte die Durchführung zwei Jahre später. Die Elchniederung als Organisatorin verspricht für die Veranstaltung im Mai ein interessantes Programm, wie den Besuch des neu gestalteten Ostpreußischen Landesmuseums oder alternativ eine Brauereiführung. Falls Sie sich nicht mehr zutrauen, eine Reise nach Lüneburg selbst durchzuführen, bitten Sie doch Ihre Kinder oder Enkel, Sie zu fahren – die Veranstaltung gefällt möglicherweise auch denen.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter

Manfred Okunek wird 80

Im März 1943 wurde Manfred Okunek in Ragnit geboren. Seine Eltern lernte der Junge nie kennen, denn schon im April desselben Jahres kam seine Mutter bei einem Bombenangriff in Tilsit ums Leben, und im August fiel sein Vater in Russland. Die Großeltern väterlicherseits nahmen sich seiner und seiner Schwester an; bei ihnen wuchsen die beiden Kinder auf.

Die gemeinsame Flucht verschlug sie 1945 nach Wentorf bei Hamburg, und im Jahre 1951 zog man nach Preetz. Dort erlebte Manfred eine schöne Kindheit und Jugend. Nach dem Schulabschluss

Königsberger: Wer kann helfen?

Wilhelm Matull „Liebes altes Königsberg“ hat Heinz Ney sehr gefallen, bis auf die Tatsache, dass diesem Werk ein Personenregister fehlt. Dieses Register hat Ney in großer Sorgfalt erstellt und möchte es gerne teilen. Allerdings weist es noch einige Lücken aus. Und hierbei erhofft sich der PAZ-Abonnent

Unterstützung von Königsbergkennern. Wer Heinz Ney helfen mag oder Interesse an dem Personenregister hat, wendet sich bitte direkt an ihn:

Heinz Ney, Zum Kahleberg 85, 14478 Potsdam, Telefon (0151) 65197934 oder (049331) 873666.

absolvierte er eine Ausbildung zum Schiffbauer. Mit 21 Jahren trat er eine Stelle beim Kieler Marinearsenal an, wo er über 40 Jahre, bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2015, beschäftigt war. In Preetz engagierte er sich aktiv im örtlichen Fußballverein. Privat fand er sein Glück in seiner Doris, mit der er eine Familie gründete, aus der eine Tochter hervorging, die ihnen inzwischen ein Enkelkind beschert hat.

Vor gut 16 Jahren, im März 2007, wurde Manfred in Lüneburg zum Kirchspielvertreter von Ragnit gewählt, nachdem er Eva Lüders kennengelernt hatte, die ihn von der Mitarbeit im Kreistag überzeugen konnte. Die Aufgabe als Kirchspielvertreter versieht er seitdem mit großem Engagement und zur Zufriedenheit der von ihm Betreuten. Sein Aufgabenbereich hat sich zwischenzeitlich nicht un-

erheblich erweitert: Er kümmert sich auch um die Kirchspiele Neuhof Ragnit sowie Ragnit-Land und Tilsit-Land. Darüber hinaus unterstützt er tatkräftig Eva Lüders in der Betreuung der Heimatstube und Karlheiner Hamel beim Ordnen des Archivs. Heimatbriefe, die aus verschiedenen Gründen nicht zugestellt werden können, bringt die Post in sein Haus auf dem Truberg in Preetz.

Aus der langen Liste seiner Tätigkeiten mag man entnehmen, wie kooperativ und stets hilfsbereit, wie im Grunde unverzichtbar Manfred für die Kreisgemeinschaft ist. Dafür sei ihm herzlich gedankt. Am 8. März wird Manfred Okunek 80 Jahre. Der Kreistag gratuliert von Herzen und wünscht ihm und seiner lieben Doris, dass sie noch viele Male auf ihre geliebte Ferieninsel Sylt reisen können.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter

Der BdV fordert mehr Solidarität für Kriegssopfer

Deutsche Minderheiten in der Ukraine und in Russland sollen stärker miteinbezogen werden.

Zum Jahrestag des Angriffs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar erklärt der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius:

„Heute vor einem Jahr wurde die Ukraine von Russland, ihrem Nachbarland, überfallen. Damit begann etwas, das sich kurz zuvor nur die Wenigsten überhaupt vorstellen konnten.

Fast acht Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen furchtbaren Verbrechen gibt es seitdem wieder einen Krieg in Europa. Die Welle mitmenschlicher und staatlicher Solidarität mit der Ukraine und ihren Bewohnern war und ist beeindruckend, und es ist wichtig, dass sie anhält, solange Hilfe benötigt wird.

Deutsche Minderheiten nicht vergessen

An diesem Jahrestag gilt es, auch diejenigen Opfer dieses Krieges in den Blick zu nehmen, die nicht immer im Lichte der Öffentlichkeit stehen.

Die deutsche Minderheit in der Ukraine hat bereits frühzeitig ihre Heimatverbundenheit bewiesen und gemeinsam mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und den Selbstor-



Bernd Fabritius, BdV-Präsident

ganisationen der Deutschen in den Nachbarstaaten des Kriegsgeschehens – etwa Polen, Rumänien, der Slowakei oder Ungarn – Hilfen für ihre Mitbürger organisiert. Grenzüberschreitende Kontakte und Sprachkenntnisse wurden genutzt, um auch mit deutscher Unterstützung humanitäre Brücken zu errichten.

Korrektur der Aufnahmepolitik

Der BdV fordert erneut eine Korrektur der übermäßig restriktiven Aufnahmepolitik für Spätaussiedler dieser Bundesregierung

Alleingelassen vom deutschen Staat fühlen sich jedoch viele aus den Reihen der Deutschen in der Ukraine, die sich in Deutschland oder anderen Ländern vor dem Krieg in Sicherheit bringen wollen oder müssen. Sie befürchten, dass der längere kriegsbedingte Aufenthalt außerhalb ihres Hei-

matlandes dazu führt, dass sie gesetzlich vorgesehene Aufnahmemöglichkeiten, als Spätaussiedler in die Heimat ihrer Vorfahren – nach Deutschland – kommen zu können, für immer verlieren.

Andere wiederum, die gerade jetzt als Spätaussiedler nach Deutschland kommen wollen, werden abgelehnt, weil deutsche Behörden ihnen heute in schmerzhafter Geschichtsvergessenheit zur Last legen, dass sie sich zu Zeiten des kommunistischen Unrechts nicht ausreichend gegen die repressive Minderheitenpolitik der Sowjets gewehrt und sich nicht als Deutsche bekannt hätten.

Dies betrifft im Übrigen auch die deutschen Minderheiten in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Dabei bedürfen gerade die Deutschen in der Russischen Föderation besonderer Aufmerksamkeit, weil sie dort, in ihrer Heimat, vermehrt als „Nationalsozialisten“ oder „Spione“ diffamiert werden und deswegen mehr Unterstützung benötigen.

Auch die deutschen Minderheiten zählen zu den Kriegssopfern und brauchen in dieser Zeit mehr staatliche Solidarität und unbürokratische Lösungen aus Deutschland für ihre Anliegen. Es ist gut, dass die Bundesregierung hier jetzt offenbar Handlungsbedarf erkannt hat.“

BdV – Bund der Vertriebenen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Nehnung, Nidden und Bischoff

Nidden mit seinem wundervollen Licht liegt auf der Hafseite der Kurischen Nehnung und bot Heimat für viele Fischer, die Künstlerkolonie machte den Ort berühmt. Die Landsmannschaft Ostpreußen hat bereits 1977 zu diesem Thema ein Arbeitsheft erstellt mit dem Titel „Nidden und seine Maler“. Leider ist es nur in schwarz-weiß gedruckt, ein vierfarbiger Nachdruck wäre angesichts der leuchtenden Originale sehr wünschenswert.

Wer etwas dieser Nidden-Leuchtkraft im Original erleben möchte, kann dies noch bis zum 12. März in Soest. Diese Stadt in NRW hat seit 1962 dem Maler Eduard Bischoff nach seiner Flucht ein Zuhause geboten. Das Museum Wilhelm Morgner, Thomästraße 1, 59494 Soest zeigt derzeit die Ausstellung „Hermann Kätelhön – Otto Modersson – Eduard Bischoff. Soester Künstler in Künstlerkolonien – Willingshausen – Worswede – Nidden“, dienstags, mittwochs und freitags von 13 bis 17 Uhr, Donnerstags von 13 bis 19 Uhr, sonnabends und sonntags von 11 bis 17 Uhr.

Bischoff hat versucht, die Ergebnisse der Nennungsbewohner in das aufgegebene Schicksal im Bilde festzuhalten: „Da ist einer von der Familie ‚auf Haff geblieben‘; Vater und Brüder sind dem nach. - Und ich mag nicht leugnen, daß uns dieses tief angelegte Frommsein der Fischer sehr beeindruckte. Ja, mir schien das

eine besondere Gnade für diese Menschen zusein. Wie sonst hätten sie es durch Generationen ertragen können, der Mühsal und dem Armsein so ausgeliefert zu sein. Als die große Welt mehr und mehr in ihre Region einbrach, als die Jugend die Trachten ablegte und sich mit bunter Großstadtkonfektion kleidete, als die Volkslieder verstummen wollten und die blöden Schlager in diese Stille eindringen wollten, erlebten wir, wie doch immer noch am Sonnabend die Mädchen in ihren Trachten in Achterreihen vor den Burschen singend durch die breite Dorfstraße zogen und am Sonntag Männer und Frauen in der Sonntagstracht zur Kirche hinaufgingen. In der Kirche ein einmaliges Bild: Unten in den Bänken die seidenen, gewebten oder weißen Kopftücher, oben an den Emporenwänden auf Nägel gehängt die Fischermützen der Männer; ja,



In Nidden: Maler Eduard Bischoff
Foto: mef.ellingen

Frauen unten, Männer oben! So war es verordnet. – Und singen taten sie wie ein Sturmgesang! – Wenn wir abends von unserem täglichen Gang auf den Anjukaln [Schlangenberg] ins Dorf zurückkamen, brannte in vielen Häusern am Fenster eine Kerze; ein greises Männerhaupt oder eine junge Frau neigte sich über das Gesangbuch und sang in leisem Ton ein Lied nach dem anderen. Die da sangen, wußten Söhne und Väter draußen beim Fischfang, ausgeliefert der Gnade und Gunst des Schicksals. Uns schien dann diese Welt wie verzaubert in ein nicht zugreifendes Land der Gottesnähe, – ein Paradies sonder Art. – Wenn wir am Abend auf der mit Zwergkiefern bewachsenen Düne standen, dem Anjukaln, auf seiner Ostseite das dunkle Haff mit den fernen Leuchtfeuern des Festlands; westwärts die weite See im nachglühenden Schimmer des vergangenen Tages und uns gegenüber, etwa zwei Kilometer ab, der Leuchtturm, der liebe Wächter über dieses Land, wie er seine Strahlenbündel langsam, stetig, zuverlässig – streichen läßt über See, Land, Haff, dann die Hohe Düne anleuchtend – dann waren unsere Seelen erfüllt von Ahnungen einer höheren, entirdischen Welt, der wir zugehören mußten. Ja, dieses Land war groß! Die Maler, die hier herzogen, ahnten es. Sie malten sich mit Auge und Seele in das Geheimnis dieser herrlichen Schöpfung.“ Nachzulesen in „Nidden und seine Maler“ in der Mediathek der LO, www.ostpreussen.de. CRS

SALZBURGER EXULANTEN

Gelungene Integration in Ostpreußen

Protestanten wurden 1731 aus dem katholischen Salzburg vertrieben – Friedrich Wilhelm I. gab ihnen eine neue Heimat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Viele als typisch ostpreußisch geltende Familiennamen wie Brandstädter, Degner, Forstreuter, Haasler, Pfundtner, Schlegelberger oder Turner haben ihren Ursprung eigentlich im Raum Salzburg. Das ist eine Folge der Vertreibung der evangelischen Christen aus dem Machtbereich des Fürsterzbischofs Leopold Anton Reichsfreiherr von Firmian. Dieser hatte sich zum Ziel gesetzt, die „alte Macht und Herrlichkeit“ der katholischen Kirche im Erzstift Salzburg wiederherzustellen.

Deswegen erließ er am 31. Oktober 1731 auf Anraten seines Hofkanzlers Hieronymus Cristani von Rall ein sogenanntes Emigrationspatent, dessen Umsetzung von Rall mit größter Eindringlichkeit anmahnte: Die Befehle des Erzbischofs zur Ausweisung aller Protestanten „müssen vollzogen werden, es gehe, wie es wolle. Leide daran, wer leiden kann, keine Gnade, kein Mittel, ein anderes ist nicht zu hoffen, es koste Leben, Blut, Geld, und was es immer seyn wolle; und wird man alsobald mit den Ungehorsamen andern zum Abscheu ein Exempel machen, und auch wider die Widerspenstigen Gewalt brauchen.“

Insgesamt wurden damals mehr als 20.000 Menschen aus Salzburg vertrieben und zuvor in aller Regel auch noch enteignet. Viele mussten innerhalb nur weniger Tage den Marsch ins Ungewisse antreten und unter Androhung hoher Strafen bei Zuwiderhandlung ihre Kinder unter 14 Jahren zurücklassen.

Fast ein Viertel der Vertriebenen starb an den Strapazen auf dem Weg ins Exil. Dies lag für einige in den Niederlanden oder Amerika. Die allermeisten gelangten jedoch nach Preußen. Dessen König Friedrich Wilhelm I. hatte am 2. Februar 1732 ein Einladungspatent für

die Salzburger Exulanten erlassen und verkündet, dass er diese „Glaubensgenossen in seine Staaten aufnehmen“ wolle. Damit verband er das Ziel, jene Regionen in Ostpreußen zu „re-peuplieren“, welche während der Großen Pest von 1708 bis 1714 entvölkert worden waren. Der Soldatenkönig ließ es sich nicht nehmen, die ersten Salzburger, die im April 1732 in Berlin eintrafen, höchstpersönlich mit den Worten zu begrüßen: „Bei mir sollt ihr es gut haben, Kinder.“

Zwischen Mai 1732 und Juli 1733 segelten 33 Schiffe mit rund 10.600 der Exulanten von Stettin nach Königsberg. Weitere 5200 Vertriebene aus Salzburg erreichten Ostpreußen im Zeitraum von August 1732 bis November 1733 auf dem



FOTO: GEMÄLDE ANTOINE PESNE

„Bei mir sollt ihr es gut haben, Kinder“

Friedrich Wilhelm I.
König in Preußen

Landweg. In Königsberg selbst blieben nur 377 der Ankömmlinge, welche ein Handwerk ausübten, wohingegen die Mehrzahl der neuen Untertanen von Friedrich Wilhelm I. – nämlich etwa 12.000 Personen – in den Kreis Gumbinnen geschickt wurde, wo noch etliche Bauernhöfe leer standen.



Erinnert an die Exulanten in Gumbinnen: Die Salzburger Kirche

Foto: MRK

In der Zeit danach tat der Soldatenkönig einiges, um den „aus christ-königlichem Erbarmen und herzlichem Mitleid“ aufgenommenen Salzburger Exulanten den Neustart zu erleichtern. So gewährte er eine dreijährige Steuerbefreiung. Außerdem erreichte Friedrich Wilhelm I. 1740, dass die überlebenden

Vertriebenen aus Salzburg von dem Erzstift zumindest teilweise für den Verlust ihres Eigentums entschädigt wurden.

Die Integration der Zuwanderer, welche keine eigenen Ortschaften gründen, sondern sich in schon bestehende Dorfgemeinschaften eingliedern sollten, verlief weitgehend problemlos, wie aus den

jährlichen Berichten über „Betragen und Gebahren der Salzburger“ hervorgeht. Und es dauerte auch lediglich zwei Generationen, bis die typische Mundart der Neuankömmlinge verschwand und die Nachkommen der Exulanten ein lupenreines Ostpreußisch sprachen.

Dabei avancierten nicht wenige von diesen später zu bekannten Persönlichkeiten. Das gilt unter anderen für Agnes Miegel, die populärste ostpreußische Heimatdichterin, deren Vorfahren mütterlicherseits am Fuße des Dachsteins stammten. Des Weiteren zu erwähnen wären die Sprachwissenschaftler Franz Brandstädter und Carl Capeller, die Juristen und Politiker Wilhelm Brindlinger, Horst Haasler, George Turner und Hartwig Schlegelberger sowie die Pädagogen Adalbert und Hans Forstreuter. Dazu kommen prominente Mediziner wie der Chirurg Friedrich Haasler und der Generaloberarzt Franz Sinnhuber sowie Künstler wie der Maler und Bildhauer Arthur Degner. Ebenfalls familiäre Wurzeln im Salzburger Land hatten der General der Artillerie Johann Sinnhuber, der Jagdflieger und Generaloberst der Luftwaffe Bruno Loerzer sowie der Bundeswehr-Generalmajor Ruprecht Haasler. Dann sind da auch noch der Historiker Kurt Forstreuter, der Sozialphilosoph Günter Rohrmoser und der langjährige Vorstandsvorsitzende des Gerling-Konzerns, Walter Forstreuter.

Während Preußen also lange Zeit vom Zuzug der Salzburger Exulanten profitierte, erlitt das katholische Erzstift Salzburg einen empfindlichen Aderlass an talentierten und fleißigen Menschen. Möglicherweise verlor es sogar ein Fünftel seiner Bevölkerung. Dennoch dauerte es bis zum Jahre 1966, ehe der Erzbischof von Salzburg, Andreas Rohrachner, zugestand, dass die Vertreibung der evangelischen Christen sowohl eine Sünde als auch ein Fehler gewesen sei.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wache-Kruzifix verbindet Deutsche und Polen

In Pfarrer Franz Scholz' Heimatgemeinde schlägt ein Kreuz eine historische Verbindung

Ein etwa 50 Zentimeter großes Holzkreuz steht seit Sonntag, dem 26. Februar, vor dem linken Seitenaltar der katholischen Sankt-Bonifatius-Kirche im zur Republik Polen gehörenden Teil der Neißestadt Görlitz [Zgorzelec]. Daneben informiert eine Tafel über den Erschaffer des Werkes, Oskar Wache. „Möge dieses Kreuz ein Zeichen der Verbundenheit zwischen den Menschen in der Europastadt Görlitz [Zgorzelec] sein und bleiben“, ist darauf in polnischer und deutscher Sprache zu lesen. Das Kruzifix des Bildhauers Oskar Wache (1892–1980) steht zu dem Gotteshaus in einer besonderen Verbindung. Wache hatte 1934/35 für die St.-Bonifatius-Kirche die beiden Seitenaltäre geschnitten, die heute ohne deutsche Beschriftung im Eingang der Kirche stehen.

Einsatz für die Völkerverständigung

Waches Großneffe, Christian Kuberski, übergab das Holzkreuz während eines Gottesdienstes in die Hände des Pfarrers Maciej Wesolowski. Auf diese Idee der Schenkung kam der in Erfurt lebende und aus Görlitz stammende Kuberski bereits 2017, als er auf Heimatbesuch war. Er wohnte damals der deutsch-polnischen Brückpreisverleihung bei. Mit diesem Preis werden alljährlich Persönlichkeiten

ausgezeichnet, die sich für die Völkerverständigung stark machen. 2017 wurde der Opperener Erzbischof Emeritus Alfons Nossol ausgezeichnet. „Professor Nossol hatte im Görlitzer Gerhart-Hauptmann-Theater seine Ansprache gehalten und dabei kam mir der Gedanke: ‚Mensch, du hast doch ein Kreuz – dieses versuchst du als Zeichen der Verbundenheit unserer Völker zu stiften.‘ Ich kenne Erzbischof

Nossol gar nicht persönlich, es war jedoch der Anlass, der mich auf die Idee brachte“, erinnert sich Kuberski.

Vertrieben aus der Heimat Bad Warmbrunn

Der Bildhauer Oskar Wache lebte und arbeitete im Niederschlesischen Bad Warmbrunn [Cieplice Śląskie-Zdrój], von wo er nach dem Krieg nach Bayern vertrieben

wurde. Dort musste er anfangs als Möbelbauer sein Brot verdienen. „Er hinterließ Wegweiser, Gebrauchsgegenstände, aber auch sakrale Kunst“, so der Großneffe. Kuberskis Mutter hatte die familiäre Verbindung von Schlesien nach Bayern aufrechterhalten. Das Kruzifix habe sie von ihrem Vater, dem Bruder des Künstlers, geschenkt bekommen, sagt Kuberski. „Als ich den Haushalt meiner Mutter auflöste, fand ich dieses Kreuz. Ich wollte wissen, ob es in Bayern noch Verwandte gibt, die mir mehr darüber berichten konnten“, sagt er. Er fand eine Cousine seiner Mutter, der er nach 60 Jahren wiederbegegnete. Sie ist Mitte 80 und hat die lange Reise aus Bayern nach Niederschlesien nicht antreten können, aber „sie ist heute im Gebet mit uns verbunden“, sagt er.

Das Kreuz erhält einen angemessenen Platz in der Kirche

Dekan Wesolowski versprach, dem Wache-Kreuz einen angemessenen Platz in seiner Kirche zu schenken. Den Gottesdienst hielt er mit dem Görlitzer Dompropst Alfred Hoffmann, der für das deutsche Bistum Görlitz anwesend war. Dompropst Hoffmann ist Mitglied des Stiftskapitels der Wallfahrtskirche in Grüssau

[Krzeszów] – dem katholischen Wallfahrtsort im Bistum Liegnitz [Legnica]. Er hatte die Rede des Kreuzstifters Kuberski ins Polnische übersetzt. Mit Dekan Wesolowski verbindet Dompropst Hoffmann eine freundschaftliche Beziehung. Beide waren neben dem Görlitzer Bischof Wolfgang Ipolt, Ehrenomkapitular des Bistums Liegnitz und Prälat Peter C. Birkenner Initiatoren einer Gedenktafel für den Geistlichen Franz Scholtz.

Dieser war an der Sankt-Bonifatius-Kirche in der heutigen ulica Emilii Plater als Pfarrer tätig und hinterließ der Nachwelt sein bekanntes Görlitzer Tagebuch 1945/46 über die Vertreibung – die wohl bekannteste Verarbeitung des Exodus aus dieser Zeit. Scholtz hatte im Krieg auch die Kriegsgefangenenfürsorge für das Stammlager VIII A am östlichen Stadtrand von Görlitz inne. In dem Lager der deutschen Wehrmacht waren Kriegsgefangene vieler Nationen im Zweiten Weltkrieg untergebracht. Etwa 10.000 von ihnen starben infolge von Krankheiten, Hunger und Erschöpfung. Pfarrer Scholtz zelebrierte im Lager Gottesdienste und nahm die Beichte ab. 2018 wurde am Haus, in dem Scholtz in Ostgörlitz gewohnt hatte, eine Gedenktafel eingeweiht. *Chris W. Wagner*



Wache-Kreuz für die Sankt-Bonifatius-Kirche in Ostgörlitz: Dekan Maciej Wesolowski, Spender Christian Kuberski und Dompropst Alfred Hoffmann (v.r.). Foto: Wagner

PROTEST

„Kein LNG-Terminal vor Rügen!“

Rüganer proben den Aufstand, die Wellen schlagen hoch – Demokratie nicht nur predigen

VON TORSTEN SEEGERT

Am 26. Februar brachte der Norddeutsche Rundfunk die Fakten zu einem wirtschaftlichen Großprojekt vor der Insel Rügen: „Über vier Regasifizierungsschiffe sollen bis zu 38 Milliarden Kubikmeter Gas fließen.“

Die Einspeisung durch das größte europäische LNG-Terminal soll laut den Unterlagen, die seit Dienstag letzter Woche in den Gemeinden der Insel und in der Hansestadt Stralsund ausliegen, 4 Kilometer vor dem Ostseebad Sellin und damit vor den wichtigsten Seebädern der Insel Rügen, die etwa 75 Prozent der Gäste beherbergen, sowie geschützten Naturräumen, wie dem Biosphärenreservat Südost-Rügen und dem Nationalpark Jasmond mit dem UNESCO Welterbe Buchenwälder, erfolgen. Seit dies über einen Artikel der lokalen „Ostsee-Zeitung“ bekannt wurde, schlagen die Wellen auf der Insel hoch.

Die Insel Rügen, die eine eigene Kreisverwaltung mit der 2011 durchgeführten Kreisgebietsreform zugunsten des Landkreises Vorpommern-Rügen aufgeben musste, zeigt sich selbst für Kenner der Kommunalpolitik seit dem Bekanntwerden der staatlichen Pläne zur Umsetzung eines LNG-Terminals vor der Halbinsel Mönchgut in ihrer Haltung gegen die Terminals ungewohnt geschlossen.

Die 34 Bürgermeister der Insel Rügen haben einen gemeinsamen Aufruf verfasst, der es an deutlichen Worten nicht fehlen lässt: „Die Bundesregierung wird mit dem Bau und jahrzehntelangen Betrieb des größten LNG-Terminal-Projekts Europas direkt vor Rügen das Ökosystem der Insel irreparabel zerstören. Das Vorhaben ist im höchsten Maße umwelt- bzw. klimaschädigend.“



Die Pläne waren erst wenige Tage zuvor bekannt geworden und riefen bereits jetzt zahlreiche besorgte Bürger auf den Plan: In Baabe kamen am 26. Februar zirka 2500 Menschen zusammen, die das sensible Ökosystem vor Rügen schützen wollen Foto: Seeger

Mit dem Aufruf haben die kommunalpolitischen Vertreter der Inselbewohner zudem eine Petition gestartet, die dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig übergeben werden soll. Sie wurde seit dem 23. Februar von über 13.000 Bürgern (Stand vom 26. Februar) unterzeichnet.

Pläne erst seit Kurzem bekannt

Auch in dieser Positionierung finden die Bürgervertreter klare Worte: „Die Bundesregierung schreitet mit großen Schritten voran, um dieses fragwürdige Projekt durchzusetzen. Genehmigungsverfahren und -fristen wurden stark verkürzt, Gesetze sollen im Eiltempo verändert werden. Wir, die Bürgermeister und Gemeindevertreter, stellen uns dem entgegen! Im Auftrag unserer Bürger und aller Freunde der Insel Rügen in ganz Deutschland, die uns unterstützen.“

Am vergangenen Wochenende wurde auch bereits zu Demonstrationen aufge-

rufen. Kamen am 25. Februar in Sellin bereits geschätzte 400 Bürger zusammen, um ihren Unmut gegen die Pläne der Bundesregierung auszudrücken, so waren es am darauffolgenden Sonntag nach Angaben der Polizei, die die Veranstaltung absicherte, etwa 2500 Bürger. Zu der im Ostseebad Baabe auf der Halbinsel Mönchgut stattgefundenen Demonstration hatten verschiedenste Gruppen aufgerufen, die zuvor noch nie zusammengearbeitet hatten.

Und so füllte sich der Kurplatz der Gemeinde Baabe bereits weit eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung, die für 13 Uhr angesetzt war. Die Redebeiträge wurden durch den Pastor Olav Metz von der Kirchgemeinde Mönchgut Sellin eröffnet. Metz, der sich bereits in der Vergangenheit gegen ein auf dem pommerischen Festland geplantes Kohlekraftwerk eingesetzt hatte, machte darauf aufmerksam, dass es gute Gründe gegen das LNG-Terminal vor der Insel Rügen gäbe. Allerdings müsse man sich auch klar machen, wofür man sei. Aus der Vergangenheit kann man zudem die Lehre mitnehmen,

das die Fehler, die man heute mache, später „durch die Kinder ausgebadet“ werden müssten. Er warb auch um die Achtung voreinander und Besonnenheit, um gute Wege zu suchen. Dazu gehöre aber auch, Vorurteile abzubauen und Pauschalisierungen zu vermeiden. Stattdessen gelte es aufeinander zuzugehen.

Diese Worte fanden auch von Stefanie Dobelstein von der Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ Aufnahme. Sie forderte mehr Dialog, mehr Transparenz und sachlichen Austausch ein. Auch sie machte deutlich, dass man die Folgen für die nachfolgenden Generationen bedenken müsse. Darum setze sich die Initiative für den Schutz der Natur, die Erstellung eines Lebensraumkonzeptes für die Insel und gegen Großprojekte des Tourismus ein. Sowohl das Terminal vor Lubmin als auch die Pläne vor der Insel Rügen seien eine Katastrophe für die Region Vorpommern.

Norbert Dahms von der Gruppe „Wir für Rügen“ erinnerte an die bisherigen massiven staatlichen Eingriffe, die bis heute schwere Hypotheken für die Insel

seien und zählte den Bug (1916), Prora (1936) und Mukran (1986) auf. Das müsse mit bedacht werden, wenn man die Zukunft gestalten wolle.

Nadine Förster von der Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ wandte sich gegen einen weiteren Ausverkauf der Insel. Nach den Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre setzte das geplante LNG-Terminal dem Ganzen „nur die Krone auf“. Entgegen den Bekundungen, die man tagtäglich höre, wird immer wieder „über die Köpfe der Menschen“ hinweg entschieden. Man müsse der Landes- oder Bundespolitik mal sagen, dass Demokratie nicht nur gepredigt, sondern auch gelebt werden muss. Die Rüganer wollten den „nachgewiesenen Irrsinn vor der Küste“ nicht und man habe auch ein Recht darauf, dass das auch akzeptiert würde.

Kinderstube der Heringe gefährdet

Nach einer musikalischen Einlage von einem Stralsunder ging es mit Redebeiträgen von Wolfgang Kannegießer von dem DEHOGA-Regionalverband Rügen e. V., Malte Paschirbe von „Fridays for Future“ sowie den Bürgermeistern Karsten Schneider vom Ostseebad Binz und Alexander Badrow von der Hansestadt Stralsund weiter.

Marlies Preller vom NABU Rügen machte auch noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt aufmerksam: Die Ostsee sei ein sehr sensibles Meer, der Greifswalder Bodden gelte dabei als die Kinderstube der Heringe und dies sei die Lebensgrundlage der meisten Heringe dieses Binnenmeeres – auch sie sei durch die weitere Erwärmung des Wassers im Zuge eines LNG-Terminals vor Rügen gefährdet. Abzuwarten sind die Reaktionen aus der Landes- und Bundespolitik auf die Positionierung der Rüganer.

KUNST

Caspar David Friedrich auf Reisen

Ein „Botschafter“ aus dem Pommerischen Landesmuseum Greifswald

Im nächsten Jahr feiert die Kunstwelt den 250. Jahrestag der Geburt eines des weltweit bekanntesten Malers des 19. Jahrhunderts: Caspar David Friedrich. Das Ereignis wirft seine Schatten schon voraus: Im März reisen die beiden Friedrich-Bilder „Ruine Eldena im Riesengebirge“ und „Felsenschlucht im Harz“ aus dem Pommerischen Landesmuseum als erste „Botschafter“ nach Schweinfurt und anschließend weiter in die Schweiz.

Dort werden sie nacheinander in der Ausstellung „Caspar David Friedrich und die Vorboten der Romantik“ zu sehen sein. Im Museum Georg Schäfer in Schweinfurt, das im Jahr 2000 eröffnet wurde und seitdem auch als bauliches Meisterwerk des Architekten Volker Staab internationale Aufmerksamkeit genießt, läuft die Schau vom 2. April bis 2. Juli. Das Haus beherbergt eine einzigartige Sammlung deutscher Malerei und Zeichenkunst

von 1760 bis 1930 und die größte Spitzweg-Sammlung der Welt.

Im Kunst Museum Winterthur in der Schweiz können die Gemälde vom 26. August bis 19. November betrachtet werden. Die Sammlung Kunst Museum Winterthur spannt den Bogen vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Im Laufe der Zeit verbanden sich bedeutende historische Kollektionen unter einem Dach. Dazu gehören die Bestände des 1848 gegründeten Kunstvereins, die Stiftung Oskar Reinhart mit ihrem Schwerpunkt auf der Deutschen Romantik sowie die Spezialsammlungen Jakob Briner und Emil S. Kern, die nebst Werken des Goldenen Zeitalters der niederländischen Malerei auch eine umfassende Miniaturenkollektion beherbergen.

Damit wird die Kunstgeschichte beinahe lückenlos vom Barock bis in die Gegenwart erlebbar: von Rembrandt bis Caspar David Friedrich, von Albert Anker und Ferdinand Hodler bis zu den Impressionisten und von Pablo Picasso bis zu Gerhard Richter.

Im Jubiläumsjahr 2024 sind die Kunstwerke dann wieder im Pommerischen Landesmuseum zu bewundern.

• www.pommersches-landesmuseum.de, www.museumgeorgschaefer.de, www.kmw.ch



Caspar David Friedrich: „Ruine Eldena im Riesengebirge“, 1834/40

Großes Pommerntreffen in Anklam / Pommern



Sonnabend, 18. März 2023, 10 bis 17 Uhr
Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49
(Stadtzentrum)

Heimatliches Kulturprogramm:

Landespolizei-Orchester Mecklenburg-Vorpommern
Lieder & Tänze vom Pyritzer Weizacker
Generalpostmeister Heinrich v. Stephan aus Stolp
Adolf Pompe aus Stettin, Dichter des Pommerliedes
Volkschor Kemnitz – Heimat- & Frühlingslieder
Deutsche Vereine aus Hinterpommern:
Stettin, Stargard, Köslin, Stolp, Rummelsburg,
Folklore aus Pyritz

Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. Damit sich alle Landsleute leicht finden können, sind die pommerischen Heimatkreise wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Büchertisch, Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze in der Baustraße sind für Sie organisiert.

Allen Pommer und Freunden der Heimat ein herzliches Willkommen in Anklam

Bund der Vertriebenen in Vorpommern e.V.
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam
Tel. 03971-245688
e-Mail: M.F.Schukat@web.de

„Will man uns den Schwarzen Peter zuschieben?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ein guter Artikel“

Claus Pengel, Dallgow-Döberitz
zum Thema: Forscher wollen menschliche Autoren durch Computer ersetzen (Nr. 6)



Ausgabe Nr. 8

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DAS LETZTE HEMD HERGEBEN
ZU: BRÜSSEL ENTPUPPT SICH ERNEUT ALS KORRUPTIONSPARADIES (NR. 7)

Jesus forderte dazu auf, unser letztes Hemd und den Mantel noch dazu herzugeben. Eine grenzenlose Geldgier stellt alle moralischen Werte in den Schatten. Wenn wir also alle gleichzeitig unser letztes Hemd hergeben und den Mantel noch dazu, können wir vielleicht die Abkürzung nehmen.

Die Korruption durchzieht die Geheimdienste, die Politik, die Gerichte und vor allem jetzt die Bereitstellung von Energie. Statt kleiner lokaler Lösungen werden weltweite Lieferverträge geschlossen, und das hat bereits zum Krieg in der Ukraine geführt. Jetzt gibt es Verträge mit Aserbaidschan, aber die Wasserstofflobbyisten wollen auch das ganz große Geld machen und gefährden die Welt mit unterirdischen Wasserstofflagern. Die Geldgier verhindert kleine lokale, umweltschonende und friedliche Lösungen.

Dorit Valentina Selge, Hamburg

DIKTAT DES GELDES
ZU: BRÜSSEL ENTPUPPT SICH ERNEUT ALS KORRUPTIONSPARADIES (NR. 7)

Der Globalismus zeigt immer deutlicher, dass er die Mehrheit der Gesellschaft nicht zur Verbreitung des Wohlstands führt, sondern zu Armut und zum Diktat des Geldes durch ein korruptes Häufchen.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

EINE FÜHRENDE ROLLE?
ZU: DIE TIEFE SEHNSUCHT NACH SOLIDER BÜRGERLICHER POLITIK (NR. 7)

Es macht mich traurig! Ich floh mit meiner Familie 1989 über Tschechien, Ungarn, Österreich nach Schleswig-Holstein, um genau diese „bürgerliche, solide Politik“ zu genießen. CDU und FDP hatten

ihre Kreuze auf dem Wahlzettel sicher. Als die FDP überheblich wurde, ging alles an die CDU. Seit 2015 geht meine Familie nicht mehr wählen. Die solide bürgerliche Politik gab es nicht mehr.

In der DDR hieß es immer: „unter der führenden Rolle der SED“. Aber selbst in der Diktatur des Proletariates waren die Blockparteien zugelassen. Inzwischen habe ich das Gefühl, die Linken bis zur Mitte der CDU könnten stellvertretend die SED darstellen. Die einzige Oppositionspartei wäre die AfD.

Es gibt intelligente Menschen wie Harold James oder Susanne Schröter, es gibt Mahner ohne Ende. Ich verstehe es einfach nicht, wie eine derartige Vergewaltigung Berlins durch Links ablaufen kann. Wenn offensichtliche Unfähigkeit Berlin regiert und nichts dagegen unternommen werden kann, macht es mich traurig.

Zwei Fragen beschäftigen mich: Erstens, hat Deutschland nichts aus dem Niedergang der DDR gelernt? Zweitens, haben wir in Bezug auf Waffenlieferungen und durch Übernahme einer Führungsrolle im Ukrainekrieg den zweiten Weltkrieg vergessen? Warum soll Deutschland mit seiner nicht einsatzfähigen Bundeswehr die Führungsrolle übernehmen und nicht die Franzosen oder Engländer als Atommächte? Will man uns den Schwarzen Peter zuschieben?

Peter Karstens, Eckernförde

DA WAR „DER OFEN AUS“
ZU: POLITISCHE BILDUNG AUF ABWEGEN (NR. 7)

Mein Erlebnis mit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB): Ich hatte vor über 15 Jahren mein Abonnement des Jugendmagazins „Fluter“ der BpB schlagartig gekündigt. Grund war eine Ausgabe zu dem Thema „Freiheit“. Darin wurde der Revolutionär Che Guevara tatsächlich als „Freiheitsheld“ bezeichnet. Ein Mann also, der zahlreiche Todesurteile angeordnet hatte, bei deren Ausführung (Tod durch Erschießen) er in einigen Fällen persönlich Hand angelegt hatte durch Be-

tätigen des Revolverhahnes. Da war bei mir sozusagen „der Ofen aus“.

Roland Auerbach, Osthofen

EINSEITIGE POLIT-BILDUNG
ZU: POLITISCHE BILDUNG AUF ABWEGEN (NR. 7)

Thomas Krüger, der Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), war 2002 Mitglied der Jury, welche das Internet-Netzwerk „Indymedia“ mit dem Pol-di-Award auszeichnete. Der Preis war auch von der Bundeszentrale für politische Bildung mitinitiiert worden. Mit diesem Leiter ist nichts anderes zu erwarten. Die Mitarbeiter der BpB stehen ihm in nichts nach.

Die BpB ist eine dem Innenministerium nachgeordnete Behörde des Innenministeriums, „also völlig unabhängig“. Mehr muss man nicht wissen, um die Einseitigkeit der gewollten politischen Bildung zu erkennen.

Ulrich Bohl, Berlin

DESOLATE SCHULBILDUNG
ZU: SCHULEN FUNKEN SOS (NR. 6)

Unser gesamtes Bildungssystem funktioniert nicht mehr. Vor lauter Bürokratie haben die Pädagogen immer weniger Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben.

Es muss überprüft werden, ob in diesem Personenkreis alle Beamte sein müssen und andere Arbeitszeitregelungen (dazu gehört auch das Thema Teilzeitarbeit) erforderlich sind. Weiter müssen Lehrinhalte völlig überarbeitet werden. Es kann nicht angehen, dass nach Beendigung der Schule sehr viele Schüler nicht über ausreichende Deutsch- und Mathematikkenntnisse verfügen, aber gleichzeitig strotzen Lehrpläne vor Projektarbeiten. Aber das alles ist nicht neu.

Schon vor den vielen Immigrantinnen- und Flüchtlingswellen und vor Corona war das nicht anders. Dafür sind aber nicht die Schulen und Lehrkräfte verantwortlich, sondern die Politik. Sie hat die Bildung komplett gegen die Wand gefah-

ren. Es ist völlig falsch, diese „Wellen“ als Begründung für den desolaten Zustand des Bildungssystems anzugeben.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

HOFIERTER UKRAINE-PRÄSIDENT
ZU: DIE LAGE DER UKRAINE IST ERNST (NR. 6)

Präsident Selenskyj geht auf Europatournee und bittet und bettelt dabei um noch mehr Waffen. Er will mit Waffen Frieden schaffen. Wie das gehen soll, bleibt mir rätselhaft. Und er wird dort von allen Seiten dermaßen hofiert, dass dieses an Peinlichkeit leider nicht mehr zu überbieten ist.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

LITAUISCHE SCHANDTAT
ZU: LITAUEN FEIERT DAS JAHR DER „VEREINIGUNG“ (NR. 4)

In dem Artikel wird darüber berichtet, dass und wie Litauen die Annexion des Memellandes vor 100 Jahren feiert. In einer Zeit, da alle Welt den Überfall Russlands auf die Ukraine verurteilt, ist es schon bemerkenswert, dass Litauen sich der gleichen Schandtät rühmt. Da das in der PAZ mit keinem Wort beanstandet wird, muss ich das hier nachholen:

Gegenüber dem heutigen Deutschland als Rechtsnachfolger des 1923 geschändeten Deutschen Reiches bedeutet die Haltung Litauens zu seiner Annexion mehr als einen unfreundlichen Akt, zumal es das Memelland 1939 ja wieder zurückgegeben hat. Erst 1945 wurde dieses – von der Sowjetunion, und zwar außerhalb der Abreden von Potsdam – klammheimlich erneut annektiert, sodass Litauen seinen jetzigen Besitz ganz fraglos den Sowjets verdankt.

Dass von einem Protest der Bundesrepublik gegen Litauen nichts zu hören ist, dürfte symptomatisch sein für einen Staat, der nichts auf sich hält und auch den Angriff auf „seine“ Gasleitungen in der Ostsee stillschweigend hinnimmt.

Dr. Uffhausen, Lüneburg

ANZEIGE

»Was auch immer sie heute über ihn sagen, Malone wird als Held in die Geschichte eingehen.« *Tucker Carlson*

Lieferbar ab
2. März 2023
Jetzt vorbestellen!

■ Als Medizinstudent und Doktorand erfindet Robert Malone in den späten 1980er-Jahren als Erster die mRNA-Impfstofftechnologie. Damals konnte er sich nicht ansatzweise vorstellen, dass er einmal eine führende Rolle in einer Bewegung spielen würde, welche die Gefahren von mRNA-Impfstoffen aufdeckt. Milliarden von Menschen wurden sie verabreicht – ohne über die Risiken zu informieren.

Dr. Robert Malone wurde von Big Tech zensiert und von den Medien diffamiert, weil er sich gegen die »Mainstream«-Berichterstattung aussprach. Aber das hält ihn nicht davon ab, weiterhin das Wort zu ergreifen und die Welt auf das Netz der Lügen aufmerksam zu machen, in das wir alle verstrickt sind. Von der Sicherheit und Wirksamkeit von Impfstoffen über Lockdowns bis hin zu Masken und vielem mehr – Dr. Malone ist die maßgebliche Stimme der Andersdenkenden. Er zeigt die dunkle Seite der Coronaagenda, er deckt die Rolle von Mainstream-Medien, Zensur, Propaganda und die schöne neue Welt des Transhumanismus auf, die vom Weltwirtschaftsforum und seinen Gefolgsleuten gefördert wird.

Wie ist es möglich, dass sich die von den Regierungen verbreiteten Lügen hartnäckig halten und unsere Institutionen es versäumen, sie zu korrigieren?

Welche Auswirkungen hatte die Coronapolitik auf Menschenleben, Existenzen und Demokratien?

Dr. Malone geht diesen Fragen auf den Grund und beweist, wie Daten, Nachrichten und Emotionen während der Pandemie bewusst verzerrt und manipuliert worden sind.

Die Regierungen haben die Angst der Menschen absichtlich als Waffe eingesetzt, um deren Verhalten zu steuern.

Die Medien verleumdete jeden, der sich gegen die offizielle Darstellung wehrte und zu Wort meldete.

Dr. Malone untersucht die perversen Verbindungen zwischen Pharmaindustrie, Regierungen und Medien und sagt uns, was wir dagegen tun können.

Er gibt sich nie mit einer einfachen Antwort oder einer simplen Lösung zufrieden, sondern schlägt mehrere Aktionspläne für eine bessere Zukunft vor. So appelliert er an jeden von uns, Lösungen zu finden, eigene Wege zu suchen sowie sich der Kontrolle faschistischer und totalitärer Machthaber zu widersetzen.

Wenn wir aus der Dunkelheit heraustreten wollen – hinein in eine Welt, die die Prinzipien der Verfassung verteidigt, die Menschenrechte achtet und die Meinungsfreiheit ehrt –, müssen wir alle eine Rolle bei diesem Wandel spielen!



Robert W. Malone:
Lügen, die mir meine Regierung erzählte –
und der Weg in eine bessere Zukunft • gebunden
592 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 987 900 • 24,99 €



Robert W. Malone

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

HISTORISCHE REISE

„Die Insel ist deutsch“

Der Ostpreuße Josef Wiener-Braunsberg reiste vorm Ersten Weltkrieg nach Capri – Er traf dort auf eine illustre deutsche Kolonie

VON BETTINA MÜLLER

In den frühen 1910er Jahren reiste der Ostpreuße Josef Wiener-Braunsberg mit seiner Frau Anna zwei Jahre lang durch Europa, finanziert durch das Erbe seines 1904 in Berlin verstorbenen Vaters, dem Sanitätsrat Dr. Wilhelm Wiener. Schon länger haderete er seit der Jahrhundertwende in Berlin lebende Schriftsteller und Redakteur mit seinem Schicksal. Innerhalb weniger Jahre hatte er Vater, Mutter und Schwester auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee begraben müssen, seine Karriere stagnierte, seine Ehe kriselte.

Die Insel Capri wurde für das Ehepaar zum Sehnsuchtsziel, das sie jedoch mit vielen anderen Literaten wie Joseph Conrad, Gerhart Hauptmann, D.H. Lawrence und Rainer Maria Rilke teilen mussten, die alle im Laufe der Jahre dem Charme der Insel erlegen waren.

Der westlich von Neapel gelegene Küstenort Pozzuoli ließ den 1866 als Josef Wiener in Braunsberg geborenen und eher bodenständigen Schriftsteller zum ersten Mal ins Schwärmen geraten: „Paradiesisch schön! In Pozzuoli speist man am besten in dem auf das Meer hinausgebauten Restaurant besonders Fische und Langusten. Der schönste Spaziergang ist gegen Sonnenuntergang auf dem Corso Vittorio Emanuele. Man beachte den Sonnenuntergang und später, bei eintretender Dunkelheit, wie, während man selbst noch im Sonnenlicht wandelt, tief unten in den Menschenwimmelnden Strassen bereits die Gaslaternen brennen.“

Der unveröffentlichte Italien-Reiseplan aus seinem Nachlass, der sich im Besitz der Autorin befindet und den sie vom Sohn des Stiefsohnes des Schriftstellers erhalten hat, war zunehmend mit lyrischen Anwendungen gespickt, je weiter die Reise fortschritt. Doch Obacht, der wohl eher misstrauisch veranlagte, pragmatische Ostpreuße versäumte auch nicht zu warnen: „Man sei in Neapel stets auf der Hut vor falschem Geld und Spitzbuben und sonstigen Gaunern. Wertsachen nicht sichtbar tragen!“

Wiener-Braunsberg war zudem wohl auch ein penibler Zeitgenosse und dabei



Treffpunkt der Deutschen auf der italienischen Urlaubsinsel Capri: Der Gasthof „Zum Kater Hiddigeigei“ Foto: Giorgio Sommer

allzu vorausschauend, um bloß nichts zu verpassen. Und so überfrachtete er den Reiseplan so dermaßen, bis kein Raum mehr für spontane Aktivitäten blieb.

Das Ehepaar war mit einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd, der seit 1889 Neapel mit der Insel verband, nach Capri gereist. Vor allem deutsche Touristen strömten seitdem in Scharen herbei und hinterließen reichhaltige Spuren, bis sogar deutschsprachige Verkehrsschilder zur Normalität wurden. Die einheimische Bevölkerung stellte sich komplett auf die Reisenden ein: Wirte, Kellner, Droschkenkutscher und Verkäufer – sie alle lernten fleißig Deutsch, um den Gästen allen Komfort bieten zu können, und das möglichst ohne jegliche Sprachbarrieren.

Noch im selben Jahr musste der örtliche Bürgermeister Serena konsterniert feststellen, während er doch allzu gerne

den klingelnden Kassen im Hintergrund lauschte: „L'isola è tedesca“ („Die Insel ist deutsch“).

Besonders fürsorglich wurden die Deutschen im „Kater Hiddigeigei“ von dem geschäftstüchtigen Ehepaar Lucia und Giuseppe Morgano umsorgt. Der tierische Name ihres in den 1860er Jahren gegründeten Etablissements, einem Gasthof mit Restaurant, stammte aus dem Versepos „Der Trompeter von Säckingen“ von Joseph Victor von Scheffel, in dem ein Kater mit stets hochmütigem Antlitz seine Weisheiten verkündete: „Und am Tore von Pompeji / Saß der Kater Hiddigeigei. / Knurrend sprach er: ‚Laß die Studien, / Was ist all antiker Plunder, / ... Gegen mich, die selbstbewußte / Epische Charakterkatze?‘“

Für die deutschen kaiserlichen Untertanen wurde die Lokalität durch die Über-

fürsorge ihrer Gastgeber zu einer Art „Traumschiff“ auf trockenem Boden, wo man ihnen vor allem jegliche lästige Organisation abnahm und das Ganze zu einer Vorform des „All-Inclusive-Urlaubs“ mutierte, ob mit Alkoholexzessen oder ohne, ist nicht überliefert.

Zu Gast beim „Alten Fritz“

Wiener-Braunsberg notierte: „Uebrigens ertheilt das Café ‚Zum Kater Hiddigeigei‘ alle gewünschte Auskunft. Die jungen Morganas, die zu grüssen bitte, sprechen vorzüglich deutsch und nehmen sich in liebenswürdigster Weise besonders der Deutschen an. Sie sind jederzeit erbötig, alle möglichen Dienstleistungen unentgeltlich zu übernehmen und im Bedarfsfalle den Dolmetscher zu machen. Sie sind sozusagen die Managers von Capri, wie auch das Prinzip des Warenhauses

von ihnen auf Capri im Kater Hiddigeigei seit Jahren verwirklicht worden ist.“

Der deutsche Lebensstil war somit allgegenwärtig: Deutsches Bier, zünftiges Essen in der Gaststube mit bayerischer Wirtshausatmosphäre, aber auch – recht preußisch – im Restaurant „Zum alten Fritz“. Abenteuerlust suchte man da wohl vergeblich bei den kaiserlichen Untertanen. Und wenn den Deutschen der Sinn nach „Abwechslung“ stand, wechselten sie einfach die Räumlichkeiten und kehrten in das Café „Pilsener Urquell“ oder in die Weinstube „Gaudeamus“ ein.

„Die schöne Insel Capri ist deutsch“, hatte schon der Autor Hanns Heinz Ewers am 12. April 1904 in seinem Artikel „Das Fremdenbuch“ auf Capri im „Berliner Tageblatt“ festgestellt. Der Mann war rabiat. Ein Jahr später biss er einem Pester Architekten nach einer Prügelei im „Bunten Vogel“ einen Teil der Nase ab, woraufhin man ihn zu 13 Monaten und sieben Tagen Gefängnis sowie zu einer Geldstrafe von 1000 Lire verurteilte.

Zufällig wurde auch Wiener-Braunsberg Zeuge dieser Auseinandersetzung, die er umgehend der „Neuen Hamburger Zeitung“ petzte und Ewers später noch in einem anderen Zusammenhang erwähnte: „Zu versäumen keinesfalls außer dem Besuch der ‚blauen Grotte‘ eine Grottenfahrt um die Insel. Die besten Badestellen sind die Bagni di Tiberio und eine Stelle nahe bei der Grotta bianca. Man rudert zu beiden hin. Die Besitzer des Ristorante Tiberio sind mit H.H. Ewers verwandt. Eine ihrer Töchter ist mit dem Bruder der Frau Dr. Ewers, dem Maler Wunderwald verheiratet.“ Ewers sollte später mit den Nationalsozialisten sympathisieren.

Josef Wiener-Braunsbergs Ehe war trotz Capri-Idylle nicht mehr zu retten und wurde 1913 geschieden. Vier Jahre später starb seine Ex-Frau im Alter von nur 44 Jahren an einer Lungenentzündung. 1920 übernahm Wiener-Braunsberg von Kurt Tucholsky die Chefredaktion der Zeitschrift „Ulk“, der satirischen Wochenbeilage des Berliner Tageblatts. Acht Jahre später verstarb er an einem Hirnschlag. Die Glanzzeit des „Kater Hiddigeigei“ ebte kontinuierlich ab, der Kater war aus der Mode geraten.

ERZIEHUNG

Der dauergestresste Nachwuchs

Mehr als nur besorgte Helikopter-Eltern – JIWA-Eltern treiben vor allem in China ihre Kinder zu schulischen Bestleistungen an

In China gibt es einen neuen, besorgniserregenden Trend. Eltern fördern ihren Nachwuchs bis über die Schmerzgrenze hinaus. Das Ziel ist klar definiert und lautet: die Zukunft des einzigen Kindes bestmöglich sichern. Doch bei dieser Entwicklung gibt es kaum Gewinner. Die Kinder werden um ihre Kindheit gebracht, die Eltern um ihr Vermögen.

Die neue Art der Fürsorge für das Kind wird „JIWA-Parenting“ genannt. Benannt nach einer früheren chinesischen Therapieform ist dieser Trend denn auch im Reich der Mitte beheimatet. Lange Zeit hatte die Regierung mit der Ein-Kind-Politik das Bevölkerungswachstum regulieren wollen. Nun steht sie vor einem neuen Problem. Jetzt wünscht die Politik, dass Familien mehr Kinder bekommen.

Doch ein großer Teil von Chinas Eltern gibt aktuell aufgrund ehrgeiziger Ziele 25 bis 50 Prozent des Einkommens für Ausbildung, Förderung und Nachhilfe seines einzigen Kindes aus. Ein zweites Kind

kann sich da niemand leisten. Eine tragische Entwicklung. Die Kinder von JIWA-Eltern lernen von früh bis spät, viele Kinder gehen erst gegen Mitternacht schlafen, weil der Tag mit wichtigen, ernsthaften Terminen angefüllt ist. Das Kind-Sein bleibt auf der Strecke, Spielen und sich verabreden kennen diese Kinder nicht.

Schon im Krabbelalter wird der Nachwuchs mit sinnvollen, ausgewählten Dingen beschäftigt. Die Förderung der Synapsenbildung ist schließlich Grundlage, und der zweibeinige Familien-Schatz wird schon in diesem Alter für Prüfungen des geplanten Studiums angemeldet. Lesen und Schreiben, Kalligraphie oder das Programmieren mit iPads stehen schon im Vorschulalter auf dem Plan.

Das Erlernen von Sportarten und Musikinstrumenten gehört ebenso zur Förderung wie Sprachunterricht. Schon Fünfjährige verbringen ihre Nachmittage mit dem Lösen mathematischer Aufgaben. Bei so viel Frühförderung ist klar, wohin die Reise geht. In der Schule wird darauf abgezielt, dass die Nachwuchshoffnung der Familie Bestnoten nachhause bringt. Nachhilfeunterricht boomt deshalb in China und hat sich zum Milliardengeschäft entwickelt.

Nur wer ausgezeichnete Leistungen in der Schule bringt, hat anschließend die

Möglichkeit, einen der begehrten Plätze auf einer Elite-Universität zu bekommen. Genau darin sehen die JIWA-Eltern die besten Chancen auf ein erfolgreiches und finanziell abgesichertes Leben. Dass den Kindern entscheidende Erfahrungen vorzuenthalten werden, ist ein Preis, den JIWA-Eltern in Kauf nehmen. Schließlich gehen sie selbst über ihre eigenen Grenzen hinaus. Viele Elternpaare verschulden sich für die Ausbildung des Kindes.

Wäre es noch erlaubt, würden einige von ihnen sogar die Anwendung von Hühnerblut in Betracht ziehen. Daher stammt auch der Name „JIWA-Eltern“. In den 1950er Jahren ist es in China vorgekommen, dass Kindern Hühnerblut gespritzt wurde, um sie auf diese Weise zum Lernen anzuregen. Die Maßnahme ist inzwischen längst verboten. Nun ist der Trend der extremen Lernförderung zurück. Und wird wieder JIWA-Parenting genannt. Das alte Ziel zeigt sich in einer modernen Form.



Vom mütterlichen Schatten verfolgt: Falscher Ehrgeiz überträgt sich leicht auf Kinder

Stephanie Sieckmann

● FÜR SIE GELESEN

Webbs
Krimi-Debüt

Die Haushälterin des Herrenhauses Longacres in Wiltshire, Hedy Lambert, sitzt bereits seit 14 Jahren im Gefängnis, ihrer Überzeugung nach unschuldig. Doch die Indizien waren seinerzeit eindeutig, dass sie einen Landstreicher erstochen haben soll. Nun tauchen neue Zeugen auf, und Kommissar Matthew Lockyer, der damals seinen ersten Fall hatte, ist unsicher, ob er die falsche Person verhaftet hat.

Er ist ohnehin zuständig für die ungelösten Fälle. So macht er sich auf die Suche nach neuen Beweisen. Er kann sich nicht erklären, aus welchem Grund Lambert diesen Mann hätte töten sollen, aber die anderen Beteiligten hatten offensichtlich auch keinen Grund gehabt. Um Aufklärung zu erhalten, muss er diesen Fall noch einmal ganz von vorn bearbeiten. Einen Fehler möchte er sich ungern eingestehen, denn einer brennt ihm schon auf der Seele – er hat seinen Bruder im Stich gelassen.

Katherine Webbs Roman „Der Tote von Wiltshire“ ist realistisch, einfühlsam und wortgewandt geschrieben und ist daher sehr unterhaltsam. Bisher schrieb Webb historische Bestseller, dies ist ihr erster Kriminalroman. *Angela Selke*



Katherine Webb: „Der Tote von Wiltshire“, Diana Verlag, München 2022, Taschenbuch, 471 Seiten, 12 Euro

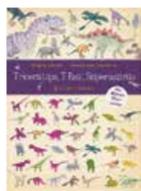
Neues über
Dinosaurier

Über Dinosaurier kann man nie genug wissen. Die Autorin Virginie Aladjidi und die Illustratorin Emmanuelle Tchoukriel schrieben das Buch „Triceratops, T-Rex, Supersaurus“.

Zu Beginn wird gezeigt, wie sich das Leben auf der Erde entwickelt hat, wann die Dinosaurier unseren Planeten bevölkerten und wann der Mensch auftauchte. Wer als erstes diese Reptilienart als Dinosaurier bezeichnet hat, wird auch verraten. 1842 führte der britische Paläontologe Richard Owen den Begriff ein.

Die Übersicht, in der die wichtigsten, bisher bekannten, 46 Dinosaurier vorgestellt werden, teilt sich in drei Teile des Erdmittelalters: die Trias, Jura und Kreidezeit. Um sich die Größe der Tiere vorstellen zu können, vergleicht die Autorin sie mit Dingen der heutigen Zeit, etwa einem Bus. Neuen Forschungen zufolge müssen wir uns davon verabschieden, dass die Tiere immer nur grau oder grün waren. Viele von ihnen trugen eine Art Federkleid und könnten bunt gewesen sein. Die Abbildungen im Buch eröffnen neue Einblicke. Am Ende gibt es eine Übersicht von Museen und Freiluftmuseen, in denen man Dinosaurier bei uns besichtigen kann. *Silvia Friedrich*

Virginie Aladjidi/Emmanuelle Tchoukriel: „Triceratops, T-Rex, Supersaurus. Die Welt der Dinosaurier“, Gertenberg Verlag, Hildesheim 2022, gebunden, 64 Seiten, 16 Euro



TRADITION

Die Geschichte
einer Geste

Die Paläoanthropologin Ella Al-Shamani hat sich mit der Kunst des Händeschüttelns beschäftigt

Unterhaltsam garniert mit Witz erzählt die Paläoanthropologin, Evolutionsbiologin und Komikerin Ella Al-Shamani die Geschichte einer der ältesten Gesten der Welt. Als Muslimin nach den Scharia-Regeln erzogen, durfte sie 26 Jahre lang keinem Mann die Hand geben

und musste diese Tradition erst mühsam lernen. Ihr flott geschriebenes Buch stellt neben einer kulturgeschichtlichen Betrachtung auch ein Plädoyer für den Handschlag dar, der seit März 2020 mehr und mehr den Corona-Regeln zum Opfer gefallen ist. *MRK*

Ella Al-Shamani: „Der Handschlag. Die neue Geschichte einer großen Geste“, Verlagsgruppe Harper Collins, Hamburg 2023, gebunden, 206 Seiten, 20 Euro

GESELLSCHAFTSKRITIK

Zwei Welten
prallen aufeinander

Juli Zehs und Simon Urbans Roman „Zwischen Welten“ lebt vom Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie von konträren politischen Ansichten

VON HARALD FOURIER

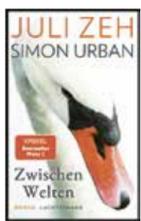
Teresa ist eine Milchbäuerin aus Brandenburg. Ihre Kinder sagen zu ihr „O Gott, Mama – die armen Menschen, die hier leben“, wenn sie sie mit dem Auto durch Berlin fährt. Teresas Leben dreht sich um ihren Hof, den sie vom Vater geerbt hat. Bei dessen Tod musste sie ihr Germanistikstudium abbrechen und mit dem Leben in Münster abschließen. Sie tat dies radikal und kappte den Kontakt zu ihrem Kommilitonen und Mitbewohner Stefan.

Dieser komplette Anti-Held ist eine Ausgeburt von Wokeness und eitler Geschwätzigkeit. Er hat keine Familie, aber dafür Karriere als Kulturchef bei einer linksliberalen Hamburger Wochenzeitung namens „Der Bote“ gemacht. Die Journalisten dort halten sich für eine „Bundesrepublik in der Nussschale“, sind aber privilegierte Zeitgeistjünger, die die Probleme der normalen Leute kaum kennen. „Irgendwie spielt ihr in eurer kleinen Blase doch ein Spiel, das nur euch selbst betrifft“, lästert Teresa in einer Nachricht an Stefan.

Juli Zehs gemeinsam mit dem Journalisten Simon Urban geschriebener neuer Roman „Zwischen Welten“ beginnt, als sich die beiden Protagonisten zufällig wieder treffen und den Kontakt wieder aufnehmen. Sie tun dies per E-Mail oder Kurznachricht. Diese Form der Darreichung erinnert an Theodor Fontanes Effi Briest, der Briefmonologe und Dialoge rund um gesellschaftliche Trends zu Papier brachte.

Teresa und Stefan diskutieren die Themen des zurückliegenden Jahres: Klimapolitik, Ukrainekrieg, Rassismus. Beide Figuren machen eine Entwicklung durch: Teresa wird durch die Umstände radikalisiert. Aus der unpolitischen Bäuerin wird eine Aktivistin, die sich gegen die Drangsalierung der Landwirtschaft durch Großkonzerne und Regierungen zur Wehr setzen möchte. Stefan hingegen, dessen zwanghafte Gendersprache schwer zu ertragen ist, geht den anderen Weg. Er erlebt linksradikale Aktivistinnen, die Karrieren vernichten. Er verabschiedet sich vom Aktivismus.

Der Roman lebt vom Gegensatz aus Stadt und Land, Kuhstall und Onlineredaktion. Teresa repräsentiert eher den Boris-Palmer-Flügel der Grünen als die AfD, aber schon das ist ein Stachel im Fleisch des Zeitgeistes. Zeh spielt mit politisch unkorrekten Andeutungen. „Die sogenannten Qualitätsmedien haben ihren Kompass verloren“, schimpft Teresa. Ihr Freund beim „Bote“ ist Vertreter genau jener Zunft. So endet der Roman, der die aktuellen Debatten in Deutschland aufgreift, ohne Lösung oder glückliches Ende. Wie hätte es das für zwei so unterschiedliche Welten, die da aufeinanderprallen, geben können?



Juli Zeh/Simon Urban: „Zwischen Welten“, Luchterhand Verlag, München 2023, gebunden, 448 Seiten, 24 Euro

RUSSLAND

Wie Putins Diktatur
entstehen konnte

Der Dissident Leonid Wolkow setzt sich in seinem jüngst erschienenen Buch „Putinland“ mit der politischen Entwicklung in seiner Heimat auseinander

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Leonid Wolkow, Jahrgang 1980, Ex-Duma-Abgeordneter von Jekaterinburg und Dissident, befindet sich derzeit auf Lesereise in Deutschland. Er gehört der Generation an, die in den 90er Jahren aufwuchs, als es in Russland demokratischer zugeht als heute, wie er sagt. Vielen seiner Generation schwebte eine offene Gesellschaft vor, in der die Menschen mitbestimmen durften. Putins Ziel hingegen sei nie eine offene Gesellschaft gewesen. Spätestens bei dessen Rückkehr ins Präsidentenamt 2012 sei dies deutlich geworden. Nach dem Krim-Anschluss, der Zerschlagung der Opposition und dem Giftanschlag auf Alexej Nawalnj sei die Entwicklung eskaliert.

Der Autor sieht die „Wilden 90er Jahre“, die viele Russen ihre gesicherte Existenz kostete, ursächlich für den Erfolg von Putins Aufstieg und Macht. Er habe sich als Garant für Stabilität gut verkaufen können und anfangs wirtschaftliche Erfolge verbucht. 2008 war es mit dem Wirtschaftswachstum vorbei und Putins Stern sank. Das habe ihn veranlasst, die Machtvertikale, ein Durchregieren von oben nach unten, zu etablieren.

Obwohl der studierte Mathematiker Putin nicht für besonders klug oder gebildet hält, behandelt er dessen Erfolge fair, wenn er sagt: „Wenn Putin 2008 nicht mehr zur Wahl angetreten wäre, wäre er als der erfolgreichste und populärste Präsident aller Zeiten in die russischen Geschichtsbücher eingegangen.“ Dem Wes-

ten wirft Wolkow zwar Blauäugigkeit gegenüber Putins imperialistischen Absichten und der Etablierung einer Diktatur vor, aber die Fehler des Westens in der Ukrainepolitik erwähnt er mit keinem Wort.

Gemeinsam mit Nawalnj hat Wolkow eine Antikorruptionsstiftung gegründet und Putins Elite hart angegriffen. Er wurde mehrfach festgenommen und verpasste die Geburt seines ersten Kindes. Inzwischen agiert er von Litauen aus. Viele Seiten seines Buchs gleichen einem Loblied auf Nawalnj, wobei die Kapitel äußerst interessant sind, in denen er schildert, mit welchen Mitteln und Tricks Oppositionelle in einer Atmosphäre der Unterdrückung ihren Protest zum Ausdruck bringen. Oft werde er gefragt, warum das russische Volk sich nicht gegen Putin erhebe. Dem entgegen Wolkow, dass es durchaus Widerstand gebe, wovon die Massendemonstrationen zeugten, die es einige Zeit gab. Dafür, dass nicht jeder das Risiko einer Haftstrafe eingehen will, zeigt er Verständnis. Putins Regime zerstöre nicht nur Karrieren, sondern ganze Familien.

Dennoch glaubt Wolkow an sein Volk und daran, dass sich in Russland nach Putin die Demokratie durchsetzen wird.



Leonid Wolkow: „Putinland. Der imperiale Wahn, die russische Opposition und die Verblendung des Westens“, Droemer Verlag, München 2022, gebunden, 233 Seiten, 22 Euro

GESCHICHTE KÖNIGSBERGS

Burgbau nach dem Vorbild der Samen

Auf der Ostspitze der späteren Vorburg errichteten die Ordensritter eine Befestigung – Danach entstand die erste Stadt

VON FRITZ GAUSE

Es fiel kriegserfahrenen Ordensrittern nicht schwer, einen für die Anlage einer Burg geeigneten Platz am Pregelufer auszusuchen, denn das Gelände bot sich dafür an. An der Pregelmündung waren die Ufer weithin flach und versumpft, aber einige Kilometer flussaufwärts trat das trockene Steilufer ziemlich nahe an den Fluss heran, gerade an der Stelle, wo eine alte Handelsstraße von der Weichsel am Haffufer entlang nach dem samländischen Bernsteinstrand den Pregel überquerte und eine Insel (Kneiphof) ihn in zwei Arme teilte und so den Übergang erleichterte. Zudem lag hier der Hafen, das heißt die Stelle, bis zu der Seeschiffe in den Pregel hineinfahren konnten.

Ein Stück des Steilufers gegenüber der Kneiphofinsel war durch zwei Bachschluchten (Kantstraße und Mühlengrund) aus dem Uferland herausgeschnitten und besonders geschützt, und da die Schluchten sich nach oben zu einander näherten, stand dieser Berg nur an einem schmalen, leicht zu sperrenden Stück (zwischen Schlossteich und Tragheimer Kirchenstraße) mit der samländischen Hochfläche in Verbindung. Auf der Südwestecke dieser Anhöhe hatten schon die Samen einen Burgwall, Twangste genannt, errichtet, und ihrem Vorbild folgten die Ritter bei der Anlage ihrer Burg.

Zunächst allerdings bauten sie eine provisorische Burg auf der Ostspitze (später Vorburg, Kürassierkaserne, Reichsbank), die durch eine Mulde (später aufgeschüttet als Schlossplatz) von dem größeren Teil des Hügels getrennt war. Fünf Meter dick waren die Erdmauern, die von kräftigen Planken aus Baumstämmen gehalten wurden. Sie umschlossen Block- oder Fachwerkhäuser, die Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Besatzung. Außerhalb, aber dicht unterhalb der Befestigung lag im Mühlengrund die Ordensmühle, die für jede Burg notwendig war. Zu ihrem Betrieb stauten die Ritter den Katzbach durch einen Damm (Französische Straße) auf und gewannen aus dem Mühlenteich, dem späteren Schlossteich, die als Fastenspeise unentbehrlichen Fische. Außerdem diente er als



Relikt aus der Zeit der Stadtgründung: Die Nikolai-/Steindammer Kirche

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Schutz der Hauptburg, an deren Erbauung sich die Ritter sofort nach der Errichtung der ersten Burg heranmachten.

Sowohl der Orden als auch Lübecker Kaufleute hatten ein Interesse an einer befestigten Stadt

Einsam hielt die Burgbesatzung, ein Komtur mit wenigen Rittern und Knechten, Wacht auf diesem vorgeschobenen Posten. Nirgendwo in weitem Umkreis gab es deutsche Bauern. Die Samen waren unterworfen und bekehrt, aber keineswegs mit dem neuen Herrn und dem neuen Glauben ausgesöhnt. Ihr bäuerlicher Adel hielt es wohl mit dem Orden, aber die Masse des Volkes wartete in dumpfer Unzufriedenheit auf die Gelegenheit, das Neue abzuschütteln und zum Alten zurückzukehren. Sollte man in dieser Lage bei der Burg eine Stadt gründen?

Die Gunst des Ortes forderte dazu heraus, und sowohl der Orden hatte ein In-

teresse daran, seinen Vorposten durch eine Stadt zu verstärken, wie auch die Kaufleute, besonders die Lübecker, den natürlichen Hafen als Handelsplatz zu benutzen. Tatsächlich entstand auch sofort nach der Erbauung der Burg und in ihrem Schutze eine städtische Siedlung. Da über sie nur wenig überliefert und sie schon Ende 1262 von den aufständischen Samen zerstört worden ist, hat sie der Geschichtsforschung eine Reihe von Fragen hinterlassen, die seit Langem lebhaft diskutiert worden sind, aber nicht klar und erschöpfend beantwortet werden können.

Mit diesem Vorbehalt lässt sich über die erste Stadt Königsberg Folgendes sagen: Sie lag nicht unmittelbar am Pregel, sondern beiderseits des Steindamms, der alten, zur Bernsteinküste führenden Handelsstraße, um die Nikolaikirche und den südlich von ihr gelegenen Markt, einen großen ländlichen Platz, der später als Pferdemarkt und bis in die neueste

Zeit als Wochenmarkt benutzt worden ist. Die dem heiligen Nikolaus geweihte Kirche, die älteste Königsbergs außer der Burgkapelle, war wohl nicht nur Gemeindekirche der Siedler, sondern auch Taufkirche für die bekehrten Samen, denn sie war lange Zeit die einzige Kirche im ganzen Samland. Die Siedlung war keine Stadt im Rechtssinne; sie besaß weder eine Handfeste, noch eine Selbstverwaltung mit Bürgermeister und Rat.

Erste „civitas“ war behelfsmäßig befestigt

Da sie aber in einer Urkunde civitas genannt wird und behelfsmäßig befestigt war, war sie mehr als ein ländlicher Marktort. Sie war sozusagen die Vorform einer Stadt. Die Bewohner waren noch nicht als bürgerliche, sondern erst als kirchliche Gemeinde organisiert, die auch an andern Orten des deutschen Ostens der Stadtgemeinde voraufgeht. Ihr Oberhaupt war der Pfarrer — 1258 hieß er

Gerhard. Gemeindeglieder waren Deutsche und Prussen.

Die Deutschen mögen Kaufleute und Handwerker gewesen sein, die Prussen arbeiteten wohl am Bau der Burg. Manche christlichen Samen mögen sich auch vor ihren noch heidnischen oder nur äußerlich bekehrten Nachbarn in den Schutz der Ordensburg begeben haben. Bei dem offenbar provisorischen Charakter der Siedlung ist auch zu fragen, wie weit diese Bevölkerung schon wirklich bodenständig war oder ob sie nicht je nach den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und auch nach der Kriegslage zu- und abwanderte.

In dem großen Aufstand, der im Herbst 1260 ausbrach, wurden von Anfang 1262 an Burg und Stadt belagert und die Stadt wohl noch in demselben Jahre erobert und zerstört. Viele Einwohner kamen dabei ums Leben, andere retteten sich in die Burg, die der Belagerung standhielt. Es ist nicht nachzuweisen, dass der Orden bis dahin die Absicht gehabt habe, eine Stadt am Pregel zu gründen.

Wie diese Stadt dann entstanden ist, wissen wir im einzelnen nicht. Erbaut wurde sie nicht an der alten Stelle auf dem Steindamm, sondern auf dem feuchten Uferstreifen zwischen Burg und Pregel, also im Schutze der Burg unmittelbar am Hafen, planmäßig nach dem in Ostdeutschland üblichen gitterförmigen Straßennetz mit der Langgasse als Längsachse. Die Überlebenden des Prussenaufstandes bildeten einen Teil der Einwohnerschaft, neue Einwanderer kamen hinzu, darunter auch Kaufleute aus Lübeck. Zuerst bildete sich wieder eine Pfarrgemeinde; 1277 ist ein Pfarrer Jakob genannt. Dann bekam Gerko von Dobrin den Auftrag, als Lokator die Stadtgemeinde zu organisieren. Er förderte das Unternehmen so weit, dass der Landmeister Konrad von Tierberg der jungen Stadt am 28. Februar 1286 die Handfeste erteilte. Schultheiß wurde Gerko; elf Ratsherren standen ihm zur Seite. Die Altstadt Königsberg war entstanden und trat ihren Weg durch die Geschichte an.

● **Erschienen** im Ostpreußenblatt Nr. 10 vom 5. März 1955, Seite 12

DIÖZESE KÖNIGSBERG

Ein Pionier der Orthodoxie im Königsberger Gebiet

Wie der russisch-orthodoxe Priester Anatolij Kolosow zum Retter deutscher Kirchen wurde

Der Arzt und Priester Anatolij Kolosow feierte 1985 den ersten orthodoxen Gottesdienst im bis dahin religionslosen russisch verwalteten Teil Ostpreußens. Zum Glauben gefunden hatte er mit seinen Eltern in der Grenzstadt Kibarten (Kybartai) im katholischen Litauen, wo es schon vorher orthodoxe Gotteshäuser gab.

Als Archimandrit Sophronij war Kolosow der erste orthodoxe Priester im Königsberger Gebiet. Der damalige Bischof der Diözese Smolensk und Administrator der Diözese Königsberg, der heutige Patriarch der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), hatte ihn am 30. Juni 1985 zum Priester geweiht. Behilflich dabei war ihm Olga Krupina, die Leiterin des Immanuel-Kant-Museums an der Staatlichen Universität Königsberg. Wegen ihres Enthusiasmus für Kant hatten die Studenten ihr den Spitznamen „Kants Witwe“ gegeben.

40 Jahre lang war das Königsberger Gebiet offiziell ein religionsloses Gebiet, was nicht hieß, dass nicht geheim auch christliche Gottesdienste, Taufen oder Beerdigungen gefeiert wurden. Diese wurden jedoch von Laien gefeiert, oft älteren Frauen, die nur ein beschränktes religiöses Wissen hatten. Die erste Gruppe von orthodoxen Gläubigen in Königsberg, für die Kolosow einen Gottesdienst feierte, waren Studenten und Anhänger des theologischen russischen Malers baltendeutscher Herkunft Nikolaj Roerich (1874–1947), baltendeutscher Herkunft, der posthum, wie Lew Tolstoj, von der ROK exkommuniziert wurde.

Als Priester in Juditten

Am 13. September 1985 wurden der Orthodoxie und ihrem Priester Kolosow das verfallene Gebäude der Judittenkirche bei

Königsberg für die Umwandlung in die orthodoxe St. Nikolauskirche zur Verfügung gestellt. Die Judittenkirche war die älteste noch erhaltene Kirche Ostpreußens. Kolosow erwies sich bei der Restaurierung von Kirchen als geschickter Bauherr. Am 20. April 1991 kam er als Pfarrer nach Pillau [Baltiysk] von einer Zwischenstation aus Smolensk, um die vierte Kirche in seinem Leben zu renovieren.

In Pillau, wo im Sommer 1990 eine Gruppe von Gläubigen von der Stadtverwaltung ein Gebäude für orthodoxe Gottesdienste gefordert hatte, wurde das Kommando der Baltischen Flotte aufgefördert, das Gebäude der 1866 erbauten evangelischen Kirche als Gottesdienstraum zur Verfügung zu stellen. Die St.-Georgs-Kathedrale der Marine in Pillau befand sich im Hauptstützpunkt der Baltischen Flotte. Der heilige Georg (der

Siegreiche) gilt als Schutzpatron der Baltischen Flotte. Im Jahr 2002 wurde ein Admiral der russischen Marine, Fjodor Uschakow, heiliggesprochen, von dem ein Reliquienteil in die St.-Georgs-Marinekathedrale überführt wurde.

Litauen als Sprungbrett der Orthodoxie

Kolosow wurde am 21. März 1956 in Königsberg geboren und schloss 1973 die Schule Nr. 3 ab. Er wurde stark von seiner Großmutter mütterlicherseits, Tatiana Cherepenina, beeinflusst, die eine strenggläubige Christin war. 1976 schloss Kolosow sein Medizinstudium mit Auszeichnung ab und begann im Rettungsdienst zu arbeiten, im selben Jahr wurde er zur Armee eingezogen. Er diente in Tilsit und wurde dann nach Gumbinnen versetzt. Dort war er zwei Jahre lang Sanitäter in

der Armee. Nach der Armee wurde er Sanitäter am 3. städtischen Krankenhaus in Königsberg. Im Januar 1981 ging Kolosow wieder nach Litauen, wo er neben seiner Arbeit im Rettungsdienst seinen Dienst in der orthodoxen Kirche St. Peter und Paul in Wilna der Litauischen Orthodoxen Eparchie begann.

Im April 1993 erhielt Anatoli Kolosow die Tonsur als Mönch mit dem Namen Sophronius und wurde zum Hegumen ernannt. Vom 27. bis 29. Juni 2006 war er der Organisator des 4. gesamt-russischen Kleruskongresses, der in der Oblast Königsberg stattfand. Ziel des Kongresses war es die Zusammenarbeit zwischen der ROK sowie der Armee und der Marine zu verbessern. Archimandrit Sophronius ist als Pionier und dienstältester orthodoxer Priester vorwiegend in Pillau im Einsatz.

Bodo Bost

● AUFGESCHNAPPT

Kaum einer hat ihn gewählt, aber jeder Student der Freien Universität Berlin (FU) muss ihn mit seinen Gebühren finanzieren: den „Allgemeinen Studierendenausschuss“ (AStA). An den jüngsten Wahlen zum Studentenparlament, aus dem der AStA hervorgeht, beteiligten sich nur 2,3 Prozent der Studenten. Dennoch kann der AStA über ein Jahresbudget von fast einer Million Euro verfügen. Zudem stellt ihm die Uni eine hübsche 16-Zimmer-Villa im noblen Dahlem mietfrei zur Verfügung, für welche die Hochschulleitung zudem monatlich knapp 2000 Euro an Unterhalts- und Instandhaltungskosten berappt, wie Gunnar Schupelius in der „B.Z.“ berichtet. Der AStA unterhält neben einem Queer- auch ein Antifa-Referat und engagiert sich insbesondere stramm linksextrem. So polemisierte er unlängst ganz offen gegen den „Forschungsverband SED-Staat“. Der hatte eine Studie zum Linksextremismus veröffentlicht, woraufhin der AStA die Schließung der Einrichtung forderte. Sie forscht halt in die falsche Richtung. *H.H.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Geheimnis gelüftet

Wie sich das große Abrakadabra als fauler Zauber entpuppt, und warum Greta auf der richtigen Spur ist

VON HANS HECKEL

Es hat immer etwas Erfrischendes, wenn man endlich hinter ein Geheimnis kommt, an dem man sich seit einer gefühlten Ewigkeit die Zähne ausgebissen hat. So erleben wir seit Jahren, wie angespannt der deutsche Wohnungsmarkt ist. Überall in den Medien begegnen uns verzweifelte junge Familien, die mit ihrem unlängst auf die Welt gekommenen Nachwuchs auf viel zu engem Raum hausen müssen, weil sie selbst mit solide gefülltem Geldbeutel keine angemessen große Bleibe finden, die sie sich leisten können. Wie geht es dann erst denen, die kaum Mittel zur Verfügung haben?

Gleichzeitig verhiß man uns: „Wir haben Platz“, und könnten beliebig weitere Immigranten als Asylbewerber, Flüchtlinge oder auf welchem Wege auch immer aufnehmen, ohne dass dies unseren angespannten Wohnungsmarkt weiter belastete. „Auf Wohnungsmangel und -preise wirkt sich die Unterbringung der Geflüchteten überhaupt nicht aus“, erzählt uns Bundesinnenministerin Nancy Faeser von der SPD. Wie geht das? Vermehren sich die zur Verfügung stehenden Unterkünfte mit der Ankunft jedes zusätzlichen Asylsuchers von selbst? Oder per Abrakadabra?

Wir haben uns meist nicht getraut, diese freche Frage zu stellen. Jeder, der es dennoch wagte, dem hauten Faeser und Co. um die Ohren, er wolle „Geflüchtete und Wohnungssuchende gegeneinander ausspielen“, die „Wohnungsnot instrumentalisieren“ und Schlimmeres – der Rassismuskritik lugte um die Ecke. Kurz gesagt: Die Wächter des Geheimnisses setzten alles daran, jeden, der hinter ihr Mysterium zu blicken versuchte, gesellschaftlich kaltzumachen.

Ähnlich mysteriös erscheint die Verheißung, die Einwanderung mildere unseren Fachkräftemangel. Nach allem, was man so an Zahlen bekommt, liegt das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Neuankömmlinge um Längen unter dem hiesigen Durchschnitt. Wenn es aber beispielsweise zu wenig Ärzte für zu viele Patienten gibt, wie kann sich dieses Verhältnis verbessern, wenn zwar jede Menge Patienten, aber kaum Ärzte ins Land strömen? Besser nicht fragen, siehe oben. Solche Mysterien verbreiten sich über immer mehr Felder, etwa die Energiepolitik (abschalten, ohne Ersatz zu haben, und trotzdem entsteht keine Knappheit), den Woh-

nungsbau (politisch verursachte Kostensteigerungen und Enteignungsdebatten bremsen die Neubautätigkeit nicht) und, und, und.

Die Weisung lautete immer: Nur nicht laut drüber nachdenken. Also schwiegen wir beflissen und ließen die Hohepriester der moralischen Weisheit ihre Nebelschwaden vor die Wirklichkeit schieben. Unsere Glaubensstärke würde diese Wirklichkeit, die wir nur insgeheim zu ahnen wagten, schon zum Verschwinden bringen, da waren wir zuversichtlich. Zumindest taten wir so.

Doch diese Wirklichkeit entpuppt sich leider als vollkommen unmoralischer, rücksichtsloser Rüpel, dem unser Glauben und dessen Wächter herzlich schnuppe sind. Dieser Rüpel kommt nun aus dem Nebel gestampft. Er zischt uns Wörter wie „Lörrach“ oder „Berliner Seniorenstift“ entgegen. Und bringt uns so auf des Rätsels Lösung: Es ist gar kein wunderliches Geheimnis, dem wir da auf der Spur waren. Es ist billiger, fauler Zauber. Ob Frau Faeser ihre Worte wohl auch gegenüber den Lörracher Mietern oder den Berliner Senioren wiederholen würde? Zuzutrauen wäre es ihr. Aber es nützt nichts mehr, der Rüpel Realität hat ihren faulen Zauber auffliegen lassen. Vor aller Augen.

Baum-Opfer für das Klima

Auch andere Inszenierungen zur Vernebelung der Wirklichkeit scheinen gerade ihrer brutalen Enthüllung entgegenzuwanken. Das haben wir uns ja ebenfalls die ganze Zeit gefragt: Wenn es den Klimakämpfern wirklich um die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um jeden Preis geht, warum wehren die sich dann so verbittert gegen die Atomkraft? Oder zielen sie vielleicht gar nicht wirklich auf die angebliche Klimafrage ab, sondern vielmehr auf die Zerstörung der westlichen Wirtschafts- und demokratischen Gesellschaftsordnung?

Das Thema hatten wir hier schon, es sind in der Zwischenzeit aber einige recht aufschlussreiche Indizien dazugekommen, die darauf hindeuten, dass wir verschaukelt werden sollen mit dem Klimagetöse.

Da haben sie also in Berlin einen Baum vor dem Kanzleramt umgehauen, um ein Zeichen zu setzen gegen die Zerstörung unserer Natur. Was kommt als Nächstes? Verprügeln sie bald kleine Kinder auf der Straße, um ein „Zeichen zu setzen gegen die Gewalt in unserem Alltag“? Schütten sie Altöl in die Bäche als Protest gegen die Gewässerverschmutzung? Selbst den Fall der beiden Thailandflie-

Die Wirklichkeit ist ein unmoralischer Rüpel, der uns „Lörrach“ oder „Berliner Seniorenstift“ entgegenzischt

ger, den wir hier neulich begutachtet haben, könnte man mit dem Trick in ein völlig anderes Licht tauchen. Demnach war das gar keine fröhliche, aber leider im Sinne der Propaganda ziemlich dämliche Feriensause, sondern ebenfalls ein „Zeichen“, gegen die Fliegerei nämlich. Dumm nur, dass dieser Winkelzug weder den beiden jungen Leuten noch ihren PR-Dompteuren rechtzeitig eingefallen ist. Für eine Verrenkung dieses Zuschnitts musste erst ein Baum fallen, aber da war es für die beiden Unglücklichen schon zu spät. Und eine solche Begründung nun erst für den Thailandflug nachzureichen, käme doch allzu fadenscheinig rüber. Schade.

Wie schnell sich der „Klimaschutz“ erledigen kann, wenn seine Protagonisten etwas Aussichtsreicheres entdeckt haben, davon hat uns ausgerechnet Greta Thunberg einen scharfen Vorgeschmack gegeben. In Norwegen demonstriert die „Klima-Ikone“ nun also tatsächlich gegen Windräder! Weil die Anlagen den Samen, den lappländischen Ureinwohnern, die Viehzucht vermiesen. Zwar sind die Anlagen schon stillgelegt, aber noch nicht demontiert, da kam Greta gerade noch rechtzeitig.

Diese Windkraftanlagen seien „kolonialistisch“ und verstießen gegen die Menschenrechte, schimpft die 20-jährige Schwedin. Da sind wir aber mal gespannt, wie sie Robert Habecks Plan bewertet, in Namibia, dem früheren Deutsch-Südwestafrika, große Windparks anzulegen, die „grünen Wasserstoff“ für das ehemalige Mutterland produzieren sollen. Wenn das kein Leckerbissen ist für den „antikolonialistischen Kampf“!

In dem Moment würden wir Zeugen des ironischen Höhepunkts einer beispiellosen Irrfahrt. Denn durch all die Inszenierungen, ideologischen Verrenkungen und die Realitätsverachtung wären wir tatsächlich wieder in der Wirklichkeit angekommen. Denn tatsächlich entpuppt sich der gesamte grünlinke Globalismus an seinem bitteren Ende als das, was er in Wahrheit immer war: tatsächlicher Neokolonialismus reinsten Wassers.

Zu dieser Selbstentlarvung bedurfte es nicht einmal Annalena Baerbocks „feministischer Außenpolitik“, die sich im Hochgefühl europäischer Überlegenheit anschickt, alle übrigen Kulturen der Welt mit der Behlungsdampfwalze zu überrollen. Dazu reichen schon ein paar Windparks in Namibia. Greta, Sie sind auf der richtigen Spur, nur bislang an der falschen Stelle!

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas begründet im Magazin „Sezession“ (22. Februar) seine Einschätzung, dass die USA an einem langen Ukrainekrieg interessiert seien:

„Der militärisch-industrielle Komplex hat bereits Milliarden verdient. Auch die Gewinne der Ölindustrie erreichten 2022 astronomische Höhen. Selbst wenn Putin in der Ukraine bedeutende militärische Erfolge erreichen sollte, wird der Krieg nicht enden, weil die USA es nie zuließen, dass Selenskyj einer Friedenslösung nachginge. Der Krieg wird weiter eskalieren, bis alle erschöpft sind oder eine menschliche Fehlkalkulation oder Computerpanne zum Atomkrieg führen.“

Gabor Steingart drückt im „Focus“ (22. Februar) seine Enttäuschung über die Reden von Biden und Putin zum Ukrainekrieg aus:

„Beide Männer boten gestern ihren Zuhörern keine Idee vom Frieden, nur ein neues Kapitel im kriegerischen Narrativ. Sie wollen einander nicht mehr überzeugen, sondern beschädigen. Sie träumen nicht vom Frieden, sondern vom Sieg. Oder anders gesagt: Die Großen sitzen wieder am Spieltisch: Sie wollen nicht passen. Sie wollen pokern.“

Jonathan Meese, einer der wohl exaltiertesten Vertreter der aktuellen deutschen Kunstszene, sieht Deutschland an der Schwelle eines Epochenwechsels. Im Interview mit der „Welt“ (23. Februar) sagt er:

„Was wir erleben, ist reiner Zeitgeist – ein Intermezzo, das bald mit einem großen Knall beendet sein wird. Ich rate ab, sich dem Zeitgeist zu unterwerfen ... Die Zukunft hat mit dem, was wir gerade veranstalten und verhandeln, nichts zu tun. Die Zukunft lacht darüber nur ... Das sind kollektive Wahnvorstellungen. Die Mitläufer von heute wären die Mitläufer von damals gewesen, die sich heute ideologisch zusammennrotten, hätten es auch damals gemacht.“

Roland Tichy ist entsetzt über die wüsten Beschimpfungen gegen Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht wegen ihrer Friedensinitiative. Auf „Tichys Einblick“ (27. Februar) schreibt er:

„Wer in Deutschland nicht der Bundesregierung applaudiert, lebt gefährlich: Medien in ihrer neuen Rolle als Hilfspolizisten und Denunziationsportale können Existenzen zerstören. Ausgrenzung ist wichtiger als Argumente. Die Räume des Sagbaren werden immer enger.“

● WORT DER WOCHE

„Wir leben in einer von uns selbst verhängten und stets verschärften Zensur, das Wahrheitsministerium aus Orwells ‚1984‘, das sind wir selbst.“

Matthias Politycki, Schriftsteller, Mitte Februar in einem vom „Hamburger Abendblatt“ organisierten Streitgespräch zum Thema Gender-Sprache



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de